

Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm

***Grundsätze der
CDU Nordrhein-Westfalen***

***Entwurf
Stand: 20. Februar 2015***



CDU

Im 70. Jahr ihres Bestehens formuliert die CDU Nordrhein-Westfalen ihre grundlegenden Positionen, Überzeugungen und Prinzipien im ersten eigenen Grundsatzprogramm, dem Nordrhein-Westfalen-Programm.

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	3
Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis	5
I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert	8
1. Unser Menschenbild	8
2. Unser Staatsverständnis	9
3. Freiheit	10
4. Gerechtigkeit	11
5. Solidarität	12
6. Subsidiarität	14
II. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen	16
1. Industrie, Mittelstand und Handwerk	16
2. Handel und Dienstleistungen	20
3. Moderne Infrastruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit	23
III. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens.....	27
1. Landesfinanzen.....	27
2. Starkes Land – starke Kommunen.....	30
IV. Herausforderungen des demografischen Wandels für Nordrhein-Westfalen	35
1. Sicherheit und Zukunft für Familien.....	35
2. Generationengerechte Gesellschaft.....	40
3. Qualifizierte Zuwanderung und Integration.....	42
V. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven in der solidarischen Gesellschaft	46
1. Gute Bildung für alle.....	46
2. Wissenschaft, Forschung und Technologie	50
3. Faire Löhne für gute Arbeit	53
4. Gleiche Chancen für Frauen und Männer.....	55
5. Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung, Pflege und Alterssicherung	56
VI. Energie und Umwelt	60
1. Stärkung des Energielandes Nordrhein-Westfalen im Zeichen der Energiewende	60
2. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz: Ein natürlicher Dreiklang	63

VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen	67
1. Sicherheit im Alltag.....	67
2. Sicherheit 2.0	72
3. Rechtssicherheit durch eine starke und unabhängige Justiz	74
VIII. Identitäten, Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen	75
1. Kultur	75
2. Medien und Kreativwirtschaft	78
3. Leben in der Stadt	79
4. Leben im ländlichen Raum.....	81
IX. Starke Bürger, starkes Engagement.....	84
1. Ehrenamt.....	84
2. Kirchen und Religionsgemeinschaften.....	85
3. Sport	88
X. Nordrhein-Westfalens Platz in Europa und der globalisierten Welt	90
XI. Tradition bewahren, Zukunft gestalten.....	97

1 Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis

2 In Nordrhein-Westfalen schlägt das Herz unserer Republik. Kein anderes Land zählt auch nur
3 annähernd so viele Einwohner, weist einen ähnlich hohen Urbanisierungsgrad auf, verfügt
4 über eine derart dezentrale kulturelle und regionale Vielfalt, erwirtschaftet ein in absoluten
5 Zahlen vergleichbar hohes Bruttoinlandsprodukt. Nirgends in Europa gibt es eine dichtere
6 Hochschul- und Kulturlandschaft und eine komplexere Infrastruktur. Und nirgendwo sonst ist
7 die Integration verschiedener Kulturen und Mentalitäten auf so prägende Weise gelungen wie
8 im Rheinland, in Westfalen, in Lippe und insbesondere im Ruhrgebiet. Über drei Millionen
9 Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus der DDR und den Siedlungsräumen
10 der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Nord-
11 rhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden – als Flüchtlinge, Vertriebene, Aus- und Übersied-
12 ler sowie als Spätaussiedler. Ihr Kulturerbe ist untrennbarer Teil unserer nordrhein-
13 westfälischen Identität und Kultur geworden. Später bereicherten uns die seit den 1950er Jah-
14 ren durch die Anwerbeabkommen nach Nordrhein-Westfalen Zugewanderten, die unsere ge-
15 meinsame Kultur bunter und reicher gemacht sowie durch ihre Arbeitsleistung dazu beigetra-
16 gen haben, unsere Wirtschaft stark und unsere Sozialsysteme leistungsfähig zu machen.

17 Auch nach dem Verlust der Hauptstadtfunction Bonns kommt Nordrhein-Westfalen im deut-
18 schen wie im europäischen Maßstab eine unverändert große Bedeutung zu. Einer der größten
19 Vorzüge Nordrhein-Westfalens ist seine günstige geografische Lage im Zentrum Europas. Die
20 direkte Nachbarschaft mit den Benelux-Staaten, die zahlreichen institutionellen wie persönli-
21 chen Verflechtungen mit diesem Raum sowie die insbesondere mit Polen geknüpften Verbin-
22 dungen machen aus Nordrhein-Westfalen eine beispielhafte Brückenregion nicht nur im nati-
23 onalen, sondern gerade auch im europäischen Maßstab. Es ist kein Zufall, dass unser Land be-
24 reits in seiner Frühzeit über die Montanunion auf das Engste mit der europäischen Integration
25 verbunden gewesen ist.

26 Doch keiner der genannten Vorzüge Nordrhein-Westfalens ist selbstverständlich oder auf ewig
27 gesichert. Die Bedeutung unseres Landes liegt vielmehr in den historischen Weichenstellun-
28 gen der ersten Nachkriegsjahrzehnte begründet, die unionsgeführte Landesregierungen ver-
29 antwortet haben. Ausgangspunkte dieser Leitentscheidungen waren wiederum die program-
30 matischen Impulse, welche die CDU Deutschlands aus Nordrhein-Westfalen empfangen hat,
31 insbesondere durch die Kölner Leitsätze 1945, das Neheim-Hüstener Programm von 1946, das
32 Ahlener Programm von 1947 und die Düsseldorfer Leitsätze von 1949. Sie alle stehen für die
33 gelungene Verbindung aus der Katholischen Soziallehre mit ihren Grundprinzipien der Perso-
34 nalität, der Subsidiarität und der Solidarität mit der protestantischen Wirtschaftsethik, wie sie
35 im System des Ordoliberalismus sichtbar und wirksam geworden ist. So gesehen ist Nordrhein-
36 Westfalen das „Mutterland“ der Sozialen Marktwirtschaft, die man gerne und zu Recht auch
37 als „rheinischen Kapitalismus“ bezeichnet hat. Überhaupt steht die „Bonner Republik“ für eine
38 der glücklichsten Phasen der deutschen Geschichte. Durch Konrad Adenauers konsequente
39 Westbindung ist die Grundlage für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in der alten Bundesre-

publik geschaffen worden – und damit die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Einheit und Freiheit.

Die CDU Deutschlands hat ihre wesentlichen Wurzeln in Nordrhein-Westfalen. Umgekehrt prägen das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, die Beschlüsse ihrer Parteitage, die Maßnahmen unionsgeführter Bundesregierungen sowie das politische Handeln der CDU-Mandatsträger in Parlamenten und Gebietskörperschaften auch unser Leben hier in Nordrhein-Westfalen. Die nordrhein-westfälische CDU ist stolz darauf, zentraler Teil einer starken politischen Gemeinschaft zu sein, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Diese Gemeinschaft ruht auf drei konstitutiven programmatischen Säulen, der christlich-sozialen, der liberalen und der konservativen, die sich gegenseitig inspirieren, aber auch begrenzen. Das christlich-soziale Element ergänzt das Individualprinzip des Liberalismus durch die Sozialität des Menschen und die daraus erwachsende wertgebundene gesellschaftliche Verantwortung eines jeden Einzelnen. Zugleich bewahrt es den Konservatismus vor einem Abgleiten in Nationalismus und soziale Reaktion. Das liberale Element wiederum öffnet das christliche und konservative Denken für den Wert der Freiheit und der aufgeklärten Vernunft. Das konservative Element schließlich schärft den Sinn von christlich-sozialem und liberalem politischen Handeln für gewachsene, erhaltenswerte Traditionen, für Bodenhaftung und Bodenständigkeit und für die Grenzen der Plan- und Machbarkeit. In diesem Verständnis und aus diesem Verständnis heraus gestalten wir Politik in unseren Gemeinden und Kreisen, im Land, im Bund und in Europa.

Zugleich besitzen wir als CDU Nordrhein-Westfalen in der Vielfalt unserer großen politischen Familie einen ganz eigenen Charakter und ein eigenes Gewicht. Wir stehen als Christliche Demokraten in Nordrhein-Westfalen für

- eine Weltanschauung, die sich bei aller Pluralität unserer Gesellschaft auf das Erbe einer jahrhundertealten christlich-jüdischen-abendländischen Wertebasis gründet, aber zugleich offen ist für Menschen anderer Religionsbekenntnisse und Überzeugungen;
- eine verantwortete Freiheit, wie sie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert ist;
- eine in Solidarität gelebte Gerechtigkeit, wie sie sich aus der Christlichen Soziallehre und -ethik, unserer sozialpartnerschaftlichen Orientierung sowie der Bereitschaft zur Integration und der Heimatverbundenheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ergibt.

Das besondere Gewicht unseres schönen und starken Landes verpflichtet zu besonderer Verantwortung für Deutschland und Europa. Andererseits muss auch jeder Wettbewerbsvorteil Nordrhein-Westfalens immer wieder aufs Neue erarbeitet und bestätigt werden. Auf Dauer kann Nordrhein-Westfalen weder sich selbst genügen noch von einer „negativen Profilierung“ profitieren, welche sich aus seiner Randlage im größer gewordenen Deutschland sowie aus dem Kontrast zur Bundeshauptstadt Berlin ergeben. So sehr das Land von Kohle und Stahl den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgestaltet und ermöglicht hat, so sehr war und ist es auch nach dem historischen Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen seit den 1960er Jahren auf die solidarische Unterstützung

durch den Bund und die übrigen Bundesländer angewiesen. Hier besteht die Notwendigkeit, auch in Zukunft unter allen Partnern einen fairen, angemessenen und gerechten Interessenausgleich herbeizuführen. Aber die Unterstützung durch Andere sollte uns nicht zu selbstverständlich werden. Die Zukunft unseres Landes liegt nicht in einem verbesserten Finanzausgleich, sondern darin, die großen Potenziale unseres Heimatlandes angemessen zu entfalten.

Zugleich trägt unsere Politik Mitverantwortung für die Attraktivität und Vitalität unserer Dörfer, Städte, Kreise und Regionen. Hier erfahren und erleben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes tagtäglich Heimat, Lebensqualität und Geborgenheit. Um sie und ihre gute Zukunft geht es. Mit unserer Arbeit in Räten und Parlamenten, in Regierungsverantwortung wie in der Opposition wollen wir unser Gemeinwesen auf der Grundlage unserer Überzeugungen so gestalten, dass unser Land als Land des Aufstiegs und der sicheren Lebensperspektive für seine Bewohner eine gute Zukunft hat. Aufstieg, Sicherheit und Perspektive müssen Leitmotive und wesentliche Elemente einer neuen Landesidentität werden, die wir für Nordrhein-Westfalen wollen.

93

I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert

1. Unser Menschenbild

Christliches Menschenbild

Ausgangs- und Orientierungspunkt christlich-demokratischer Politik ist das christliche Menschenbild. Dieses Verständnis vom Menschen basiert zugleich auf christlichen Glaubensüberzeugungen wie auf den Traditionen christlich-jüdisch-abendländischer, also europäischer Kultur, insbesondere der Aufklärung.

Die Würde des Menschen ist universell, unantastbar und unveräußerlich

Wir Christdemokraten sehen jeden Menschen zugleich als Individuum und als Teil der Gemeinschaft. Erst beides zusammen macht den Menschen zur einmaligen Person, die mehr ist als ein völlig autonomes Einzelwesen oder bloßer Teil eines Kollektivs. Aus diesem Prinzip der Personalität bezieht der Mensch seine universelle, unantastbare und unveräußerliche Würde. Sie ist Teil eines jeden Menschen, unabhängig von seinem Geschlecht, seinem Glauben, seiner Herkunft, seinem Alter, seiner sexuellen Orientierung, seinen Talenten oder Beschränkungen, seiner Leistungsfähigkeit, seinem Erfolg oder Misserfolg. Die Unantastbarkeit der Würde gilt auch für das ungeborene und das zu Ende gehende Leben eines jeden Menschen. Diese Universalität der menschlichen Würde lässt sich aus dem christlichen Glauben heraus, aus der Gotteskindschaft aller Menschen begründen. Sie ist aber auch unabhängig vom Christentum vereinbar mit den Wertvorstellungen von Anders- und Nichtgläubigen.

In der Würde des Menschen begründet sich sein Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Freiheit eröffnet die Möglichkeit zu sittlichem Entscheiden. Dabei steht der Mensch in der Verantwortung vor Gott und seinem Gewissen. Jeder Mensch ist aber auch Schuld und Irrtum ausgesetzt. Diese Einsicht ist wichtig, denn sie zeigt uns die Grenzen menschlicher Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf und bewahrt uns vor ideologischen Heilsversprechen und einem totalitären Politikverständnis.

Jeder Mensch ist einzigartig

Wir Christdemokraten erkennen den Menschen als einzigartig und vernunftbegabt, jedoch von Natur aus unvollkommen. Das Wissen um unsere Unvollkommenheit mahnt uns, stets zu Versöhnung bereit zu sein. Die Einzigartigkeit eines jeden Menschen bedingt darüber hinaus eine natürliche Verschiedenheit von Persönlichkeiten und Begabungen. Die Unterschiedlichkeit der Menschen ist von Natur aus gegeben und ist Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Jeder Einzelne ist uns in seiner Würde und in seinen Anlagen gleich viel wert. Wir wollen jeden Einzelnen in seinen individuellen Stärken und Begabungen fördern. Menschen sind nicht gleich. Und Ungleiche gleich zu behandeln, ist ungerecht. Aber Ungleichheit darf niemals zu Benachteiligung oder Diskriminierung führen. Deshalb ist die Ermöglichung begabungsgerechter Lebens-

perspektiven und nicht die absolute Gleichheit der Lebensumstände jedes einzelnen das Ziel unserer Politik.

Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung und empfinden das Leben als Geschenk. In der Verantwortung vor Gott und den nach uns folgenden Generationen fühlen wir uns verantwortlich für den Erhalt der Schöpfung. Es steht uns nicht zu, frei und grenzenlos über sie zu verfügen, sie ist uns vielmehr zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut.

2. Unser Staatsverständnis

Wir Christlichen Demokraten verstehen unter dem Staat eine politische Ordnung, die den Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt und ihn entsprechend stärkt und fördert. Zugleich sorgt sie für die Durchsetzung des Rechts, für die Sicherung des Gemeinwesens nach innen wie nach außen sowie für menschenwürdige Lebensbedingungen. Aufgabe staatlicher Gewalt ist weiterhin, die Rahmensetzung für ein freies, den Bedürfnissen der Gesamtheit wie des Einzelnen gerecht werdendes Wirtschaftssystem zu schaffen. ein chancengerechtes Bildungswesen, ein solider, generationengerechter Umgang mit den Steuern der Bürgerinnen und Bürger sowie der Erhalt und der Ausbau einer bedarfsorientierten Infrastruktur unter Beachtung eines wirksamen Schutzes von Natur und Umwelt gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Für die Erfüllung all dieser grundlegenden Aufgaben braucht der Staat eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Dabei hat er sich gleichermaßen vor einer Überforderung seiner Bürgerinnen und Bürger wie auch vor einer Selbstüberforderung durch überzogene eigene Ansprüche zu hüten. Unsere Auffassung vom Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern ist ein partnerschaftliches, kein paternalistisches, bevormundendes. Die Menschen sind gleichberechtigte Teile der staatlichen Gemeinschaft. Sie dürfen nicht Objekte des Staates werden. Der Staat muss von den Menschen her gedacht und von den Menschen her gemacht werden. Der Mensch kommt vor dem Staat.

Wir wollen einen starken Staat

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist davon überzeugt, dass der Staat nicht dann ein starker Staat ist, wenn er umfassende Kompetenzen an sich zieht und sich als oberster Kontrolleur und Regulierer betätigt. Ein solcher Staat ist ein bürokratischer Staat, der am Ende schwach ist, weil er sich beständig administrativ wie finanziell selbst überfordert. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen wirklich starken Staat, der die materiellen wie institutionellen Bedingungen für die Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt gewährleistet. Seine Stärke muss der Staat aus der klugen Respektierung und Förderung subsidiär angelegter gesellschaftlicher Strukturen gewinnen. Diese Strukturen erlauben es ihm, sich im eigenen Interesse und als Schutz vor Überforderung auf seine Kernaufgaben zu besinnen. Ein starker Staat vertraut auf die Kreativität, Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger. Dabei wollen wir neue Methoden für „wirksames Regieren“ erproben und dazu die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie stärker nutzen. Wir setzen auf Bildung, Dialog

und Information. Politisches Handeln, das auf einem solchen Verständnis gründet, ist zwingend auf die Wiederentdeckung und Erhaltung jener vorstaatlichen Räume, allen voran die Familie, angewiesen, in denen sich gefestigte Persönlichkeiten bilden und entfalten können.

Die staatliche Selbstbeschränkung darf allerdings nicht so weit gehen, dass der Staat zentrale Kompetenzen auf die Gesellschaft überträgt, also privatisiert, um sich finanziell zu entlasten. Zur Ausübung seiner zentralen und hoheitlichen Aufgaben braucht der Staat weiterhin qualifizierte und loyale Beamte. Allen Bestrebungen, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, treten wir daher entgegen.

3. Freiheit

Freiheit ist unser oberstes Prinzip

Weil wir Christdemokraten an die Würde einer jeden Person glauben, ist für uns die Freiheit das oberste Prinzip. Damit meinen wir nicht grenzenlose Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit in Verantwortung. Freies Handeln ist bedingt durch die Wahrnehmung von Verantwortung für sich selbst und seinen Nächsten, für die Gemeinschaft, die Schöpfung und für nachfolgende Generationen. Somit gehören Pflichten genauso zur Freiheit wie Rechte. Gegenseitiger Respekt und Toleranz sind grundlegende Gebote einer Gemeinschaft freier Menschen. Das christlich-demokratische Freiheitsverständnis ist aus diesen Gründen ein bewusst normatives, welches gleichweit entfernt ist von einem wertebinden Laissez-faire-Denken wie von schranken- und bindungsloser Libertät. Maxime christlich-demokratischer Politik ist es, dass sich jeder in Freiheit so entfalten kann, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Aus diesem Grund bestehen unsere vornehmsten politische Ziele darin, Chancengerechtigkeit für jedermann zu schaffen und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir vertrauen hierbei auf den Willen und die Fähigkeit des Menschen zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung.

Freiheit in der Gemeinschaft

Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch von Natur aus von Geburt an bis zum Tod auf ein Leben in Gemeinschaft angelegt ist. Nur in gegenseitiger Bindung kann sich wahre Freiheit entwickeln. Und nur in der Beziehung zu anderen kann der Einzelne seine Identität und Persönlichkeit entfalten. Wir sind davon überzeugt, dass ein Leben in Gemeinschaft für jeden eine Bereicherung darstellt. Dabei bedingt und begrenzt die Freiheit des anderen die eigene Freiheit. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen Freiheit in ihrem sozialen Umfeld erleben und zum Erhalt der Freiheit beitragen. Teilnehmen, teilhaben, mitverantworten, wählen und entscheiden sind Attribute bürgerlicher Freiheit, die jedem in dieser Gesellschaft zustehen.

Aufgabe des Staates ist es, die Freiheit zu respektieren sowie Raum und Rahmen für Freiheit zu schaffen. Diesen Raum mit Leben zu füllen, zu handeln und zu gestalten, obliegt jedem einzelnen Bürger. Dabei dürfen die Verhältnisse, in denen Menschen leben, einer freien Entfaltung der Persönlichkeit nicht im Wege stehen. Es ist staatliche Pflicht, die materiellen Min-

202 destvoraussetzungen für persönliche Freiheit zu sichern. Wir sind überzeugt, dass zur freien
203 Entfaltung der Person die eigene Leistung gehört. Die eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren,
204 ist eine wichtige Quelle von Lebenskraft. Deshalb wollen wir Leistung fördern. Die Würde des
205 Menschen und seine Rechte gelten unabhängig von jeder Leistung.

206 **Freiheit braucht Schutz**

207 Das Recht ist das Instrument des Staates, Freiheit und Würde des Menschen zu schützen. Da-
208 bei ist klar, dass das Recht Einschränkungen der Freiheit zur Wahrung der Würde anderer
209 Menschen nach sich ziehen kann. Nur so ist ein geordnetes und friedliches Zusammenleben
210 möglich. Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger sind in der Pflicht,
211 die Freiheit nach innen wie nach außen zu verteidigen. Wir Christlichen Demokraten bekennen
212 uns zur wehrhaften Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das schließt die Verpflichtung ein,
213 auch für jene einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. Freiheit darf niemals exklusiv sein.
214 Wir wollen Freiheit für alle Menschen.

215 **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen zusammen gedacht werden**

216 Wie in einem gleichseitigen Dreieck stehen im christlich-demokratischen Politikverständnis
217 die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zueinander. Keiner dieser Werte ist
218 ohne die anderen beiden denkbar. Doch die Freiheit steht an der Spitze; auf sie laufen Gerech-
219 tigkeit und Solidarität zu, von ihr sind jene aber auch abhängig und letztlich abzuleiten. Ohne
220 Freiheit gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine echte Solidarität, aber ohne
221 Gerechtigkeit und Solidarität auch keine wahre Freiheit.

222 **4. Gerechtigkeit**

223 **Gerechtigkeit ist für uns zugleich Grundwert und Gebot**

224 Gerechtigkeit bedeutet im demokratischen Rechtsstaat zunächst gleiches Recht für alle. Glei-
225 che Rechte gehen unweigerlich auch mit gleichen Pflichten einher. Jenen, die ihr Recht nicht
226 aus eigener Kraft wahrnehmen können, müssen wir dabei helfen. Die Maxime der Gleichheit
227 vor dem Gesetz schützt unsere Gesellschaft vor Willkür und Machtmissbrauch. Es gilt nicht das
228 Recht des Stärkeren, vielmehr schützt der Rechtsstaat die Schwächeren.

229 **Wir wollen Chancengerechtigkeit schaffen**

230 Die CDU Nordrhein-Westfalen will Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft verwirkli-
231 chen. Chancengerechtigkeit bedeutet, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich in Freiheit
232 so zu entwickeln und zu entfalten, wie es den eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten ent-
233 spricht. Wir wollen, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und selbstverantwortlich
234 wahrnehmen kann. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Menschen gleiche Startchancen

235 beispielsweise in Bildungswege und in die Arbeitswelt erhalten. Unser Ziel sind nicht gleiche
236 Ergebnisse, sondern gleiche Chancen.

237 Für uns Christdemokraten bedeutet Gerechtigkeit auch, dass Gleiches gleich und Ungleiches
238 ungleich behandelt wird. Wir verwechseln Gerechtigkeit nicht mit uniformer Gleichheit. Des-
239 halb ist es gerecht, dass die Stärkeren in unserer Gesellschaft mehr zum Gemeinwohl beitra-
240 gen als die Schwächeren. Sozialer Ausgleich trägt zu einer gerechteren Gesellschaft bei, denn
241 er ermöglicht, dass alle Menschen am Wohlstand der Gesellschaft teilhaben können. Er darf
242 jedoch nicht dazu führen, dass Leistungsbereitschaft und Anstrengung unattraktiv werden.
243 Persönliche Leistung muss Anerkennung finden und belohnt werden. Wir Christdemokraten
244 treten deshalb zugleich für Teilhabe- und Leistungsgerechtigkeit ein.

245 **Gerechtigkeit der Generationen**

246 Für uns ist die Generationengerechtigkeit wesentlicher Bestandteil unseres Gerechtigkeitsbe-
247 griffs. Denn viele Entscheidungen, die wir heute treffen, haben Auswirkungen auf morgen und
248 übermorgen. Entscheidungen, die sich auf nachfolgende Generationen auswirken, müssen gut
249 abgewogen sein und dürfen nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen für die Generationen
250 unserer Kinder und Enkelkinder führen.

251 **Gerechtigkeit ist ein universeller Wert**

252 Das Prinzip der Gerechtigkeit endet nicht an nationalen oder europäischen Grenzen. Uns ist
253 bewusst, dass unser Handeln direkt oder indirekt Auswirkungen hat auf Menschen in anderen
254 Teilen Europas und der Welt. Hieraus erwächst eine Verantwortung, die noch stärker unser
255 Handeln bestimmen muss. Ein faires Miteinander auf Augenhöhe muss daher unsere grenz-
256 überschreitenden Beziehungen bestimmen. Mit großer Entschiedenheit treten wir für die Ach-
257 tung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not
258 auch in anderen Teilen der Welt ein.

259 **5. Solidarität**

260 **Solidarität ist gelebte Nächstenliebe**

261 In der Gesellschaft findet das Gebot christlicher Nächstenliebe ihren Ausdruck in der Solidari-
262 tät. Dieses Gebot, das sich in allen großen Weltreligionen findet, ist für uns Richtschnur und
263 Maßstab politischen Handelns. Gelebte Solidarität liegt in der Natur des Menschen und ge-
264 winnt ihren vollen Wert erst in der persönlichen Zuwendung von Mensch zu Mensch. Solidari-
265 tät verpflichtet uns, den Menschen in seiner Einzigartigkeit und nicht anhand seiner Leistungs-
266 fähigkeit zu bemessen, denn sie gründet im Wissen um die gleiche Würde eines jeden Men-
267 schen.

268 Unsere Solidarität gilt jenen Menschen, die sich noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht in
269 der Lage sehen, sich aus eigener Kraft die Grundlagen für ein freies Leben zu schaffen. Ziel der

270 Solidarität ist es, diesen Menschen einen Zugang zu einem selbst verantworteten Leben in
271 Freiheit zu schaffen. Solidarität wird durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung in Familien,
272 Nachbarschaften, Vereinen, Kirchen, Synagogen, Moscheen und anderen Gemeinschaften ge-
273 lebt. Erst dort, wo die Kräfte des Einzelnen oder der kleinen Gemeinschaft nicht ausreichen,
274 sind die Gesellschaft insgesamt und am Ende auch der Staat gefordert.

275 **Jeder hat ein Recht auf Solidarität**

276 Solidarität ist ein Recht, kein Almosen. Sie schafft Gewissheit, in der Not nicht alleine zu ste-
277 hen. Durch gegenseitige Solidarität ermöglichen wir ein menschenwürdiges Leben in Freiheit,
278 wir sichern uns gemeinsam gegen Risiken ab, die wir alleine nicht bewältigen können, und wir
279 schaffen soziale Sicherheit und Frieden. Dabei hat Solidarität stets das Ziel, aktivierende Hilfe
280 zur Selbsthilfe zu leisten.

281 Solidarität konkretisiert sich im Verhältnis der Jungen zu den Alten und der Alten zu den Jun-
282 gen, der Kinderlosen mit den Familien und andersherum, der Gesunden mit den Kranken, der
283 Leistungsträger mit den Leistungsschwachen, der Arbeitsplatzinhaber mit den Arbeitslosen,
284 der Unternehmer mit den Arbeitnehmern.

285 **Jeder ist zu Solidarität verpflichtet**

286 Solidarität bedeutet aber auch eine Pflicht. Sie verpflichtet uns zu wechselseitiger Verantwor-
287 tung entsprechend individueller Fähigkeiten und Möglichkeiten, verlangt Verzicht und erwar-
288 tet einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Absicherung. Solidarität setzt darüber hinaus prakti-
289 zierte Eigenverantwortung voraus und verbietet den Missbrauch der sozialen Sicherung auf
290 Kosten der Gemeinschaft. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist Ausdruck der Solidari-
291 tät.

292 **Solidarität ist eine innere Haltung**

293 Solidarität kann jedoch nicht von Staats wegen verordnet werden. Sie ist vornehmlich eine
294 innere Haltung und angewiesen auf die verlässlichen Strukturen einer funktionierenden Soli-
295 dargemeinschaft. Solidarität muss daher in Erziehung und Schule sowie in der außerschuli-
296 schen Bildungsarbeit beständig vermittelt und vorgelebt werden. Sie ist elementarer Bestand-
297 teil des staatlichen Bildungsauftrages.

298 **Solidarität endet nicht an geografischen Grenzen**

299 Unsere Solidarität endet nicht an den Grenzen des Nationalstaats oder der Europäischen Uni-
300 on. Das christliche Gebot der Nächstenliebe bezieht sich auf alle Menschen, die auf unsere
301 Unterstützung angewiesen sind, unabhängig von ihrer Herkunft, Rasse, Religion oder Staats-
302 angehörigkeit. Weltoffenheit und Toleranz sowie gelebte Solidarität im Rahmen unserer Mög-

303 lichkeiten müssen Markenzeichen unserer offenen Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen sein
304 und bleiben.

305 **6. Subsidiarität**

306 ***Subsidiarität ist Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft***

307 Subsidiarität ist das Struktur- und Ordnungsprinzip, welches Freiheit, Gerechtigkeit und Soli-
308 darität miteinander verbindet. Es ist unser Leitbild für eine aktive Bürgergesellschaft, in der
309 die Menschen ihr Leben und Miteinander eigenverantwortlich gestalten. Dieses Leitbild ge-
310 winnt angesichts gesellschaftlicher Verhältnisse, die zunehmend von Anonymisierung, Verein-
311 samung und undurchsichtigen Großstrukturen gekennzeichnet sind, neue Bedeutung.

312 Subsidiarität setzt innovative Kräfte in der Gesellschaft frei und sorgt für innere Stabilität,
313 denn sie verschafft der Eigeninitiative Vorrang vor staatlicher Intervention und der kleineren,
314 effektiveren gesellschaftlichen oder auch staatlichen Einheit Vorrang vor dem großen bürokrati-
315 schen Apparat.

316 ***Wir wollen eine Gesellschaft, die sich von unten organisiert***

317 Wir Christdemokraten wollen deshalb, dass alles, was die Bürger allein, in der Familie oder im
318 freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut oder sogar besser als staatliche Struktu-
319 ren leisten können, in ihrer Zuständigkeit und Verantwortung verbleibt. Unser Idealbild ist
320 eine Gesellschaft, die sich von unten organisiert. Was der Einzelne, die Familie oder die kleine-
321 re Gemeinschaft nicht leisten kann, vermag vielleicht eine größere Gemeinschaft oder ein
322 freier Verband zu übernehmen. Kommunen, Land und Bund sollen nur jene Aufgaben über-
323 nehmen, die von den Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinschaften und Verbänden nicht erfüllt
324 werden können.

325 Wir wollen die kleinen Einheiten, die Familien und freiwilligen Zusammenschlüsse stärken und
326 zu einem ausgeprägten Gemeinsinn sowie starkem bürgerschaftlichen Engagement beitragen.
327 Die kleinen Gemeinschaften sind Quelle von Eigenverantwortung und Solidarität, Entfaltung
328 und Zusammenhalt. Es ist Aufgabe des Staates, den Bürgerinnen und Bürgern eigenverant-
329 wortliches und subsidiäres Handeln und Gestalten zu ermöglichen und zu erleichtern und sie
330 nicht durch übermäßige Vorgaben, Kontrollen und sonstige Eingriffe zu behindern und zu
331 entmutigen. Das wiederum setzt zwingend ein Grundvertrauen des Staates in seine Bürgerin-
332 nen und Bürger voraus.

333 ***Föderalismus ist Ausdruck der Subsidiarität***

334 In der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union findet sich der Gedanke der
335 Subsidiarität auch im Föderalismus wieder. Auch hier gilt, dass die Zuständigkeit und Ent-
336 scheidungsgewalt im Zweifel bei der unteren Ebene liegen sollte. Die nordrhein-westfälische
337 CDU steht deshalb seit je her zur kommunalen Selbstverwaltung. Starke, eigenständige Kom-

338 munen bilden die Grundlage für eine starke Gesellschaft, denn sie ermöglichen Bürgernähe,
339 Effizienz und eigenverantwortliches Handeln.

340 Der Föderalismus erkennt die Verschiedenartigkeit lokaler und regionaler Traditionen, Kultu-
341 ren und Identitäten an und garantiert deren Entfaltung. Dies gilt für Nordrhein-Westfalen in
342 besonderer Weise. Der Wettbewerb der Kommunen und Länder im Föderalstaat fördert über-
343 dies Initiative, Innovation, Dynamik und Vielfalt. Zudem bringt er den Staat näher zu den Men-
344 schen und stärkt so die Demokratie. Gleichzeitig sichert der Föderalismus Freiheit und Demo-
345 kratie, in dem er die politischen Gewalten vertikal teilt und verschränkt.

346 ***Gedanke der Subsidiarität bestimmt auch unsere Wirtschaftsordnung***

347 Das Prinzip der Subsidiarität durchdringt nicht nur den öffentlichen Raum, sondern bestimmt
348 auch unsere Wirtschaftsordnung. Auch hier gilt der Vorrang der Eigeninitiative und Eigenver-
349 antwortung vor staatlicher Aktivität. Nur in den Bereichen, die privatwirtschaftlich nicht effi-
350 zient organisiert werden können, wo die Marktkräfte zu keinen befriedigenden Ergebnissen
351 kommen und wo die wirtschaftliche Freiheit durch Marktkonzentration gefährdet ist, soll und
352 muss der Staat aktiv werden.

353

II. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

1. Industrie, Mittelstand und Handwerk

Soziale Marktwirtschaft: Wirtschafts- und Werteordnung

Ein starkes Nordrhein-Westfalen kann es nur auf dem Fundament einer richtig begriffenen und gelebten Sozialen Marktwirtschaft geben. Sie hat Deutschland den Rahmen gegeben, in dem die Menschen mit viel Fleiß, Kreativität und unternehmerischem Mut nach dem Zweiten Weltkrieg einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg erarbeitet haben.

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit und marktwirtschaftliches Handeln mit Solidarität und sozialem Ausgleich. Ihr Ziel ist Wohlstand für alle. Sie ist damit nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Werteordnung, die sich klar bekennt zu den persönlichen Freiheitsrechten und der Eigenverantwortung des Einzelnen auf der einen Seite und den ergänzenden sozialpolitischen Maßnahmen des Staates auf der anderen Seite. Diese sollen für Leistungs- und Chancengerechtigkeit sorgen und denen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Insofern gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft keinen Gegensatz zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von einer Kultur der Verantwortung

Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen Staat, der die Freiheit des Einzelnen gewährleistet, Privateigentum und Wettbewerb sichert und Monopole verhindert, einen Staat, der dafür sorgt, dass Chancen und Risiken marktwirtschaftlicher Entscheidungen bei den wirtschaftlichen Akteuren zusammengeführt und die Risiken nicht vergemeinschaftet werden. Eine Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen strikt ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine dynamische Marktwirtschaft von engagierten Unternehmern angetrieben wird, die Gewinne erwirtschaften wollen und bereit sind, dafür Risiken einzugehen und für ihr Handeln persönlich zu haften. Die an vielen Stellen zu beobachtende Entkopplung von Eigentum und Verantwortung lehnen wir entschieden ab. Sie führt zu falschen Anreizen und unvorsichtigem Verhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Stärkung der Verantwortungskultur in der Wirtschaft als einem elementarem Bestandteil einer Kultur der Freiheit ein.

Der Staat setzt in der Sozialen Marktwirtschaft den Ordnungsrahmen

Freiheit braucht Leitplanken, damit sie nicht missbraucht werden kann. Dass Märkte sich nicht ausschließlich allein regulieren können, haben zahlreiche Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen, besonders die weltweite Finanzkrise deutlich gezeigt.

Der Staat muss aber auch dafür Sorge tragen, dass sozialpolitische Interventionen und andere Formen der Regulierung nicht die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs durch falsche Anreize beeinträchtigen. Ein absolut gesetztes Gleichheitsprinzip verkennt die Unterschiedlichkeit der

389 Menschen. Es ist deshalb der falsche Ansatz. Für Chancengerechtigkeit zu sorgen und jedem
390 Menschen in unserem Land faire Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg zu eröffnen, die er eigen-
391 ständig nutzen kann, entspricht dagegen dem christlichen Menschbild und dem Ideal eigen-
392 verantwortlichen Handelns. Die daraus resultierende Selbstbeschränkung des Staates ist not-
393 wendig, um eine Ordnung der Freiheit zu erhalten und kontrollierende Eingriffe in das Wirt-
394 schaftssystem zu minimieren. Jeder Eingriff hat Folgewirkungen, die zu bedenken sind und die
395 sich auf den Wohlstand des Landes negativ auswirken können.

396 **Die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft gehören in die richtige Balance**

397 Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder in die
398 richtige Balance bringen. Es geht dabei nicht nur um Detailfragen, sondern um eine grundsätz-
399 liche Ausrichtung: Wir werben deshalb gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern für einen
400 ordnungspolitischen Kompass, der aus planwirtschaftlicher Umverteilung zugunsten von mehr
401 Freiheit und Wettbewerb herausführt. Nur so werden die notwendige Dynamik und das wirt-
402 schaftliche Wachstum entstehen, die die materielle Grundlage für soziale Leistungen schaffen
403 und den Staatshaushalt entlasten. Je besser die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist,
404 umso leichter fällt es jedem Einzelnen, durch eigene Leistung und Anstrengung seinen Wohl-
405 stand zu mehren. Darüber hinaus schafft wirtschaftlicher Aufschwung auch bessere Möglich-
406 keiten der sozialpolitischen Absicherungen für diejenigen, die staatliche Hilfe benötigen.

407 **Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Arbeit**

408 Nordrhein-Westfalen ist ein Land, in dem ehrliche Arbeit etwas zählt. Die Menschen im Land
409 sind bodenständig, sie wollen und können anpacken, sie wollen und können etwas bewegen
410 und sie scheuen sich nicht vor Arbeit und Anstrengung. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen,
411 dass sich Arbeit und Leistung lohnen. Und uns ist zugleich bewusst, dass nur verteilt werden
412 kann, was zuvor erwirtschaftet wurde.

413 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft gründet sich auf eine über Jahrhunderte gewachsene Tradi-
414 tion des Handwerks, des Handels, der Industrie und des Mittelstands. Diese vielfältige Struk-
415 tur zusammen mit den gut ausgebildeten Facharbeitern, den hochqualifizierten Ingenieuren
416 und Wissenschaftlern sowie den motivierten und weitsichtigen Gründern und Unternehmern
417 stellen die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs Nordrhein-Westfalens dar.

418 **Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland bleibt**

419 Weil Nordrhein-Westfalen Industrieland ist, geht es uns besser als vielen anderen Regionen in
420 Europa und in der Welt. Über viele Jahrzehnte hinweg war Nordrhein-Westfalen die Herzkam-
421 mer der deutschen Industrie und auch heute noch ist es das industriell bedeutendste Bundes-
422 land. Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die Bedeutung der Industrie für unser Land, die
423 noch immer für fast 30 Prozent der Bruttowertschöpfung steht und hunderttausende Arbeits-
424 plätze sichert. Gerade in den ökonomischen Krisen der vergangenen Jahrzehnte hat es sich

bewährt, dass Nordrhein-Westfalen weiterhin auf industrielle Wertschöpfung gesetzt hat und es nicht zu einseitigen Verschiebungen auf den Dienstleistungssektor gekommen ist. Aus diesem Grund strebt die CDU Nordrhein-Westfalen danach, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu stärken. Damit dies gelingen kann, müssen wir die Dynamik und die Entfaltungsmöglichkeiten der nordrhein-westfälischen Unternehmen fördern, denn hierin liegt der Schlüssel für unternehmerisches Handeln und wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und Nordrhein-Westfalen als Industrieland eine Zukunft hat.

Im Vergleich zu den sieben Flächenländern der alten Bundesrepublik hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen drei Jahrzehnten jedoch an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Produktivität unserer Wirtschaft hat im Verhältnis zu anderen Bundesländern abgenommen. Diesen Negativtrend will die CDU Nordrhein-Westfalen beenden. Wir wollen stattdessen die Kräfte der nordrhein-westfälischen Wirtschaft freisetzen, Raum für unternehmerisches Handeln schaffen und eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung fördern. Nur so kann das Land zu den erfolgreicher Bundesländern aufschließen.

Eine starke Industrie 4.0 ist die Zukunft unseres Landes

Die zunehmende Digitalisierung verändert die industrielle Wertschöpfung in großem Tempo. Durch das „Internet der Dinge“ entsteht eine intelligente Vernetzung von Produktionsanlagen, Betrieben und Wertschöpfungsketten. Die Produktion wird dadurch individualisiert, der Ressourcenverbrauch reduziert und die Produktivität gesteigert. Wir wollen, dass unsere Industrie mit dieser Entwicklung Schritt hält und werden alle Anstrengungen unternehmen, sie auf dem Weg der Digitalisierung zu unterstützen. Dazu gehört neben einem flächendeckenden Breitbandausbau vor allem auch eine enge Verzahnung von Industrie und Wissenschaft. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter der Industrie 4.0 wird. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir wollen eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Nordrhein-Westfalen wurde in den vergangenen zwei Jahrhunderten maßgeblich durch seine Industrie geprägt. Auch heute noch gehört die von Kohleförderung, Stahlerzeugung und Metallverarbeitung geprägte Industriekultur zum Identitätskern unseres Landes. Doch auch der Strukturwandel, den Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Jahrzehnten durchlebte, hat tiefe Spuren hinterlassen. Dieser Strukturwandel darf jedoch nicht weiterhin als Ausrede für eine fehlende oder realitätsferne Wirtschaftspolitik herangezogen werden. Statt die strukturellen Veränderungen zu beklagen, gilt es, die Veränderungen und Herausforderungen als Chance zu begreifen und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb vor allem für eine stärkere Förderung des Mittelstands ein.

461 **Wir wollen und brauchen einen starken Mittelstand**

462 Neben der Großindustrie verfügt Nordrhein-Westfalen auch über einen ausgeprägten und
463 innovativen Mittelstand. Es sind gerade die mittelständischen, oftmals eigentümer- oder fami-
464 liengeführten Unternehmen, die den wirtschaftlichen Motor Nordrhein-Westfalens darstellen.
465 Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sie stehen für Qualität und Fle-
466 xibilität und sie widerstehen den konjunkturellen Schwankungen. Die CDU Nordrhein-
467 Westfalen setzt sich dafür ein, dass die mittelständischen Unternehmerinnen und Unterneh-
468 mer im Land zukünftig bessere Rahmenbedingungen vorfinden, als es derzeit der Fall ist. Ge-
469 rade kleine und mittelständische Unternehmen leiden überproportional unter den zunehmen-
470 den bürokratischen Auflagen, Aufsichts- und Kontrollanforderungen. Dem werden wir entge-
471 genwirken. Unser Ziel ist es, die Wertschöpfungsketten im Land enger zu knüpfen und gerade
472 auch die kleinen und mittleren Unternehmen besser mit den Hochschulen und Forschungsein-
473 richtungen im Land zu verzahnen, um unternehmerische Innovationskraft zu stärken.

474 **Unser Handwerk hat Tradition und Zukunft**

475 Das nordrhein-westfälische Handwerk ist und bleibt von herausragender Bedeutung. Es ist
476 vielfältig, innovativ und setzt auf hohe Qualität. Im Handwerk werden die Ideale der Sozialen
477 Marktwirtschaft in besonderer Weise gelebt, hier zählen Freiheit und Verantwortung, Leistung
478 und Solidarität. Gerade in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs oder der wirtschaftlichen
479 Krise sind es die Handwerksunternehmer, die bis zuletzt nach Möglichkeiten suchen, ihre Mit-
480 arbeiter zu halten. Handwerksunternehmen sind in der Regel klein oder mittelständisch, sie
481 sind vor Ort gut vernetzt, sie sind nah am Kunden und setzen auf hohe Qualität. Hierdurch
482 sind sie anpassungsfähig und können schnell und flexibel reagieren.

483 Das Handwerk übernimmt in Nordrhein-Westfalen eine große Verantwortung, in dem es jedes
484 Jahr zehntausende Ausbildungsplätze schafft und dadurch jungen Menschen eine Perspektive
485 bietet. Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt und unterstützt dies nachdrücklich, denn nur so
486 kann die Tradition des Handwerks gesichert, können Beschäftigung und Wohlstand aufrecht-
487 erhalten werden. Deswegen setzen wir uns weiterhin für ein leistungsstarkes und wettbe-
488 werbsfähiges Handwerk in Nordrhein-Westfalen ein.

489 **Wir wollen den Gründergeist in unserem Land fördern und stärken**

490 Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß, dass jeder ökonomische Erfolg auf dem Fleiß und Leis-
491 tungswillen, dem Ideenreichtum und der Risiko- und Verantwortungsbereitschaft von Unter-
492 nehmerinnen und Unternehmern beruht. Wir fördern daher den Mut zur Selbständigkeit und
493 zur unternehmerischen Existenzgründung. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen,
494 die dazu einladen, sich selbständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen. Im Ruhrge-
495 biet sehen wir diesbezüglich besonderen Nachholbedarf. Wir wollen, dass sich vermehrt auch
496 Frauen für einen solchen Schritt entscheiden. Gleiches gilt für Menschen mit Zuwanderungs-
497 geschichte. Deshalb werden wir diese Aktivitäten gezielt fördern. Grundsätzlich muss gelten,

498 dass wer selbst ein unternehmerisches Risiko trägt und dabei erfolgreich wirtschaftet, nicht
499 übermäßig belastet werden darf. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass der Generationenwech-
500 sel in eigentümer- oder familiengeführten Unternehmen den Fortbestand des Unternehmens
501 sichert.

502 ***Wir wollen eine Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Entwicklung***

503 Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für eine vorausschauende, langfristige und verlässliche
504 Wirtschafts-, Mittelstands- und Industriepolitik. Unser Land braucht einen Kulturwandel weg
505 von immer neuen Auflagen, bürokratischen Hemmnissen und Kontrollen hin zur Stärkung von
506 Eigeninitiative und Innovation. Unsere Förderpolitik setzt daher auf die Schaffung einer selbst-
507 tragenden Wirtschaftsstruktur. Wir wollen eine Flächenentwicklung, die den Verbrauch an
508 Flächen reduziert, gleichzeitig jedoch Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Unternehmen
509 erhält. Eine Raumplanung, die den Unternehmen im Land Entwicklungsperspektiven verwehrt
510 und die die kommunale Selbstverwaltung und Planungshoheit beschneidet, lehnen wir ab. Wir
511 werden, ganz im Sinne der Subsidiarität, die Kommunen in ihren Kompetenzen stärken, denn
512 wir sind davon überzeugt, dass die Menschen vor Ort besser wissen, was gut für sie ist.

513 **2. Handel und Dienstleistungen**

514 ***Wir wollen den Handelsplatz Nordrhein-Westfalen stärken***

515 Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Handelsplatz, sowohl für den Einzel- als auch für den
516 Groß- und Außenhandel.

517 Die mehr als 100.000 Einzelhandelsbetriebe in Nordrhein-Westfalen erwirtschaften knapp ein
518 Viertel des gesamten deutschen Einzelhandelsumsatzes. Der Einzelhandel ist die drittstärkste
519 Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen und stellt jeden zehnten Arbeitsplatz im Land.

520 In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung nehmen die internationalen Warenströme
521 weiter zu. Nordrhein-Westfalen ist bereits heute ein starker Knotenpunkt im globalen Netz der
522 Warenströme. Export und Import sind eine tragende ökonomische Säule unseres Bundeslan-
523 des und sichern die Existenz zahlreicher großer und auch mittelständischer Unternehmen.
524 Damit Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ein starker und attraktiver Handels- und Lo-
525 gistikstandort bleibt, brauchen wir verlässliche und fördernde Rahmenbedingungen. Dazu
526 zählt neben einer verlässlichen verkehrlichen Infrastruktur insbesondere eine koordinierte und
527 an qualitativen Kriterien orientierte Flächenpolitik. Dem vorhandenen Nachfragestau an aus-
528 gewiesenen Industrieflächen muss u. a. durch die Reaktivierung von Brachflächen entschieden
529 entgegen getreten werden.

530 ***Nordrhein-Westfalen braucht einen starken Einzelhandel***

531 Der nordrhein-westfälische Einzelhandel steht vor tiefgreifenden Umbrüchen. So verändert
532 etwa die zunehmende Digitalisierung das Kaufverhalten der Bürger. Der Onlinehandel erobert

in Deutschland einen immer größer werdenden Marktanteil und setzt damit den klassischen, stationären Einzelhandel unter Druck. Auch großflächiger Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“ beeinträchtigt den innerstädtischen Einzelhandel in steigendem Maße. Betriebsaufgaben und leerstehende Ladenlokale vor allem in den Randlagen der Innenstädte oder in Mittel- und Unterzentren sind sichtbare Folge dieses Wandels. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Stärkung des Einzelhandels ein. Neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen ist für uns vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch der Erhalt funktionierender Nahversorgungsstrukturen ein wichtiges Ziel der Landespolitik.

In der Flexibilisierung der Öffnungszeiten sehen wir die Möglichkeit, den Veränderungen im Einzelhandel Rechnung zu tragen und die Wettbewerbsfähigkeit des stationären Einzelhandels zu stärken. Der Schutz des Sonntags ist und bleibt für uns aber ein wichtiges Anliegen, das nicht zur Disposition steht.

Wir wollen lebendige Innenstädte

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Beschränkung des großflächigen Einzelhandels auf der „Grünen Wiese“ ein, um einer weiteren Schwächung von zentralen Versorgungsbereichen entgegen zu wirken. Der Innenentwicklung muss Vorrang vor der Außenentwicklung gegeben werden.

Politik für den Einzelhandel und seine Kunden muss auch immer Stadtentwicklungspolitik sein. Die Förderung von Wohnen und Leben in unseren Städten muss Bestandteil einer nachhaltigen Politik sein, ebenso wie die Schaffung und der Erhalt von Infrastruktur für ÖPNV und Individualverkehr, um die Erreichbarkeit in unseren Städten und im ländlichen Bereich zu gewährleisten. Gerade auch der Onlinehandel und die dadurch entstandene Nachfrage nach logistischen Dienstleistungen, werden unsere Kommunen vor immense Herausforderungen in diesem Bereich stellen.

Wir wollen die Digitalisierung als Chance für den Handel stärker nutzen

Außerdem setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen für eine stärkere Nutzung digitaler Techniken durch den stationären Einzelhandel ein. So kann beispielsweise der Onlinehandel als zweites Standbein zum stationären Geschäft die Kundenbasis verbreitern und die Wettbewerbsfähigkeit von Einzelhändlern erhöhen. Digitalisierung ermöglicht zudem Effizienzgewinne bei der Lagerlogistik. Hierfür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen durch einen verstärkten Ausbau der Breitbandinfrastruktur geschaffen werden.

Wir wollen klare Rahmenbedingungen im internationalen Handel

Freier Handel und freie Direktinvestitionen schaffen Wachstum und Wohlstand. Protektionismus und nationale Kleinstaaterei hingegen schaden langfristig jeder Volkswirtschaft, sie gefährden Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt

sich deshalb für einen freien internationalen Handel unter klaren und fairen Rahmenbedingungen ein. Der Europäische Binnenmarkt ist für Nordrhein-Westfalen nach wie vor ein großer Erfolg. Daher begrüßen wir Freihandels- und Investitionsabkommen, die unserer Wirtschaft neue Märkte eröffnen und für Wirtschaftswachstum sorgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Abkommen unsere hohen Standards bei Qualität und Sicherheit sichern. Die CDU Nordrhein-Westfalen will unsere heimische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb stärken. Die exportorientierten wie auch die importierenden Unternehmen in unserem Land dürfen nicht durch überbordende Regulierung gehemmt werden.

Vielfalt des Banken- und Versicherungsstandorts stärken

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Nordrhein-Westfalen eine eher dezentrale Wirtschaftsstruktur mit einer Vielzahl von leistungsfähigen Regionen auf. Die Struktur der Kreditwirtschaft spiegelt diese Verteilung wider. Die CDU Nordrhein-Westfalen will diese Vielfalt erhalten und stärken. Besonders den Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommt eine zentrale Bedeutung in unserem Land zu. Sie gewährleisten eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen für alle Bevölkerungsschichten und unterstützen unseren Mittelstand durch Kreditvergabe.

Nordrhein-Westfalen ist auch der größte Versicherungsstandort in Deutschland gemessen an der Zahl der ansässigen Unternehmen und der Beschäftigten. Durch die zahlreichen und weitreichenden Verflechtungen in den Regionen leistet die Versicherungswirtschaft einen bedeutenden Beitrag zur erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Sie schafft Wachstum und Beschäftigung vor Ort.

Nordrhein-Westfalen braucht starke Banken und Versicherungen

Um Impulse für mehr Wachstum zu setzen, haben Banken und Versicherungen für Industrie, Mittelstand und Verbraucher eine wichtige Funktion: bei der Vergabe von Krediten, aber auch als Investoren. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Banken und Versicherungen am Standort Nordrhein-Westfalen verbessern. Dazu gehört die Begleitung neuer Marktsegmente der Finanzwirtschaft, kurze Wege zwischen Unternehmen und Politik sowie eine bessere Vernetzung. Außerdem wollen wir zu einer besseren Außendarstellung des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen beitragen.

Gerade bei Fragen der langfristigen Unternehmensfinanzierung ist die Zusammenarbeit zwischen Bankensektor und Versicherungswirtschafts zu intensivieren. Hier muss die Politik die Rahmenbedingungen verbessern. Auch bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten zum Beispiel durch Öffentliche-Private-Partnerschaften kann durch eine Partnerschaft mit Bankensektor und Versicherungswirtschaft bei Beachtung strenger Qualitätsstandards ein deutlicher Mehrwert erzielt werden.

Wir wollen die NRW.BANK nutzen um neue Wachstumsimpulse auszulösen

Nordrhein-Westfalen ist auch der Sitz der größten Förderbank eines Landes. Die NRW.BANK unterstützt das Land bei seinen struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Dabei sichert und verbessert sie die mittelständische Struktur der Wirtschaft, insbesondere durch die Finanzierungen für Existenzgründungen und -festigungen. Daneben zeichnet sie sich verantwortlich für die soziale Wohnraumförderung, die bauliche Entwicklung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, für Infrastrukturmaßnahmen, Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft und im ländlichen Raum sowie für Maßnahmen sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Art. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird die NRW.BANK in ihrer wichtigen Funktion als Landesstrukturbank für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken und mit ihr Wachstumsimpulse im Land auslösen.

3. Moderne Infrastruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die Infrastrukturen sind die Lebensadern unseres Landes

Für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen stellen die Infrastrukturen die zentralen Lebensadern dar. Der Austausch von Waren, Daten und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Menschen bilden die Grundlage für unseren Wirtschaftsstandort. Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die zentrale Bedeutung der Infrastruktur für unser Land. Sie ist ein grundlegendes Instrument zur Entfaltung unserer Freiheit und Bewahrung unseres Wohlstandes.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen als Drehkreuz im Herzen Europas stärken

Nordrhein-Westfalen ist das Drehkreuz im Herzen Europas. Wichtige Handelswege und Verkehrsachsen zwischen Nord- und Südeuropa genauso wie zwischen West und Ost kreuzen sich bei uns. Unser Land ist ein Knotenpunkt des transeuropäischen Verkehrsnetzes. Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt an, das Land als Umschlagplatz internationaler Warenströme auszubauen und zu stärken. Dazu bedarf es in erster Linie einer gut ausgebauten und intakten Verkehrsinfrastruktur. Diese Maxime gilt für alle Verkehrsträger gleichermaßen. Wir treten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik ein, die die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielt. Straße, Schiene, Flughäfen und Wasserwege bilden ein gemeinsames Infrastrukturnetz. Sie effizient miteinander zu verknüpfen ist unser politisches Ziel.

Angesichts der Prognosen, die eine starke Zunahme des Personen- und Güterverkehrs vorausagen, muss die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsinfrastruktur dringend gesichert und ausgebaut werden.

Unser Ziel ist, die Verkehrsbelastungen für Mensch und Umwelt zu reduzieren

Verkehr verursacht Belastungen wie Lärm, Abgase und Verschmutzungen. Wenn aber Infrastruktur ein Instrument zur Ermöglichung unserer Freiheit ist und zur Bewahrung unseres

639 Wohlstandes beiträgt, dann müssen wir bereit sein, auch die damit verbundenen zumutbaren
640 Belastungen zu tragen. Für diese notwendige Akzeptanz wollen und müssen wir werben. Ein-
641 schränkungen und Belastungen sollen so gering gehalten und so fair verteilt werden wie mög-
642 lich. Wir setzen uns deshalb für eine weitestgehende Verringerung der Belastungen ein. Wir
643 benötigen mehr Lärmschutz, noch bessere Maßnahmen gegen Emissionen und weniger Stö-
644 rungen im Netz.

645 **Wir wollen ein leistungsfähiges Straßennetz**

646 Im Straßenverkehr wollen wir wichtige Lücken im überregionalen Straßennetz unseres Landes
647 schließen, die besonders beanspruchten Bundesfernstraßen ausbauen und belastete Ortslagen
648 vom Durchgangsverkehr wirkungsvoll entlasten.

649 Die Leistungsfähigkeit unserer Straßenverkehrsinfrastruktur wird durch die zahlreichen sanie-
650 rungsbedürftigen Brückenbauwerke begrenzt. Aufgrund des starken Wachstums des Schwer-
651 verkehrs in den vergangenen Jahrzehnten haben die Belastungen stark zugenommen, so dass
652 viele dieser Bauwerke ihre Leistungsgrenze erreicht haben. Die Sanierung dieser Brücken hat
653 für uns Priorität.

654 Unser Ziel ist, dass in Zukunft Infrastrukturmittel verstärkt in jene Regionen fließen, in denen
655 der Bedarf am höchsten ist. Wir wollen eine konsequente Ausrichtung der Förderung nach
656 Bedarf und Wirtschaftlichkeit und nicht nach Himmelsrichtung. Ebenso ist es unser Ziel, dass
657 die angebotenen Investitionsmittel des Bundes in Nordrhein-Westfalen vollständig abgerufen
658 und investiert werden. Daher muss stets eine ausreichende Planungsreserve baurechtsfähiger
659 Maßnahmen vorliegen, damit alle zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch in die Infra-
660 struktur unserer Landes fließen können und wir sogar in der Lage sind, etwa zusätzlich zuflie-
661 ßende Mittel für die Menschen in unserem Land zu nutzen.

662 **Wir wollen den Verkehrsträger Schiene stärken**

663 In keinem anderen Bundesland ist das Schienennetz so dicht ausgebaut wie in Nordrhein-
664 Westfalen. Nirgendwo sonst nutzen mehr Menschen täglich die Bahn, um zur Arbeit zu gelan-
665 gen wie in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr. Auch für unsere Industrie ist das Schienen-
666 netz ein wichtiger Transportweg zur Beschaffung von Rohstoffen und zum Absatz von Gütern.
667 Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen den Bahnverkehr in unserem Land stär-
668 ken und fordern daher nachhaltige Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Zentrale Projek-
669 te der kommenden Jahrzehnte sind der dreigleisige Ausbau der Betuwe-Linie, der Bau des
670 Rhein-Ruhr-Expresses (RRX) sowie der zweigleisige Ausbau der Strecke Münster-Lünen. Auch
671 der weitere Ausbau und die Sanierung der Bahnhöfe ist ein vordringliches Ziel unserer Ver-
672 kehrspolitik. Die Bahnhöfe müssen barrierefrei zugänglich sein und man muss sich dort sicher
673 fühlen. Dies ist elementar für die Attraktivität des Bahnverkehrs. Die Verbesserung der Sicher-
674 heit und des Lärmschutzes entlang der Schienenwege in Nordrhein-Westfalen sind für uns
675 zentrale Anliegen.

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht leistungsfähige Flughäfen

Es gibt weltweit keine wichtige Wirtschaftsregion ohne leistungsfähige Flughäfen. Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind daher bedeutende Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren sowie wichtige Luft-Drehkreuze. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität unserer Flughäfen dauerhaft erhalten und verbessern. Im Gegenzug erwarten wir von den Flughafenbetreibern Transparenz und Offenheit sowie weitere Verbesserungen zum Lärmschutz und die Einführung lärmabhängiger Entgelte. Die CDU Nordrhein-Westfalen macht sich daher für ein tragfähiges und weitsichtiges Luftverkehrskonzept stark.

Wir wollen unsere Wasserwege stärker nutzen

Unsere schiffbaren Flüsse und Kanäle sind weitere wichtige Verkehrswege in unserem Land. Mit dem stetig wachsenden Güterverkehr wird ihre Bedeutung weiter zunehmen. Wir Christdemokraten treten dafür ein, dass die Binnenschifffahrt gestärkt wird und an Attraktivität gewinnt. Sie birgt große Potenziale zur Entlastung von Straße und Schiene und reduziert die Belastungen für Mensch und Natur. Es ist unser Ziel, die Wasserwege und die dazugehörige Infrastruktur wie etwa Schleusen und Häfen den sich wandelnden Erfordernissen bedürfnisgerecht anzupassen. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der verkehrsreichsten europäischen Binnenwasserstraße, dem Rhein, sowie dem größten Binnenhafen, dem Duisburger Hafen, zu. Bei allen Maßnahmen sind die Auswirkungen auf Umwelt und Natur zu berücksichtigen.

Wir wollen den flächendeckenden Breitbandausbau

In Zeiten der zunehmenden Digitalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche wächst die Bedeutung der digitalen Infrastruktur. Für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen ist es von existenzieller Bedeutung, dass die digitale Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert wird. Besonders der ländliche Raum als Standort vieler neuer Industriearbeitsplätze ist auf einen zügigen Anschluss an das Breitbandnetz angewiesen. Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt daher einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes an. Dort wo es marktwirtschaftlich nicht rentabel ist, muss das Land Anreize für den Ausbau des Breitbandnetzes schaffen.

Digitalisierung als Chance begreifen und Potenziale nutzen

Durch das Internet, die globale Vernetzung und den daraus folgenden technologischen Megatrend der Digitalisierung entstehen neue Chancen und Möglichkeiten. Neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung, für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und für die Gründungskultur und damit die nachhaltige Wertschöpfung in unserem Land. Durch Digitale Bildung entstehen Zukunftschancen für unsere Kinder und Jugendlichen, neue Arbeitsmodelle eröffnen Perspektiven für die Gestaltung des Familienlebens. Breitbandausbau

711 in der Fläche ermöglicht zudem Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Intelligente Netze leisten
712 ihren Beitrag zur Energiewende.

713 Die Digitalisierung bewirkt einen Technologiesprung, der für viele heutige Geschäftsmodelle
714 und Wirtschaftsbereiche tiefgreifende Anpassungserfordernisse mit sich bringen wird. Das
715 Potential dieses Wandels wollen wir als bürgerliche Volkspartei nach unseren Grundsätzen,
716 Werten und Überzeugungen mitgestalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass
717 es keinen Gegensatz zwischen der realen Welt und der virtuellen Welt gibt. Hieraus folgt aber
718 auch, dass unsere Rechts- und Werteordnung ohne Abstriche auch im Kontext des Netzes und
719 der Digitalisierung gelten. Für uns Christdemokraten ist klar, dass Schutzgüter wie die Pri-
720 vatsphäre des Individuums oder die informationelle Selbstbestimmung in Deutschland nicht
721 zur Disposition stehen.

722 Gleichzeitig setzen wir uns aber auch dafür ein, die Potentiale der Digitalisierung für wirt-
723 schaftlichen Wohlstand voll zu entfalten. Zu den Fähigkeiten gehört beispielsweise die Mög-
724 lichkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation in Echtzeit oder die Vernetzung der in-
725 dustriellen Produktionsabläufe (Industrie 4.0). Hieraus ergeben sich beschleunigte Innovati-
726 onszyklen, die unserem Land Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft ermöglichen.
727 Unser Ziel ist daher, die Rahmenbedingungen der Digitalisierung so auszugestalten, dass die
728 Ausschöpfung von Chancen und Potentialen nicht durch überzogene Regulierung verhindert
729 wird.

730 Der richtige Ausgleich zwischen dem Schutz unserer Werteordnung und der Entfaltung von
731 Innovationskraft ist die neue Soziale Frage unserer Zeit und Ziel unserer Politik.

732

III. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens

1. Landesfinanzen

Solide Finanzen sind Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Landes

Vom Jahr 2020 an sind die Haushalte der Länder ohne neue Schulden aufzustellen. Die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse konkretisiert das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit. Ziel ist es, dass Bund und Länder die wahrzunehmenden Aufgaben ohne neue Schulden finanzieren. Die schon bestehende hohe Staatsverschuldung und immer neue Schulden rauben den nachfolgenden Generationen Zukunftschancen. Die Schulden von heute beeinträchtigen die öffentliche Finanzlage von morgen und reduzieren damit die Gestaltungsspielräume und Entwicklungschancen unserer Kinder und Enkel, denn ein immer größerer Teil der Steuereinnahmen wird so durch steigende Zinsausgaben gebunden und steht nicht für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung. Die Vermeidung neuer Verschuldung hat insofern nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine moralische Dimension. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der impliziten Staatsverschuldung aufgrund der in den nächsten Jahren stark steigenden Versorgungslasten kommt der finanziellen Nachhaltigkeit unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit eine herausragende Bedeutung zu. Diese absehbare Entwicklung stellt eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft dar und wird auch die Staatsfinanzen vor erhebliche Probleme stellen. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht dafür, diese Herausforderung endlich anzugehen und schnellstens einen entsprechenden Mentalitäts- und Paradigmenwechsel einzuleiten.

In Nordrhein-Westfalen stehen wir seit den 1970er Jahren vor schwierigen, stets wachsenden finanzpolitischen Herausforderungen. Über Jahrzehnte hinweg ist es versäumt worden, die strukturellen Probleme des Landes zu lösen, seine Wirtschaftskraft zu stärken und den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Nordrhein-Westfalen ist unter den großen Flächenländern jenes Land mit dem absolut gesehen höchsten Schuldenstand.

Nordrhein-Westfalen hat die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit kontinuierlich überschritten. Die Handlungsspielräume werden von Jahr zu Jahr kleiner. Um die grundgesetzliche Schuldenbremse einhalten zu können, sind enorme Anstrengungen von Nöten.

Ein ausgeglichener Haushalt hat für uns höchste Priorität

Für die CDU Nordrhein-Westfalen hat deshalb eine solide Haushalts- und Finanzpolitik in unserem Land höchste Priorität. Unsere Finanzpolitik orientiert sich strikt am Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir machen uns dafür stark, dass alle Ausgaben und Aufgaben kritisch begutachtet und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin bewertet werden. Ausgaben und Maßnahmen, die ihren Zweck nicht erfüllen oder überflüssig sind, müssen ersatzlos gestrichen werden. Der Landeshaushalt insgesamt ist mit Weitsicht aufzustellen und an seinen zukünftigen tatsächlichen Möglichkeiten auszurichten.

769 Die Haushaltspolitik des Landes muss sich an den Prinzipien eines ehrbaren Kaufmanns orien-
770 tieren. Das bedeutet, dass dem Landeshaushalt die Grundsätze von Wahrheit, Klarheit und
771 Vollständigkeit zugrunde liegen müssen. Dabei sind Einnahmen vorsichtig und Ausgaben rea-
772 listisch anzusetzen. In Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs sind Rücklagen zu bilden, die
773 ein Gegensteuern in Phasen des Abschwungs ermöglichen, ohne dass hierfür neue Schulden
774 aufgenommen werden müssen.

775 **Starke Kommunen brauchen solide Finanzausstattung**

776 Die Sanierung der öffentlichen Haushalte darf nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden
777 vorangetrieben werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht vielmehr für die kommunale
778 Selbstverwaltung und eine Stärkung der Kommunen ein. Deshalb sorgen wir für eine solide
779 kommunale Finanzausstattung. Dies ist nicht nur Grundlage der kommunalen Selbstverwal-
780 tung, sondern auch ein demokratisches Gebot, denn nur mit einer ausreichenden finanziellen
781 Ausstattung haben die ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger politische Gestaltungs-
782 möglichkeiten. Solide kommunale Finanzen stärken somit das kommunale Ehrenamt und da-
783 mit unsere Gesellschaft und Demokratie.

784 Aber auch die Kommunen stehen in der Verantwortung, eine nachhaltige Finanzpolitik zu be-
785 treiben und zu ausgeglichenen Haushalten zurückzukehren.

786 **Fünf Grundsätze unserer Finanz- und Haushaltspolitik**

787 Bei der Umsetzung des notwendigen Konsolidierungsprozesses leiten uns folgende fünf
788 Grundsätze:

- 789 ▪ Wirtschaftliches Wachstum erhöht nachhaltig und deutlich die Staatseinnahmen. Je stär-
790 ker unsere Wirtschaft wächst, desto leichter fällt auch die Konsolidierung der öffentlichen
791 Haushalte. Hierzu bedarf es allerdings der Lösung bisher bestehender bürokratischer
792 Wachstumsbremsen und der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Gründungen,
793 Investitionen sowie Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.
- 794 ▪ Haushaltskonsolidierung muss auch auf der Ausgabenseite ansetzen. Deshalb hat eine
795 wirksame Haushaltskonsolidierung neben der Steigerung der Einnahmen durch wirt-
796 schaftliches Wachstum vor allem bei der Begrenzung des Ausgabenanstieges anzusetzen.
797 Um die Schuldenbremse einzuhalten, muss der Ausgabenzuwachs auf längere Zeit unter
798 dem Einnahmenezuwachs liegen. Ein großer Teil künftiger Steuermehreinnahmen muss zur
799 Rückführung der Nettoneuverschuldung und anschließend zur Schuldentilgung eingesetzt
800 werden.
- 801 ▪ Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfordert die Konzentration auf vorrangige Poli-
802 tikfelder. Bei Mehrausgaben in den politischen Schwerpunktbereichen Bildung und Inno-
803 vation ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Entlastungen an anderer
804 Stelle dauerhaft gesichert ist. Neue Aufgaben und Ausgaben können nur übernommen

805 werden, wenn entsprechende Entlastungen an anderer Stelle erfolgen. Aufgabenkritik und
806 Strukturveränderungen sind hierfür eine zwingende Voraussetzung.

- 807 ▪ Zusätzlich wollen wir die sogenannte demografische Rendite zur Einhaltung der Schul-
808 denbremse nutzen. Die aufgrund sinkender Einwohnerzahlen zu erwartenden Minderaus-
809 gaben müssen für die Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Dies bedeutet keine
810 Verschlechterung der staatlichen Leistungen, da die Pro-Kopf-Ausgaben gleich bleiben.
- 811 ▪ Schließlich sind strukturelle Reformen voranzutreiben. Diese müssen dafür genutzt wer-
812 den, die innere Dynamik des Landeshaushalts bei einigen Ausgabepositionen, etwa
813 den Zinsausgaben und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte, an anderer
814 Stelle zu kompensieren. Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und gleichzeitig
815 ein gutes Leistungsniveau zu sichern.

816 **Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik ist möglich**

817 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Es ist möglich, den Landeshaushalt dauerhaft ohne
818 neue Schulden aufzustellen. In der Vergangenheit ist in unserem Land Politik auf Kosten unse-
819 rer Kinder und Enkel gemacht worden. Die CDU Nordrhein-Westfalen will dies beenden. Es ist
820 unsere feste Überzeugung, dass es nur über eine Konsolidierung des Landeshaushalts möglich
821 sein wird, eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen zu erreichen und dauer-
822 haft finanzielle Spielräume für Bildung und Innovation zu eröffnen.

823 **Sicherung eines leistungsfähigen Berufsbeamtentums**

824 Das Berufsbeamtentum mit dem Wesensmerkmal des Dienst- und Treueverhältnisses ist eine
825 bewährte und auch für die Zukunft unseres demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwe-
826 sens unentbehrliche Institution. Es ist ein Garant für die Stabilität unseres Gemeinwesens und
827 unseres Wohlstands.

828 Ein Dienstherr, der Treue und vollen persönlichen Einsatz sowie den Verzicht auf das Streik-
829 recht verlangt, steht seinerseits in der Pflicht, die materielle Sicherheit und Unabhängigkeit
830 seiner Beamtinnen und Beamten zu gewährleisten. Dazu gehört die Teilhabe an der allgemei-
831 nen Einkommensentwicklung. Dabei dürfen einzelne Besoldungsgruppen nicht ausgegrenzt
832 werden.

833 Unser Ziel ist, auch in Zukunft ein leistungsorientiertes Berufsbeamtentum zu gewährleisten.
834 Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen, dass sich das Land und die Kommunen
835 auch in Zukunft im Wettbewerb um qualifizierte, engagierte und leistungsfähige junge Men-
836 schen als verlässliche und attraktive Arbeitgeber behaupten können. Bei der notwendigen
837 großen Dienstrechtsreform wird es deshalb darauf ankommen, die langfristige Attraktivität
838 des Berufsbeamtentums im Auge zu haben.

2. Starkes Land – starke Kommunen

Eine starke kommunale Selbstverwaltung ist ein Gebot der Subsidiarität

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für starke kommunale Strukturen und eine starke kommunale Selbstverwaltung in unserem Land ein. Seit je her gilt: Nur starke Kommunen garantieren ein starkes Nordrhein-Westfalen. Die kommunale Selbstverwaltung hat auch mithilfe kommunaler Unternehmen beim Wiederaufbau Nordrhein-Westfalens nach dem Zweiten Weltkrieg eine herausragende Rolle gespielt, sowohl bei der Festigung der Demokratie, als auch beim Ausbau der Infrastruktur, der Kultur und der Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes. Kommunale Selbstverwaltung verwirklicht sich in den 373 Gemeinden, den 23 kreisfreien Städten, den 30 Kreisen, der Städteregion Aachen und den kommunalen Verbänden, in denen tausende Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der CDU Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich Verantwortung übernehmen.

Aus dem christlichen Menschenbild heraus gestalten wir unsere Politik auch vor Ort. Wir vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Wir setzen auf Familien und Strukturen, in denen Menschen langfristig Verantwortung für sich und andere übernehmen. Für unsere Kommunen und die Menschen, die sich in der kommunalen Selbstverwaltung engagieren, wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich ihr Engagement lohnt und Wertschätzung erfährt sowie weitreichende Freiräume für die jeweils passenden Lösungen entstehen.

Wir sehen in einer starken kommunalen Selbstverwaltung einen unverzichtbaren Bestandteil der politischen und verfassungsrechtlichen Ordnung unseres Landes. Sie gewährleistet nicht nur einen gegliederten demokratischen Staatsaufbau, sondern soll als Element der Gewaltenteilung die Freiheit der kleinen Einheit gegenüber zentralen staatlichen Ebenen sichern.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Menschen die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten können. Die Beteiligung an der Gestaltung des Lebensumfeldes wächst aus der besonderen Bindung an den Wohnort, an die Heimat. Umgekehrt stärkt sie zugleich das Heimatgefühl und die Identifikation mit der Gemeinde oder dem Quartier und erhöht damit auch die Lebenszufriedenheit und Lebensqualität. Aus diesen Gründen wollen wir Christdemokraten eine starke kommunale Selbstverwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich beeinflussen und gestalten können. Durch intensive Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen vor Ort wollen wir die Akzeptanz von Politik und das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken.

Solide Finanzen – Kommunale Handlungsfähigkeit wiederherstellen

Wir setzen uns für eine solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik ein. Finanzielle Spielräume vor Ort nutzen wir für zukunftsorientierte Investitionen, Schuldenabbau und Rücklagenbildung. Wir dürfen den nachfolgenden Generationen keine Schuldenlasten aufbürden, die ihnen die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse unmöglich machen. Deshalb wollen wir

den kommunalen Finanzausgleich unter den Gesichtspunkten der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, der Hilfe zur Selbsthilfe, der Subsidiarität und der Eindeutigkeit der Verantwortung weiterentwickeln. Nur so ist es aus Sicht der CDU Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, dass die Motivation der Ehrenamtlichen, sich in den Kommunen einzubringen, nicht ausgehöhlt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass für jede neue Aufgabe und für alle Aufgabenerweiterungen, die den Kommunen aufgebürdet werden, Land und Bund nach dem Konnexitätsprinzip auch die entsprechenden Finanzmittel für die anfallenden Mehrkosten zur Verfügung stellen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Die Lebensqualität in einer Kommune basiert auch auf intakter Infrastruktur, funktionierenden sozialen Sicherungssystemen sowie durchlässigen und zugänglichen Bildungssystemen. Wir wollen die hohe Lebensqualität für die Menschen erhalten und die richtigen Impulse für Investitionen zur Erneuerung unserer Infrastruktur und zum Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems setzen.

Im Sinne bester Startchancen und eines breiten, begabungsgerechten Schulsystems wollen wir wohnortnahe Schulen und hier insbesondere Grundschulen sichern und stärken. Die Möglichkeiten zu Weiterbildung und lebenslangem Lernen entscheiden mit über die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt bzw. Ausbau der Volkshochschulen ein. Wir wollen die Kulturarbeit von Vereinen ebenso wie die freie Kulturszene sowie die bedeutsamen kommunalen Theater, Galerien und Museen fördern. Dabei kommt der Brauchtums und Traditionspflege ebenso wie der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen besondere Bedeutung zu.

Der demografische Wandel ist die zentrale Herausforderung, vor der die Kommunen in den nächsten Jahrzehnten stehen werden. Die Bevölkerungsverteilung zwischen Städten und ländlichem Raum ändert sich erheblich. Während einige große Städte und Metropolregionen weiter wachsen, verlieren manche ländliche Bereiche, aber auch städtisch geprägte Regionen wie das Ruhrgebiet deutlich Einwohner. Die Bevölkerungsstruktur verändert sich.

Wir wollen die Unterschiedlichkeit und die Vielfalt von Lebensentwürfen von Menschen erhalten. Der ländliche Raum und die Städte stehen oft vor vergleichbaren Herausforderungen, die aber durchaus unterschiedliche Lösungen erfordern. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für ein Miteinander von Stadt und Land: Wir wollen in allen Teilen des Landes die Möglichkeit für attraktive Lebens- und Arbeitsräume schaffen und erhalten. Das erfordert eine entsprechende Struktur- und Stadtentwicklungspolitik. Dazu gehören vor allem die Weiterentwicklung von Kommunikationsnetzen, der medizinischen Grundversorgung, der Verkehrsinfrastruktur, des Einzelhandels sowie der Naherholungsmöglichkeiten.

912 **Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe**

913 Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich aus ihrem christlichen Menschenbild heraus auch
914 im Hinblick auf die Kommunen zum Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, bei dem der Bevormun-
915 dung das Vertrauen auf die Kraft des Einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen entgegen-
916 gesetzt wird. Umverteilungs- und Zuweisungssysteme, auch zwischen Kommunen, führen
917 nicht zur Entfaltung von Eigeninitiative und Effizienz. Damit die Menschen in unserem Land
918 wieder stärker erfahren, dass sich Leistung lohnt, setzen wir uns für ein aufgabenangemesse-
919 nes und auskömmliches kommunales Finanzierungssystem ein, das Gestaltungsspielräume
920 zulässt. Der dynamische Anstieg der Kosten in den sozialen Sicherungssystemen darf dies
921 nicht konterkarieren. Daher fordern wir, die bestehenden Leistungsgesetze hinsichtlich ihres
922 tatsächlichen kommunalen Gestaltungsspielraums zu untersuchen und entweder zu erweitern
923 oder aus der kommunalen Selbstverwaltung gänzlich herauslösen.

924 **Subsidiarität**

925 Unsere Kommunen waren schon immer wichtigster Bezugs- und Ankerpunkt der Bürgerinnen
926 und Bürger. Das gilt auch für eine Zeit zunehmender Globalisierung. Die Europäische Union
927 hat mit dem Vertrag von Lissabon die kommunale Selbstverwaltung anerkannt und Mechanis-
928 men verankert, die ihren Schutz garantieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum
929 Prinzip der Subsidiarität, das als konstituierender Bestandteil der kommunalen Selbstverwal-
930 tung nicht nur Eingriffe von Seiten der Europäischen Union, sondern auch der Länder und des
931 Bundes untersagt. Wir setzen uns dafür ein, den im Vertrag von Lissabon eingeführten Mecha-
932 nismus zur Subsidiaritätsprüfung und der Verhältnismäßigkeitskontrolle mit Leben zu füllen.

933 Wir fordern zudem eine stetige Überprüfung dessen ein, was von jedem Einzelnen erwartet
934 werden kann und was die örtliche Gemeinschaft übernehmen sollte. Kommunen können über-
935 fordert sein. Bevor höhere staatliche Ebenen bestimmte Aufgaben übernehmen, die von Kom-
936 munen nicht erledigt werden können, muss nach den Prinzipien der Subsidiarität und Verhält-
937 nismäßigkeit die Übernahme geprüft und begründet werden bzw. gegebenenfalls eine Rück-
938 übertragung von Aufgaben in die kommunale Selbstverwaltung erfolgen. Die CDU Nordrhein-
939 Westfalen ist der festen Überzeugung, dass kleine Einheiten, überschaubare Größenordnun-
940 gen und klare Strukturen die Steuerung vor Ort erleichtern, Kosten senken und Abhängigkei-
941 ten reduzieren. Dies gilt für die Kommunen, deren Unternehmen, aber auch für private Part-
942 ner. Wir wollen funktionierende kleine Einheiten erhalten, notwendige Kooperationen und
943 mögliche Zusammenschlüsse zwischen Kommunen ausschließlich auf freiwilliger Basis ermög-
944 lichen und das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit ausbauen.

945 **Eindeutigkeit der Verantwortung**

946 Grundvoraussetzung für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sind klare Trennli-
947 nien zwischen den politischen Ebenen und stabile Kommunalfinanzen. Deshalb bekennt sich
948 die CDU Nordrhein-Westfalen zum Prinzip der Eindeutigkeit der Verantwortung, so dass die

949 Zuständigkeiten klar geregelt und für die Menschen durchschaubar sind. Das Vertrauen in die
950 demokratischen Institutionen wird gestärkt, wenn für die Menschen erkennbar ist, wer wofür
951 zuständig und verantwortlich ist. Auch die Handelnden in Politik und Verwaltung werden bei
952 eindeutiger Zuständigkeit Aufgaben besser und effizienter lösen. Wir wollen eine weitere Ent-
953 flechtung von Zuständigkeiten und Mischfinanzierungen mit dem Ziel klarer Verantwortung
954 für Aufgabe und Finanzierung in einer Hand.

955 **Starke Kommunen brauchen aktive Bürger**

956 Die örtliche Gemeinschaft lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung für andere zu
957 übernehmen. Das ehrenamtliche Engagement in unseren Kommunen ist vielschichtig und kei-
958 nesfalls immer an organisierte Strukturen gebunden. Neben dem „klassischen Ehrenamt“ in
959 Vereinen, Kirchen, Sozialverbänden, Kommunalpolitik oder der Feuerwehr engagieren sich
960 viele Menschen ehrenamtlich, sei es in Bürgerinitiativen, Stadtteilprojekten, Kita- und Schul-
961 pflegschaften, als Jugendbegleiter, Lese- oder Jobpaten, bei Besuchsdiensten in Krankenhäu-
962 sern und Pflegeeinrichtungen, im Rahmen der Mehrgenerationenarbeit oder der Nachbar-
963 schaftshilfe. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement auch finanziell unterstützen, die
964 Bereitschaft dazu erhöhen und die aktive Mitwirkung in der Kommune, fördern.

965 Die Gewohnheiten, Ansprüche und Erwartungshaltungen der Menschen vor Ort ändern sich.
966 Die Leistungen der Daseinsvorsorge, die Infrastruktur und insbesondere die Kultur und Bil-
967 dungsangebote müssen im Dialog mit den Einwohnern einer ständigen Überprüfung unterzo-
968 gen werden. Ehrenamtlich übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung und tragen so
969 zum Gelingen unserer repräsentativen Demokratie bei. Die Rahmenbedingungen für das
970 kommunalpolitische Ehrenamt sind jedoch enger geworden, Gestaltungsspielräume für Kom-
971 munalpolitiker wurden eingeschränkt und ihre Wahrnehmbarkeit oft reduziert. Gleichzeitig
972 hat sich der Anspruch hinsichtlich der Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung einer-
973 seits und den Einwohnern andererseits verändert. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zum
974 Prinzip der aktivierenden Bürgergesellschaft, in der die kommunalen Amts- und Mandatsträ-
975 ger das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft darstellen. Damit dieses
976 Prinzip auch in Zukunft wirksam greifen kann, wollen wir die Attraktivität des politischen Eh-
977 renamtes steigern. Gerade als Volkspartei liegt der CDU Nordrhein-Westfalen daran, dass alle
978 Generationen, alle sozialen Schichten und alle Berufsgruppen in den Kommunalparlamenten
979 vertreten sind. Wir wollen daher Bedingungen herstellen, die möglichst viele politisch Interes-
980 sierte in die Lage versetzen, Familie, Beruf und Freizeit mit dem ehrenamtlichen kommunalen
981 Mandat zu vereinbaren.

982 Wir wollen so viele Menschen wie möglich in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen, mit
983 ihnen das Gespräch, den Dialog und den gegenseitigen Austausch suchen. Demokratische Be-
984 teiligungsverfahren und Wahlen werden erst legitimiert durch die Bereitschaft der Menschen,
985 davon Gebrauch zu machen. Geringe Beteiligungsquoten können Ausdruck von grundlegender
986 Zufriedenheit, aber auch von Trägheit, Desinteresse oder sogar Distanz sein. Wir wollen die

987 Bürgerinnen und Bürger stärker motivieren, von ihren Mitwirkungsmöglichkeiten Gebrauch zu
988 machen und sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Rechtzeitige Beteiligung er-
989 möglicht es, Interessenkonflikte sichtbar zu machen und öffentlich abzuwägen. Aktive Bür-
990 gerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und moderierten Dialog zwischen den wider-
991 strebenden Interessen herstellen und zu einem Ausgleich führen. Bürgerbeteiligung kann auch
992 diejenigen aktivieren, die als „schweigende Mehrheit“ sonst nicht zu Wort kommen. Wir wol-
993 len Bürgerbeteiligung mit der notwendigen organisatorischen und finanziellen Unterstützung
994 als Methode der Politik vor Ort weiter entwickeln.

995

IV. Herausforderungen des demografischen Wandels für Nordrhein-Westfalen

1. Sicherheit und Zukunft für Familien

Familie ist Keimzelle der Gesellschaft

Die Familie ist die kleinste Einheit und Kern unserer Gesellschaft. Sie ist eine Verantwortungsgemeinschaft, in der Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern in allen Lebensphasen eintreten. Familie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt und vermittelt, Freude und Leid geteilt, Traditionen weitergegeben, Schwierigkeiten gemeistert sowie Erfolge und Feste gefeiert. Die Familie ist das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft. Deshalb ist sie besonders zu schützen und zu unterstützen.

Kinder sind der Inbegriff von Zukunft

Ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft, denn in ihr werden Kinder geboren und aufgezogen. Kinder machen unser Leben reicher, glücklicher und sinnstiftender. Sie sind eine Bereicherung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass Kinder wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Wir werben dafür, dass Familienarbeit, insbesondere Erziehungs- und Pflegeleistungen, eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Partei der Kinder und Familien. Unser Ziel ist es, Familien ihren Bedürfnissen gemäß zu stärken, familiengerechte Strukturen zu schaffen und für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu arbeiten. Nur wenn wir die Bedürfnisse von Familien ernst nehmen und unsere Politik danach ausrichten, kann es gelingen, dass sich wieder mehr junge Menschen dazu entscheiden, eine Familie zu gründen.

Wir wissen, dass der hohe Stellenwert von Familie ungebrochen ist, gerade auch unter jungen Menschen. Dennoch steht die Entscheidung für Kinder heute immer stärker in Konkurrenz zu anderen Formen der Lebensgestaltung. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Menschen durch eine weitsichtige Familienpolitik die Entscheidung für Kinder und Familie zu erleichtern.

Die Ehe ist und bleibt unser Leitbild

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in der grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann und Frau die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. Sie ist nach wie vor die häufigste Form des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern in unserer Gesellschaft.

1030 In der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts wird die Ehe als juristische, soziale, ökonomi-
1031 sche und emotionale, auf Dauer angelegte Partnerschaft von Frau und Mann definiert. Der
1032 Schutz und die Förderung von Ehe und Familie durch den Staat erfolgt daher nicht als bloßer
1033 Selbstzweck, sondern vor dem Hintergrund des staatlichen wie gesellschaftlichen Interesses
1034 an einer gesicherten Generationenfolge und stabilen sozialen Verhältnissen. Das Grundgesetz
1035 schützt die eheliche bzw. familiäre Privatsphäre allerdings auch gegen staatliche Eingriffe. Die
1036 Freiheit zur eigenverantwortlichen Gestaltung des familialen Zusammenlebens ist ein hohes
1037 Gut, das wir anerkennen und fördern.

1038 Eine Ehe muss nicht zwangsläufig zu einer Familiengründung führen, ist aber in der großen
1039 Mehrzahl noch immer ihr Ausgangspunkt. Zudem übernehmen Ehe und Familie im besten sub-
1040 sidiären Sinne zentrale gesellschaftliche Aufgaben wie die gegenseitige, auch generationen-
1041 übergreifende Fürsorge sowie Erziehung und Bildung, die sonst teuer und aufwändig der Staat
1042 regeln müsste. Das in der Ehe verwirklichte Höchstmaß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit,
1043 an Stabilität und Kontinuität stellt für ein gelingendes Familienleben den wichtigsten Grund-
1044 pfeiler dar. Deshalb sind Art und Umfang der staatlichen Förderung, insbesondere das Ehegat-
1045 tenssplitting, gut und richtig. Das Ehegattensplitting ist ein Nachteilsausgleich und kein Privi-
1046 leg für die Ehepartner und muss entsprechend dieser Logik zu einem Familiensplitting ausge-
1047 baut werden.

1048 **Das familiäre Zusammenleben wird bunter und vielfältiger**

1049 In jeder Zeit wandelt sich das Bild von Familie und auch die Familien- und Beziehungsstruktu-
1050 ren verändern sich. Die Formen des familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens sind
1051 vielfältiger und bunter geworden, etwa in Form von Patchworkfamilien, nichtehelichen Part-
1052 nerschaften, Alleinerziehenden und gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Die CDU
1053 Nordrhein-Westfalen respektiert alle diese unterschiedlichen Lebensweisen und unterstützt
1054 all jene, die füreinander eintreten und gegenseitig Verantwortung übernehmen. Mit der Mög-
1055 lichkeit der eingetragenen Lebenspartnerschaft ist die Politik dem Bedürfnis gleichgeschlecht-
1056 licher Paare nach einer Institutionalisierung und öffentlichen Anerkennung ihrer Partnerschaft
1057 gerecht geworden. Wir unterstützen und fördern eingetragene Lebenspartnerschaften, insbe-
1058 sondere hinsichtlich ihrer Gleichstellung in Fragen des Versorgungs- und Erbrechts, im Versi-
1059 cherungsrecht, im Pflegefall oder bei der Grundsteuer, denn hier stehen zwei Menschen dau-
1060 erhaft füreinander ein, übernehmen Verantwortung und geben einander Sicherheit.

1061 **Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe und Standortfaktor**

1062 Für uns ist Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe. Sie umfasst sämtliche Bereiche und Ebe-
1063 nen gesellschaftlichen und politischen Handelns. Wir setzen uns dafür ein, dass geltende Rege-
1064 lungen sowie neue Gesetzesvorhaben auf ihre Familienfreundlichkeit überprüft und gegeben-
1065 falls angepasst werden. Wir wollen zudem die Kommunen darin bestärken, eine örtliche

1066 bzw. regionale Familienpolitik zu entwickeln bzw. auszubauen, die relevanten Kräfte vor Ort zu
1067 bündeln und ihr Handeln zu koordinieren.

1068 Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor, denn in Zeiten des Wettbewerbs um
1069 qualifizierte Mitarbeiter siedeln sich Unternehmen dort an und investieren dort, wo Familien
1070 gut leben können und Menschen sich gerne niederlassen. Familienpolitik ist daher mehr denn
1071 je auch Standortpolitik.

1072 **Familie und Erwerbsarbeit dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen**

1073 Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sehen Familienarbeit als vollwertigen Beruf,
1074 den es anzuerkennen und wertzuschätzen gilt. Väter und Mütter wollen sich heute in gleicher
1075 Weise sowohl in der Familie als auch im Erwerbsleben engagieren, nicht zuletzt auch aufgrund
1076 ökonomischer Notwendigkeiten. Für die CDU Nordrhein-Westfalen sind die verschiedenen
1077 Modelle gleichwertig. Wir unterstützen die Möglichkeit für Familien, sich frei entscheiden zu
1078 können.

1079 Staat und Gesellschaft dürfen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Ziel
1080 christdemokratischer Politik ist es, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Mütter und
1081 Väter in Nordrhein-Westfalen eine größtmögliche Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Familienle-
1082 ben, die Erziehung ihrer Kinder und ihr berufliches Engagement organisieren. Dazu bedarf es
1083 vor allem gesellschaftlicher Toleranz und Offenheit gegenüber Familien mit Kindern. Wir set-
1084 zen uns aber auch für eine bedarfsgerechte, flächendeckende und qualitätsvolle Betreuungs-
1085 infrastruktur für jene ein, die ihre Kinder in Kitas, Kindergärten oder Ganztagschulen be-
1086 treuen lassen wollen. Eine aktive Unterstützung benötigen jedoch auch die Familien, in denen
1087 die Kinder durch ein Elternteil zu Hause betreut werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen will
1088 die Kommunen beim bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung
1089 weiterhin unterstützen und auch kirchliche, betriebliche und private Initiativen fördern. Zu-
1090 dem werden wir die rechtliche und die tatsächliche Stellung von Tagesmüttern und -vätern
1091 verbessern. Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung muss in allen Regionen des Landes
1092 und für Kinder aller Altersklassen gewährleistet werden. Uns ist bewusst, dass viele Arbeit-
1093 nehmer auch am Wochenende oder während der Ferien auf die Möglichkeit angewiesen sind,
1094 ihre Kinder betreuen zu lassen. Hier wollen wir für mehr Flexibilität sorgen und die bestehen-
1095 den Lücken schließen. Es darf bei der Kinderbetreuung jedoch nicht ausschließlich um Quanti-
1096 tät gehen. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb auch für die qualitative Verbesse-
1097 rung der Kinderbetreuung ein, beispielsweise für trägerübergreifende Bildungsstandards in
1098 den Betreuungseinrichtungen. Darüber hinaus ist es notwendig, auch über die Ausbildung und
1099 Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher neu nachzudenken und sie den gestiegenen Anfor-
1100 derungen und dem gewachsenen Verantwortungsbereich anzupassen. Dies ist auch Ausdruck
1101 der Wertschätzung für die gesellschaftlich bedeutende Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher.

1102 Berufseinstieg und Familiengründung fallen bei jungen Menschen heute in dieselbe Lebens-
1103 phase. Unsere Aufgabe muss es deshalb sein, die Bedingungen so zu gestalten, dass sich für

1104 junge Menschen die Frage nach dem Entweder-Oder nicht stellt. Dazu gehört auch, dass wir
1105 die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie mit Ausbildung und Studium verbessern, um
1106 es jungen Menschen zu erleichtern, sich früh für Kinder zu entscheiden.

1107 ***Wir brauchen mehr Familienfreundlichkeit in Gesellschaft und Wirtschaft***

1108 Es ist nicht allein Aufgabe der Politik, die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu ver-
1109 bessern. Auch in der Wirtschaft muss das Bewusstsein geschärft und das Engagement für mehr
1110 Familienfreundlichkeit verstärkt werden. Die Arbeitswelt hat sich noch mehr auf die Bedürf-
1111 nisse von Familien hin auszurichten und darf Menschen nicht vor die Alternative „Beruf oder
1112 Familie“ stellen. Arbeitgeber und Gewerkschaften als Tarifpartner sind in gleicher Weise auf-
1113 gefordert, für familienfreundliche und familiengerechte Arbeitsplätze, flexiblere Arbeitszeiten
1114 und insgesamt für eine stärker an die Bedürfnisse von Familien angepasste Organisation von
1115 Arbeit zu sorgen. Müttern und Vätern dürfen in Bezug auf Karrierechancen, Gehaltsentwick-
1116 lung und Arbeitszeitgestaltung keine Nachteile gegenüber kinderlosen Kolleginnen und Kolle-
1117 gen entstehen. Wir sehen die öffentliche Verwaltung in der Pflicht, hier mit gutem Beispiel
1118 voranzugehen. Eine Unterordnung der Gestaltung familiären Zusammenlebens und der Fami-
1119 lienpolitik unter ausschließlich ökonomische Aspekte lehnen wir ab. Das gilt auch für eine Be-
1120 wertung familienpolitischer Leistungen unter rein materiellen Gesichtspunkten. Ein Leben mit
1121 Kindern ist ein weit über das Materielle hinaus gehender Wert an sich.

1122 ***Erziehungsarbeit ist Arbeit für die Gesellschaft***

1123 Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in Phasen der Kinderbetreuung oder der Pflege bedürfti-
1124 ger Angehöriger keine Lücken in der Erwerbsbiografie, sondern die Erbringung essentieller
1125 gesellschaftlicher Leistungen. Diese Leistungen gilt es nicht nur zu würdigen, sondern auch in
1126 der politischen Gestaltung zu berücksichtigen. Deshalb dulden wir keine Benachteiligungen
1127 von Menschen mit Kindern in Bezug auf öffentliche Leistungen oder Steuerbelastungen. Wir
1128 wollen vielmehr für weitere steuerliche Entlastungen für Familien sorgen und auch durch eine
1129 verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltsdienstleistungen Familien unterstützen
1130 sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit erleichtern.

1131 ***Familienarbeit sichert unsere Sozialsysteme – sie verdient mehr Anerkennung***

1132 Unsere Sozialsysteme basieren auf dem Gedanken eines Generationenvertrags. Ihre Funkti-
1133 onsfähigkeit ist somit auf nachkommende Generationen angewiesen. Menschen, die Kinder
1134 bekommen und aufziehen, leisten somit einen entscheidenden Beitrag nicht nur für die ge-
1135 gegenwärtige Gesellschaft, sondern auch zur langfristigen Sicherung unserer Sozialsysteme. Dies
1136 muss entsprechend den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts endlich bei der Ausgestaltung
1137 der Sozialversicherungssysteme stärker berücksichtigt werden und zu spürbaren Entlastungen
1138 der Familien führen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich weiter für eine adäquate Berück-

1139 sichtigung der Erziehungsleistung etwa in der Rente sowie für eine Weiterentwicklung des
1140 Elterngelds einsetzen.

1141 **Alleinerziehende brauchen unsere Unterstützung**

1142 Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen, brauchen unsere besondere Unterstützung
1143 sowohl in Gestalt finanzieller Leistungen als auch in Form begleitender und helfender Dienst-
1144 leistungen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für einen Ausbaus von Teilzeitarbeitsplät-
1145 zen ein. Kinder, die von nur einem Elternteil großgezogen werden, sind in hohem Maße von
1146 Armut bedroht. Sie bedürfen zusätzlicher Förderung und Unterstützung. Hierin sehen wir eine
1147 besondere Herausforderung der Familienpolitik.

1148 **Familien sind Bildungspartner**

1149 Wir wissen, dass gesellschaftliche Integration und sozialer Aufstieg nur gelingen können, wenn
1150 Familien in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbezogen werden. Deshalb wollen wir die un-
1151 ter christdemokratischer Regierungsverantwortung eingeführten Familienzentren flächende-
1152 ckend weiter ausbauen. Sie haben sich als Orte der Familien- und Bildungsförderung, der Ge-
1153 nerationenbegegnung und der Vernetzung bewährt und aktivieren bzw. unterstützen Eltern
1154 gezielt.

1155 **Kinder brauchen den besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft**

1156 Kinderarmut darf es in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Deshalb setzen wir uns dafür ein,
1157 dass Kinder, die von Armut betroffen sind, besondere Zuwendung, Förderung und Aufstiegs-
1158 chancen erhalten. Ein wichtiger Schlüssel hierzu ist der Zugang zu Bildungs-, Freizeit- und
1159 Sporteinrichtungen. Oftmals ist jedoch nicht nur materielle Armut, sondern auch Überforde-
1160 rung und Überlastung der Eltern ein großes Problem. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht Kin-
1161 der grundsätzlich bei ihren Eltern am besten aufgehoben und weiß um die besonders intensive
1162 Zuwendung, die Kindern in ihrer Familie zuteilwird. Im Sinne des Erziehungsprimats und des
1163 Subsidiaritätsgedankens wollen wir Eltern weiter stärken, ihrer Verantwortung und Pflicht
1164 gerecht zu werden. Im Interesse des Kindeswohls müssen Eltern, die ihrer Verantwortung nicht
1165 gerecht werden oder mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind wirksam unterstützt und
1166 begleitet werden. Das Wohl des Kindes muss stets an erster Stelle stehen. Gerade aufgrund
1167 ihrer besonderen Wehr- und Schutzlosigkeit bedürfen Kinder des besonderen Schutzes durch
1168 Staat und Gesellschaft. Das in christdemokratischer Regierungsverantwortung in Nordrhein-
1169 Westfalen aufgebaute Frühwarnsystem und Netz früher Hilfen muss dichter werden, um Kin-
1170 dern in Not rechtzeitig und zuverlässig helfen zu können. Nur so können wir Kinder vor Ver-
1171 nachlässigung und Missbrauch schützen.

2. Generationengerechte Gesellschaft

Demografischer Wandel ist eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandlungsprozess. Während die Weltbevölkerung stetig weiter wächst, wird die Zahl der Deutschen immer kleiner. Die jahrzehntelange Abnahme der Geburten sowie die erfreulicherweise stetig steigende Lebenserwartung der Menschen in Deutschland führen dazu, dass immer weniger junge auf durchschnittlich immer mehr ältere Menschen treffen. Diese Entwicklung stellt eine große Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, aber auch für die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens dar. Die nordrhein-westfälische CDU wird den Handlungs- und Gestaltungsauftrag, den dieser Wandel mit sich bringt, annehmen und erfüllen.

Im Zuge des demografischen Wandels werden die familiären, generationenübergreifenden Verbindungen schwächer. Immer mehr Menschen werden in Zukunft keine eigenen Kinder und Enkelkinder haben. Deshalb brauchen wir neue Formen und Orte der Begegnung zwischen den Generationen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will durch Angebote im sozialen Nahfeld und durch Schaffung von generationen- und familienübergreifenden Netzwerken den Austausch zwischen den Generationen fördern, einer Vereinsamung älterer Menschen vorbeugen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Unsere Familienzentren sind dabei ein wichtiges Instrument. Es gilt, sie auch im Hinblick auf Austausch und Zusammenhalt der Generationen auszubauen. Wir Christdemokraten stehen für den Zusammenhalt und die wechselseitige Solidarität der Generationen und ein von Verständnis und Respekt geprägtes Miteinander.

Der demografische Wandel mit seinen Folgen stellt auch die Wohnungswirtschaft sowie die Stadtplanung vor neue Herausforderungen. Veränderten Wohnbedarfen und neue Anforderungen an ein generationengerechtes Wohnumfeld müssen bezahlbare Angebote in ausreichender Zahl gegenüber stehen. Hier sind nicht nur die Kommunen, sondern hier ist auch die Wohnungswirtschaft gefordert. Wir treten für einen intensiven Dialog zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft ein mit dem Ziel, Anreize für neue und innovative Angebote zu schaffen.

Wir stehen für ein neues Bild vom Alter

Die heutige Lebensrealität verlangt nach neuen Antworten. Eine einheitliche und ununterbrochene Lebensarbeitszeit bis zum Renteneintritt wird immer weniger die Regel sein. Wir brauchen daher ein neues Verständnis von der Rolle der Arbeit in unserem Leben, ein neues Gleichgewicht von Familie, Freizeit und Beruf. Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorurteilsfrei verschiedene Optionen wie Lebensarbeitszeitkonten, Familienzeiten, ein flexibles Renteneintrittsalter, geringere Wochenarbeitszeit im Alter, ein abgestuftes Rentenniveau und eine größere Flexibilität bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten von Rentnern diskutiert werden.

Wir wollen das Zusammenleben der Generationen stärken

Ältere Menschen wollen ebenso wie jüngere Generationen selbstbestimmt wohnen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir befürworten ein enges Zusammenlebens der Generationen und unterstützen die Quartiersentwicklung vor Ort, die die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen gleich welchen Alters fördert. Konzepte wie Seniorenwohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser müssen weiterentwickelt und durch haushaltsnahe Dienstleistungen, die Versorgung mit Waren und Serviceleistungen des täglichen Lebens, Barrierefreiheit und Pflege vor Ort ergänzt werden. Das Ziel muss eine Infrastruktur sein, innerhalb der die Menschen ausreichende Versorgungsangebote vorfinden, soziale Kontakte pflegen und Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können.

Wir wollen die Potenziale der älteren Generation stärker nutzen

Zurzeit bleiben viele Potenziale älterer Menschen ungenutzt. Die Kenntnisse, Erfahrungen und Erzählungen dieser immer größeren Zahl älterer Menschen müssen für die nachfolgenden Generationen erhalten werden. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in Familie und Ehrenamt benötigen wir die Kompetenz älterer Menschen. Barrieren, die einer längeren Erwerbstätigkeit im Wege stehen, müssen abgebaut werden. Zudem setzen wir uns entschieden gegen jegliche Formen der direkten oder indirekten Altersdiskriminierung ein. Alter allein darf kein Maßstab für eine Beurteilung sein, sondern die Leistungsbereitschaft eines jeden Einzelnen muss im Vordergrund stehen.

Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gestalten

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft auch ökonomisch vor große Herausforderungen, denn immer weniger Erwerbstätige müssen für eine wachsende Zahl von nichterwerbstätigen Menschen sorgen. Unsere sozialen Sicherungssysteme, die auf der Solidarität der Generationen und der Starken mit den Schwachen beruhen, sind dieser Entwicklung in der heutigen Verfassung langfristig nicht gewachsen und müssen entsprechend angepasst werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht bei der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme für drei grundlegende Prinzipien:

- das Prinzip der Eigenverantwortung muss mit Leben gefüllt,
- das Prinzip der Generationengerechtigkeit muss gewahrt und
- das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit muss gesichert werden.

Die Maxime unserer Politik ist, die beruflich Aktiven nicht zu überfordern und gleichzeitig die Lebensleistung der Älteren zu würdigen, ohne dabei auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben.

1241

1242 **Demografischer Wandel ist eine Querschnittsaufgabe**

1243 Der demografische Wandel wirkt sich auf sämtliche Lebensbereiche aus. Die CDU Nordrhein-
1244 Westfalen begreift ihn daher als politische Querschnittsaufgabe, mit der sich alle Politikberei-
1245 che zu befassen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene ein „Demografie-
1246 Check“ eingerichtet wird, mit dessen Hilfe Gesetzesvorhaben, Richtlinien und öffentliche In-
1247 vestitionen daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen für kommende Generationen
1248 damit verbunden sind.

1249 Politik und Staat müssen in Fragen des demografischen Wandels mit Weitsicht und gutem Bei-
1250 spiel voran gehen. Wir sehen aber nicht nur die Politik, sondern alle gesellschaftlichen Akteure
1251 wie Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbände in
1252 der Pflicht, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv anzunehmen und
1253 schon heute Vorkehrungen für die sich abzeichnenden Veränderungen zu treffen.

1254 **3. Qualifizierte Zuwanderung und Integration**

1255 **Nordrhein-Westfalen ist Integrationsland**

1256 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind weltoffen und tolerant. Menschen aus anderen
1257 Ländern und Kulturen sind uns willkommen, wir reichen ihnen die Hand und unterstützen sie
1258 beim Aufbau ihres Lebens in unserem Land. Die Geschichte unseres Landes ist seit Jahrhun-
1259 derten von Zuwanderung geprägt. Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, dass es ein erfolgrei-
1260 ches Integrationsland ist. Mittlerweile hat jeder vierte Einwohner unseres Landes eine Zuwan-
1261 derungsgeschichte, in manchen Städten ist es sogar jeder Dritte. Die Erfahrungen, Traditionen
1262 und kulturellen Besonderheiten der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte machen unsere
1263 Gesellschaft bunter. Wir erleben diese Vielfalt als große Bereicherung.

1264 **Integration fordert alle Teile der Gesellschaft**

1265 Für die CDU Nordrhein-Westfalen ist Integration stets ein Prozess, an dem alle gesellschaftli-
1266 chen Akteure in allen Lebensbereichen mitarbeiten. Sie setzt voraus, dass die Zugewanderten
1267 zur Integration bereit sind. Grundbedingung dafür ist, die deutsche Sprache zu erlernen. Teil
1268 der Gesellschaft zu sein heißt aber auch, an ihrer Geschichte, ihren Traditionen und Erfahrun-
1269 gen, ihren Formen und Normen des Zusammenlebens teilzuhaben. Die Werte unseres Grund-
1270 gesetzes – allen voran Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – sind univer-
1271 selle Werte. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt oder der Beliebigkeit geopfert werden.
1272 Wir akzeptieren nicht, wenn sich in unserer Gesellschaft Räume bilden, in denen unsere
1273 Rechtsordnung und unsere Werte abgelehnt werden. Parallelgesellschaften nehmen wir nicht
1274 hin. Niemand darf seine Kultur oder Religion über das Grundgesetz stellen.

1275

1276 **Zuwanderung als Chance begreifen**

1277 Wir sehen, dass die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte viel in unsere Gesellschaft ein-
1278 bringen können und wollen. Wir erkennen das Potenzial dieser Vielfalt und sehen sie als Chan-
1279 ce und Gestaltungsauftrag zugleich. Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist Vorreiterin in der
1280 Integrationspolitik – auch bundesweit. So forderte sie bereits 1993 als erste Partei in Nord-
1281 rhein-Westfalen ein qualifiziertes Zuwanderungsgesetz. Die Gestaltung von Zuwanderung und
1282 Integration ist uns ein wichtiges Anliegen, wir betrachten sie als wichtige Zukunftsaufgabe für
1283 unser Gemeinwesen. Mit der Schaffung des ersten Integrationsministeriums in Deutschland
1284 2005 haben wir der Integrationspolitik neue Aufmerksamkeit verliehen und den Stellenwert
1285 gegeben, der ihr gebührt. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Integrationspartei im Land. Für
1286 uns ist Integration eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Politik betrifft.
1287 Integration muss als Gesamtkonzept von Familien-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits-, Arbeits-
1288 markt-, Wirtschafts- und Innenpolitik, aber auch der Migrations- und Flüchtlingspolitik aufge-
1289 fasst werden. Wir sind überzeugt, dass Integration nur durch eine ganzheitliche Vorgehens-
1290 weise gelingen kann.

1291 **Integration bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft**

1292 Jeder, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und Kultur, muss am sozialen, politi-
1293 schen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können, denn gleichberechtigte Teil-
1294 habe und ein wechselseitiges Verständnis führen zu einer Identifikation mit unserem Land und
1295 zu einem gesellschaftlichen Miteinander. Unser Zusammenleben muss von gegenseitigem
1296 Respekt und Toleranz geprägt sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für den Zusam-
1297 menhalt der ganzen Gesellschaft ein. Dies ist unser Auftrag als Volkspartei. Extremismus,
1298 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus haben in unserer Mitte keinen Platz.

1299 Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund an Ge-
1300 sellschaft und Politik voranbringen. Als Partei fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet,
1301 Strukturen zu schaffen, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte politische Teilhabe er-
1302 möglichen. Wir sind offen für jeden, der unsere Werte und Grundüberzeugungen teilt. Der
1303 Unionsgedanke, der uns als Volkspartei zugrunde liegt, gilt auch und gerade für Menschen mit
1304 Zuwanderungsgeschichte. Um politische und gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten
1305 zu stärken, ist eine stärkere interkulturelle Öffnung gerade im Bildungsbereich unser Ziel. Wir
1306 sind überzeugt, dass Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln wich-
1307 tige Funktionen im Integrationsprozess übernehmen und als Vorbilder dienen können. Weiter
1308 müssen wir auch an der Öffnung des Öffentlichen Dienstes für Menschen mit Zuwanderungs-
1309 geschichte arbeiten. Zuwanderer sind in der öffentlichen Verwaltung, in Justiz, Polizei, Sozial-
1310 und Bildungseinrichtungen noch immer unterrepräsentiert. Dabei bringen sie interkulturelle
1311 und sprachliche Kompetenzen mit, die für eine sich wandelnde Gesellschaft unverzichtbar
1312 sind.

1313 **Wir wollen mehr qualifizierte Zuwanderung**

1314 Im Zeitalter von Globalisierung und demografischem Wandel ist für Nordrhein-Westfalen die
1315 Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte notwendig. Die Etablierung und Weiterentwicklung
1316 einer Willkommens- und Anerkennungskultur ist unser Ziel. Wir müssen konkrete Hilfestel-
1317 lungen in den Kommunen, von der Anwerbung über die Einreise, bis hin zur erfolgreichen In-
1318 tegration in die Arbeitswelt und das soziale Umfeld leisten. Die Anerkennung ausländischer
1319 Berufsabschlüsse ist ein wichtiger Meilenstein, um Nordrhein-Westfalen als Einwanderungs-
1320 land attraktiv zu machen. Wir müssen die Bildungs- und Lebensleistungen zugewanderter
1321 Menschen anerkennen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen und Qualifikationen
1322 in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt einzubringen. Diese Potenziale sind wertvoll.

1323 Ein partnerschaftliches Engagement zwischen öffentlicher Hand, den Unternehmen und sozia-
1324 len Organisationen ist geboten, denn Nordrhein-Westfalen steht mit anderen Regionen in
1325 Deutschland und den europäischen Ländern im Wettbewerb um die besten Köpfe. Unser Ziel
1326 ist es, Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland noch attraktiver zu machen. Die CDU
1327 Nordrhein-Westfalen wird weiterhin die treibende Kraft für die Gestaltung des Aufsteiger- und
1328 Integrationslandes Nordrhein-Westfalen sein.

1329 **Vertreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit**

1330 Vertreibung, egal wo und durch wen sie geschieht, verurteilen wir scharf. Sie ist immer ein
1331 Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir fühlen uns allen Menschen, die Vertreibung erlei-
1332 den mussten oder müssen, eng verbunden. Für uns Christdemokraten ist es selbstverständlich,
1333 dass Menschen, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden, die durch Krieg, Gewalt und Ter-
1334 ror an Leib und Leben gefährdet sind, bei uns Schutz und Aufnahme finden. Flüchtlinge müs-
1335 sen sich auch in Zukunft bei uns in Deutschland sicher und aufgenommen fühlen.

1336 Wenn klar ist, dass Menschen absehbar nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen sie
1337 schnell die Möglichkeit bekommen, in Deutschland ein neues Leben aufzubauen, Deutsch zu
1338 lernen, Arbeit zu finden und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir erkennen, dass die-
1339 se Menschen auch ein großes Potenzial für unsere Gesellschaft darstellen, das wir aktivieren
1340 wollen.

1341 Die CDU Nordrhein-Westfalen erkennt aber auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer
1342 Kommunen und Gesellschaft im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen. Deshalb treten
1343 wir dafür ein, dass die Verwaltungsverfahren für Menschen, die aus sicheren Herkunftsländern
1344 kommen, schnell abgeschlossen werden.

1345 **Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler haben unsere Kultur bereichert**

1346 Die CDU Nordrhein-Westfalen hat sich immer in besonderer Weise den Vertriebenen, Aussied-
1347 lern und Spätaussiedlern verbunden gefühlt. Das Engagement der Vertriebenenverbände und
1348 Landsmannschaften begrüßen und unterstützen wir. Aussiedler und Spätaussiedler sind ein

1349 untrennbarer Bestandteil unserer Gesellschaft, unserer Geschichte und eine Bereicherung für
1350 unser Land. Über ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens hat seine Wur-
1351 zeln im ehemaligen deutschen Osten und in den ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern.
1352 Wir sehen in den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern wichtige Partner und Brü-
1353 ckenbauer in der Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn. Die Erschließung des kultu-
1354 relen Erbes und die Wahrung der kulturellen Identität der Vertriebenen und Aussiedler sowie
1355 der deutschen Minderheiten und ihrer Verbindungen zu anderen Ländern fördern den europä-
1356 ischen Verständigungsprozess und ist ein zentraler Bestandteil unserer Erinnerungskultur.

1357

V. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven in der solidarischen Gesellschaft

1. Gute Bildung für alle

Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen

Bildung bestimmt das Leben jedes Einzelnen, so wie sie die Chancen unseres ganzen Landes prägt. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen, sie hilft unsere Werte zu bewahren und unseren Wohlstand zu mehren. Deshalb lässt sich gute Bildungspolitik nicht nur an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach Verlassen der Schule messen. Leider ist es noch immer so, dass in Nordrhein-Westfalen der Schulerfolg stark von der sozialen Herkunft abhängt. Die Maxime der CDU Nordrhein-Westfalen lautet: Aufstieg muss für jeden jungen Menschen möglich sein, unabhängig von seiner Herkunft und seinem Elternhaus. Wir sind uns sicher: Beruflicher und gesellschaftlicher Aufstieg kann nur durch Bildung gelingen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen versteht Erziehung und Bildung als umfassenden Prozess, dessen Elemente in der Vermittlung untrennbar aufeinander bezogen sind. Hierbei geht es um die freie Entfaltung der Persönlichkeit in all ihren sozialen Bezügen, für die Erziehung, Ausbildung und Bildung als notwendige Lernprozesse wesentliche Grundlagen darstellen. In dieser Funktion müssen Erziehung und Bildung den Menschen befähigen, sein Leben selbständig und verantwortlich zu gestalten, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen. Sie helfen jungen Menschen das Leben als Chance zu begreifen und ihren Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden.

Bildung sichert die Zukunft unserer Gesellschaft

Erziehung und Bildung dienen der Zukunftssicherung und dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Dazu gehört die ökonomische Zukunftssicherung, die ganz wesentlich auf der Qualität der Ausbildung in allen Stufen des Bildungswesens, insbesondere der beruflichen Bildung, der Hochschule und der Weiterbildung, beruht. Dazu gehört aber auch die Zukunft des sozialen und freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats und der Werte, auf denen diese Ordnung beruht und die im Grundgesetz und in unserer Landesverfassung festgelegt sind.

Schule stärkt die Persönlichkeitsentwicklung

Die CDU Nordrhein-Westfalen will, dass Schule Neugier, Freude an lebenslanger Bildung und Lust am Lernen weckt. Sie soll ein geeignetes Umfeld für die Entwicklung sowohl intellektueller als auch emotionaler, musischer, motorischer, praktischer, kreativer und sozialer Fähigkeiten sein. Ebenso soll sie Ort religiöser und ethischer Bildung sein. Deshalb ist für die CDU Nordrhein-Westfalen der bekenntnisorientierte Religionsunterricht unter deutscher Schulaufsicht selbstverständlicher Bestandteil aller Schulen und Schulformen. Dies gilt für den evange-

1393 lischen und katholischen, den jüdischen, als auch für den islamischen Religionsunterricht. Die-
1394 ser Unterricht soll im öffentlichen Raum und in deutscher Sprache stattfinden. Nur so kann
1395 Integration gelingen und gegenseitige Achtung und Toleranz wachsen.

1396 Schule darf Bildung nicht auf die berufsorientierte Vermittlung von Wissen und Können be-
1397 schränken, sondern muss der persönlichkeitsbildenden Rolle von Sinn- und Wertfragen hohes
1398 Gewicht beimessen. Indoktrination von Kindern widerspricht jedoch dem freiheitlichen Staat.

1399 **Bildung muss individuelle Fähigkeiten und Interessen des Einzelnen stärken**

1400 Die CDU Nordrhein-Westfalen berücksichtigt in ihrer Bildungspolitik die Einzigartigkeit, aber
1401 auch die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihren jeweiligen kognitiv-intellektuellen Anla-
1402 gen und Begabungen, Interessen, Neigungen, Bedürfnissen, ihrem Leistungswillen und Lern-
1403 tempo. Zudem respektieren wir das Erziehungsrecht und die Wahlfreiheit der Eltern. Aus die-
1404 sen Gründen stehen wir für ein gegliedertes, vielfältiges Bildungssystem auf allen Stufen, auch
1405 in privater Trägerschaft. Eine Einheitsschule lehnen wir ab, denn wir sind überzeugt, dass die
1406 Unterschiedlichkeit der Kinder schulische Vielfalt braucht.

1407 **Die Bildungsqualität muss im Fokus stehen**

1408 Fortdauernde Experimente, Schulversuche sowie Strukturreformen lehnen wir entschieden ab.
1409 In den vergangenen Jahrzehnten haben die Strukturdebatten in Nordrhein-Westfalen mehr
1410 Schaden angerichtet als Nutzen erzeugt. Deshalb hat die CDU Nordrhein-Westfalen zusam-
1411 men mit Sozialdemokraten und Grünen den Schulkonsens 2011 geschlossen. Dadurch haben
1412 wir den Erhalt des gegliederten Schulwesens sowie ein Ende der lähmenden Strukturdebatten
1413 erreicht. Wir wollen, dass in Zukunft wieder Inhalte und Pädagogik im Vordergrund der Bil-
1414 dungspolitik stehen. Als oberstes Ziel muss die Verbesserung der Unterrichtsqualität erreicht
1415 werden. Dabei wollen wir Schulen und Lehrer so stärken, dass sie ihre Schülerinnen und Schü-
1416 ler bestmöglich qualifizieren können. Als beste Voraussetzung dafür sehen wir neben kleinere
1417 Lerngruppen in allen Schulformen die Weiterentwicklung des Konzepts der Selbständigen
1418 Schule. Durch mehr Eigenverantwortung und zusätzlicher Hilfe vor allem in Verwaltungsauf-
1419 gaben einer zu regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren fortentwickelten Schulauf-
1420 sicht kann die Qualität der Schulen und damit des Unterrichts verbessert werden. Die demo-
1421 grafische Entwicklung bietet die Möglichkeit, die Schüler-Lehrer-Relation zu verbessern und
1422 Lehrer und Erzieher so einzusetzen, dass individuelle Förderung erleichtert wird. Vor allem
1423 Kinder, die besondere Schwierigkeiten oder aber auch besondere Begabungen in einem be-
1424 stimmten Bereich haben, gilt es, speziell zu fördern. Wir setzen uns außerdem für die Schaf-
1425 fung neuer Lehrerstellen ein, um den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu
1426 reduzieren.

1427

1428 **Digitales Bildungsland Nummer 1 werden**

1429 Die CDU strebt an, Nordrhein-Westfalen zum digitalen Bildungsland Nr. 1 zu machen. Dabei
1430 brauchen wir digitale Grundbildung für alle und die Stärkung digitaler Exzellenz. Wir wollen
1431 bei den Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen im kritischen Umgang mit digitalen Me-
1432 dien und Informationen fördern sowie bei ihnen eine grundständige IT-Kenntnisse durch einen
1433 zeitgemäßen Informatikunterricht ab der Grundschule aufbauen. Neben der theoretischen
1434 Wissensvermittlung gehört für uns auch die praktische pädagogisch sinnvolle Anwendung und
1435 Nutzung digitaler Medien zum Lernprozess in allen Unterrichtsfächern.

1436 **Wir wollen ein breites, wohnortnahes Schulangebot**

1437 Der demografische Wandel gefährdet vielerorts, insbesondere in ländlichen Regionen, die ge-
1438 wachsene Schulstruktur. Zudem hat sich die Akzeptanz der verschiedenen Schulformen im
1439 Lauf der Zeit unterschiedlich entwickelt. Hiervon sind vor allem die Hauptschulen betroffen.
1440 Deshalb wollen wir den schulpolitischen Ordnungsrahmen so justieren, dass auch dort, wo
1441 aufgrund der Schülerzahlen eigenständige Haupt- und Realschulen nicht mehr nebeneinander
1442 bestehen können, möglichst wohnortnah, z.B. in einer Sekundarschule, ein gegliedertes Schul-
1443 angebot weiterhin gewährleistet bleibt. Ebenso wollen wir flexible Regelungen, die den Erhalt
1444 der letzten Grundschule in einem Ort oder Ortsteil ermöglichen.

1445 **Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter verbessern**

1446 Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht im differenzierten Schulsystem die beste Möglichkeit, der
1447 Vielfalt der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Uns ist aber auch bewusst, dass
1448 Menschen sich unterschiedlich und unterschiedlich schnell entwickeln. Deshalb wollen wir die
1449 Durchlässigkeit des Schulsystems noch weiter verbessern. Alle Kinder und Jugendlichen müs-
1450 sen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schullaufbahn beginnen und erst recht
1451 losgelöst von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Bildungsgrad ihrer Eltern, ihren persönlich
1452 bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Ebenso muss es immer die Möglichkeit ge-
1453 ben, auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Schulabschluss nachzuholen. Aus diesem Grund
1454 wollen wir Weiterbildungskollegs, wie beispielsweise Abendrealschulen und Abendgymnasien
1455 weiter fördern. Sie bieten für Viele eine zweite Chance.

1456 **Sprache ist Grundlage für den Bildungserfolg**

1457 Erfolgreiche Bildung setzt die sichere Beherrschung der deutschen Sprache voraus. Deshalb
1458 wollen wir besonders die Sprachfähigkeit von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und von
1459 Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne fördern. Durch verbindliche Tests zur Sprach-
1460 entwicklung der Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung kann gewährleistet werden,
1461 dass Defizite in der Sprachfähigkeit frühzeitig erkannt und gezielt bis zur Einschulung durch
1462 eine verpflichtende Sprachförderung abgebaut werden können. Jedes Kind soll befähigt wer-
1463 den, von Anfang an dem Schulunterricht sicher zu folgen. Wir wollen konsequent daran arbei-

1464 ten, die Lebens-, Bildungs- und Ausbildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen mit
1465 Zuwanderungsgeschichte weiter zu verbessern.

1466 **Inklusion behinderter Kinder ist unser Ziel**

1467 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Überzeugung, dass ein breites schulisches Angebot ge-
1468 rade auch für Kinder mit Behinderung richtig und notwendig ist. Bereits auf unserem Landes-
1469 parteitag 1992 haben wir die Inklusion behinderter Kinder in Regelschulen als Ziel formuliert.
1470 Wir stehen zur schulischen Inklusion. Sie ist ein wichtiges Ziel und zugleich eine große Heraus-
1471 forderung für die Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Bei
1472 der Umsetzung der Inklusion muss das Wohl der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung
1473 alleiniger Maßstab sein. Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendlichen erfolg-
1474 reich an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hingegen die
1475 speziellen Möglichkeiten der Förderschule die besseren Voraussetzungen. Daher wollen wir
1476 Eltern nach individueller Beratung in die Lage versetzen, zu entscheiden, wo ihr behindertes
1477 Kind am besten gefördert wird: in einer Regelschule oder in einer Förderschule. In Nordrhein-
1478 Westfalen sollen deshalb die Eltern jedes Kindes, das sonderpädagogische Förderung benötigt,
1479 neben dem Rechtsanspruch auf inklusiven Unterricht in Regelschulen auch einen Rechtsan-
1480 spruch auf Beschulung ihres Kindes in einer Förderschule in zumutbarer Nähe erhalten. Wir
1481 werden zudem alle Anstrengungen unternehmen, um den hierzu befähigten behinderten Ju-
1482 gendlichen auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

1483 **Wir wollen Wahlfreiheit für Eltern**

1484 Orientierungspunkt in der Schul- und Bildungspolitik der CDU Nordrhein-Westfalen ist der
1485 Elternwille. Uns ist bewusst, dass unsere Politik nur im Zusammenwirken mit den Elternhäu-
1486 sern erfolgreich sein kann. Deshalb lehnen wir starre Schulbezirke ab. Eltern sollen die freie
1487 Wahl behalten, welche Schule sie für ihre Kinder aussuchen. Zur Wahlfreiheit der Eltern in ei-
1488 ner vielfältigen Schullandschaft gehören auch die Schulen in freier Trägerschaft, für deren För-
1489 derung und Unterstützung sich die CDU Nordrhein-Westfalen auch zukünftig engagieren wird.
1490 Wir bekennen uns zum Erhalt der konfessionellen Bekenntnisschule in Nordrhein-Westfalen,
1491 soweit diese von den Kirchen selbst wie auch von den Eltern gewünscht wird. Dabei setzen wir
1492 uns dafür ein, neben den bestehenden Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen eine neue
1493 Schulart gesetzlich zu verankern: die christlich-ökumenische Bekenntnisschule.

1494 **Gute Bildung braucht motivierte Lehrerinnen und Lehrer**

1495 Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in gut ausgebildeten, regelmäßig fortgebildeten und mo-
1496 tivierten Lehrerinnen und Lehrern die Grundlage für guten Unterricht. Wir setzen uns daher
1497 dafür ein, dass der Lehrerberuf attraktiver und ihm die gebührende gesellschaftliche Anerken-
1498 nung zuteilwird. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht aber auch die Notwendigkeit, die Lehr-
1499 kräfte zu entlasten und ihnen die Konzentration auf ihre eigentlichen Aufgaben zu ermögli-

1500 chen. Daher wollen wir die Schulsozialarbeit und die schulpsychologische Beratung weiter
1501 ausbauen. Durch Schulverwaltungsassistenten sollen unserer Lehrerinnen und Lehrer zudem
1502 von bürokratischen Aufgaben entlastet werden und so mehr Raum für guten Unterricht be-
1503 kommen.

1504 **Wir stehen für ein starkes duales Ausbildungssystem ein**

1505 Die CDU Nordrhein-Westfalen will der dualen Ausbildung größere Aufmerksamkeit widmen
1506 und sie weiter stärken. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist einmalig und hat sich
1507 bewährt. Durch die hochqualifizierten Facharbeiter in diesem Land sind unsere Industrie und
1508 unser Mittelstand international wettbewerbsfähig und konnten in der Vergangenheit Krisen
1509 erfolgreich bewältigen. Daran wollen und werden wir festhalten. Für uns sind berufliche und
1510 akademische Ausbildung gleich wertvoll. Wir wenden uns gegen eine fortschreitende Akade-
1511 misierung von klassischen Ausbildungsberufen. Das Studium an einer Hochschule ist kein
1512 Selbstzweck und bewährte duale Berufsausbildungen müssen erhalten bleiben, insbesondere
1513 vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels. Wir sehen in der dualen Ausbildung
1514 auch den Ausdruck der Vielfalt von Talenten, Interessen und Fähigkeiten der Menschen in
1515 Nordrhein-Westfalen. Damit junge Menschen den für sie richtigen Weg einschlagen, wollen
1516 wir das Übergangsmanagement von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung oder in
1517 das Studium verbessern. Unser Ziel ist es, so die Abbrecherquoten in Lehre und Studium zu
1518 verringern. Zudem wollen wir die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler insge-
1519 samt verbessern. Hierin liegt der Schlüssel, allen Schulabgängern den Zugang zu Ausbildung
1520 zu ermöglichen. Parallel hierzu wollen wir das Gymnasium stärken und das Abitur so aufwer-
1521 ten, dass es dem Qualitätssiegel einer allgemeinen Hochschulreife entspricht. Unsere Gesell-
1522 schaft ist zwingend auf eine qualifizierte Leistungselite angewiesen.

1523 **2. Wissenschaft, Forschung und Technologie**

1524 **Innovationen schaffen Zukunftsperspektiven**

1525 Forschung und Entwicklung sind für alle Bereiche unseres Lebens wichtig. Dazu gehören bei-
1526 spielsweise so wichtige Bereiche wie medizinischer Fortschritt, Klimaschutz, die Zukunft der
1527 Mobilität oder schnelle und sichere Kommunikation.

1528 **Wir brauchen eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft**

1529 Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes und der Beschäftigung wie auch
1530 die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängen unmittelbar mit der Qualität und der Innovati-
1531 onsfähigkeit des Hochschulstandorts Nordrhein-Westfalen zusammen. Deshalb wollen wir die
1532 Wissenschaft in unserem Land stärken. Dies gilt gleichermaßen für die Grundlagenforschung
1533 wie für die anwendungsorientierte Forschung. Zu unserem Wissenschaftsbegriff gehört eben-
1534 falls der Bereich der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, die für unsere Gesellschaft

1535 genauso wichtig sind und nicht kurzfristigen Nützlichkeitsabwägungen unterworfen werden
1536 dürfen.

1537 ***Wir stehen zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung***

1538 Kernelement unserer Wissenschaftspolitik ist die Freiheit von Wissenschaft und Forschung,
1539 denn Freiheit im Denken schafft den nötigen Raum für Kreativität und grundlegenden Er-
1540 kenntnisgewinn. Damit sich freies Denken entfalten kann, brauchen die Hochschulen weitge-
1541 hende Autonomie. Wir Christdemokraten sind davon überzeugt, dass die Hochschulen selbst
1542 am besten entscheiden können, wie und wozu geforscht wird und wie die vorhandenen Res-
1543ourcen eingesetzt werden. Gerade in einer sich immer schneller wandelnden Welt ist eine
1544 kluge und gleichzeitig zurückhaltende staatliche Rahmensetzung notwendig, um einen attrak-
1545tiven Wissenschaftsstandort zu schaffen. Hochschulfreiheit, wie sie 2006 mit dem Hochschul-
1546freiheitsgesetz gewährleistet wurde, ist die Voraussetzung für erfolgreiche Hochschulen.

1547 Die Universitäten und Fachhochschulen haben die gewonnene Hochschulfreiheit klug und
1548 verantwortungsvoll genutzt. Wir wollen an diese erfolgreichen Jahre anknüpfen.

1549 ***Wir wollen attraktiv sein für die klügsten Köpfe***

1550 Fundament einer jeden Wissensgesellschaft sind ihre klugen Köpfe, deshalb ist die Qualität
1551 der Hochschulbildung von entscheidender Bedeutung. Unser Ziel ist es, den jungen Menschen
1552 in diesem Land die bestmögliche akademische Ausbildung zu ermöglichen. Exzellente Akade-
1553miker sind heute mobiler als je zuvor. Wenn die Voraussetzungen nicht mehr stimmen und
1554 Belastungen durch Steuern, Abgaben, mangelnde Infrastruktur, Bürokratie und staatliche
1555 Gängelung sowie Wissenschafts- und Technologiefeindlichkeit überhand nehmen, ziehen sie
1556 weiter. Deshalb bedarf es eines nachhaltigen und umfassenden Konzepts, damit qualifizierten
1557 und leistungsfähigen Fachkräften in Nordrhein-Westfalen eine dauerhafte Perspektive gebo-
1558ten wird. Zudem wollen wir die Grundlagen für eine akademische Personalentwicklung an den
1559 Hochschulen verbessern.

1560 ***Wir wollen ein breites und attraktives Studienangebot***

1561 Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für ein Hochschulstudium. Die CDU Nordrhein-
1562 Westfalen freut sich über diese Entwicklung und will die Hochschulen in diesem Land dazu
1563 befähigen, die wachsenden Studierendenzahlen zu bewältigen. Unser Ziel ist es, dass junge
1564 Menschen sich das Studium und die Hochschule ihrer Wahl aussuchen können. Dazu gehört
1565 auch, Menschen die Möglichkeit eines Fernstudiums zu eröffnen. Die Fokussierung auf die
1566 akademische Bildung darf nicht zu einer Vernachlässigung der international geschätzten und
1567 bewährten dualen Ausbildung führen. Damit die duale Ausbildung weiterhin attraktiv bleibt,
1568 wollen wir sie enger mit dem Hochschulsystem verzahnen. In einer sich stetig wandelnden
1569 Arbeitswelt müssen neue Wege der Hochschulbildung und ein einfacherer Wechsel zwischen
1570 den Hochschultypen ermöglicht werden.

1571 ***Wir wollen die besonders klugen Köpfe besonders stärken und fördern***

1572 Wir Christdemokraten wissen um die Verschiedenheit der Menschen, die sich auch in unter-
1573 schiedlichen Begabungen ausdrückt. Als Gesellschaft profitieren wir alle davon, wenn beson-
1574 ders kluge Köpfe zusätzlich gefördert werden. Deshalb treten wir für eine breite Stipendien-
1575 kultur ein und fordern auch die Wirtschaft dazu auf, sich hier noch stärker zu beteiligen. So
1576 gelingt uns die Entfaltung von Exzellenz an unseren Universitäten und Hochschulen.

1577 ***Wir wollen technologieoffene Forschung und Entwicklung***

1578 Nordrhein-Westfalen ist ein erfolgreiches Industrieland und wir wollen, dass das so bleibt.
1579 Deshalb brauchen wir technologieoffene Forschung ohne politische Scheuklappen. Wir werden
1580 den Herausforderungen der Zukunft nur erfolgreich begegnen, wenn wir neuen wissenschaft-
1581 lichen Innovationen mit Neugier und Offenheit, gegenüberstehen. Es ist dabei geboten, Chan-
1582 cen und Risiken der Forschung gewissenhaft abzuwägen. Die Freiheit der Forschung findet
1583 dort ihre Grenzen, wo die unantastbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung ge-
1584 fährdet wird.

1585 Umweltverschmutzung, Rohstoff- und Energieressourcenknappheit oder der drohende Kollaps
1586 bei der Mobilität sind nur einige Beispiele, die neue Anstrengungen im Wissenschafts- und
1587 Forschungsbereich notwendig machen. Dabei ist die schnelle Überführung von Forschungser-
1588 gebnissen in marktreife Produkte geboten. Nur so können sie zu Entwicklung und wachsen-
1589 dem Wohlstand beitragen. Deshalb wollen wir den Transfer von Forschungsergebnissen in die
1590 Wirtschaft und die strategischen Kooperationen zwischen den Hochschulen und der Wirt-
1591 schaft ausbauen und stärken.

1592 ***Gute Lehre und Forschung brauchen solide Finanzierung***

1593 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass die Hochschulen in unserem Land ihren
1594 Aufgaben und Pflichten nur gerecht werden können, wenn sie eine solide und angemessene
1595 materielle und personelle Grundausstattung zur Verfügung haben. Darüber hinaus brauchen
1596 wir auch in Zukunft Unternehmen, die in Forschung investieren. Von diesen Investitionen pro-
1597 fitieren Hochschulen wie Unternehmen gleichermaßen.

1598 ***Wir brauchen eine besondere Innovationsförderung für unseren Mittelstand***

1599 Insbesondere die Innovationskompetenzen kleiner und mittlerer Unternehmen gilt es zu ver-
1600 bessern, denn diese Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, die Finanzierung von Forschung
1601 und Entwicklung aus eigener Kraft sicherzustellen. Die CDU Nordrhein-Westfalen engagiert
1602 sich dafür, das bisherige Angebot der Innovationsförderung um eine steuerliche Förderung
1603 von Forschung und Entwicklung zu ergänzen.

3. Faire Löhne für gute Arbeit

Unser Ziel ist gute Arbeit für alle

Arbeit ist sinnstiftend und erfüllend. Sie ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, bietet Einkommen und Wohlstand. Damit schafft Arbeit nicht nur Sicherheit und Unabhängigkeit, sondern auch die Grundlage für eine freie Lebensplanung und -gestaltung, sie ermöglicht Lebensentwürfe wie Ehe und Familie oder ermutigt hierzu.

Das Ziel der CDU Nordrhein-Westfalen ist die Verwirklichung von Vollbeschäftigung in unserem Land. Gute Arbeit für alle – diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet. Dabei nehmen wir alle Bevölkerungsgruppen in den Blick: Männer und Frauen, Junge und Ältere, gut und gering qualifizierte Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Wir wissen darum, dass jeder Mensch Fähigkeiten besitzt, nach Anerkennung strebt und teilhaben will. Vor diesem Hintergrund treten wir dafür ein, dass jeder Mensch Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Und auch mit Blick auf die anstehenden demografischen Herausforderungen darf niemand von Arbeit ausgeschlossen werden. Dieses Ziel zu erreichen, bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Unternehmen und Beschäftigten, denn sie tragen mit ihrer Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit gleichermaßen zum Erfolg ihrer Unternehmen und unserer Volkswirtschaft sowie zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei.

Wir kämpfen für faire Löhne

Unsere Maxime lautet: Leistung muss sich lohnen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht und kämpft für faire Löhne. Arbeit, die nicht angemessen entlohnt wird, vermittelt keine Würde. Wer in Vollzeit erwerbstätig ist, muss von seinem Verdienst auch leben können. Sittenwidrige Löhne, Lohndumping, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sind nicht nur unsozial, unwürdig und ungerecht, sie gefährden auch den sozialen Frieden in unserem Land und verzerren den Wettbewerb. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt daher entschieden für Leistungsgerechtigkeit ein. Zu fairen Löhnen zählt auch die staatlich geförderte Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand. Die Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand auch durch die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen ist ein wichtiger Beitrag zur Identifikation mit dem Unternehmen, zur Absicherung gegen Lebensrisiken, zur Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und zur Gestaltung des Ruhestandes. Dieses bewährte Instrument wollen wir als Ausdruck einer aktivierenden und solidarischen Sozialpolitik stärken und weiter ausbauen.

Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht Leistungsgerechtigkeit

In der Sozialen Marktwirtschaft sehen wir den Rahmen, in dem Leistungsgerechtigkeit und ein hohes Beschäftigungsniveau am besten erreicht werden können. In ihr tragen die Sozialpartner, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gegenseitig Verantwortung für gerechte Löhne, für angemessene Arbeitsbedingungen und für den Erhalt der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit.

1640 higkeit. Sie schaffen so die Grundlage dafür, dass nach Gewinn strebende Unternehmen inno-
1641 vative und qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen mit gut qualifizierten und moti-
1642 vierten Mitarbeitern erstellen, um im Wettbewerb bestehen und weiterhin in Fortschritt inves-
1643 tieren zu können. Hierin wiederum liegt der Schlüssel für Beschäftigung und Wohlstand.

1644 **Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zu Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie**

1645 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und tritt entschie-
1646 den gegen jeden Versuch ihrer Aushöhlung an. Uns ist klar, dass sich die Arbeitsbedingungen
1647 in einem Unternehmen verbessern, wenn die Beschäftigten eingebunden werden. Insofern
1648 bekennen wir uns zur betrieblichen Mitbestimmung und zur Mitbestimmung im Unternehmen.
1649 Aus unserer Sicht ist das Instrument der Mitbestimmung geeignet, den Unternehmenserfolg
1650 positiv zu beeinflussen. Ebenso stehen wir zur Tarifautonomie, weil wir wissen, dass die Sozial-
1651 partner über das nötige Wissen und die Kompetenz verfügen, zu einem gerechten und markt-
1652 konformen Ausgleich der gegenläufigen Interessen zu kommen. Deshalb unterstützen wir es,
1653 wenn sich die Unternehmen in Arbeitgeberverbänden und die Arbeitnehmer in Gewerkschaf-
1654 ten organisieren. Die Sozialpartnerschaft lebt von der aktiven Teilnahme von Unternehmen
1655 und Beschäftigten. Insofern betrachten wir die nachlassende Tarifbindung mit Sorge.

1656 Versuche, die Tarifautonomie durch staatliche Regulierung zu unterlaufen, lehnen wir strikt
1657 ab. Der Staat hat vielmehr eine flankierende Rolle, in dem er Rahmenbedingungen schafft, die
1658 der Sozialen Marktwirtschaft zur Entfaltung verhelfen. In der aktiven Arbeitsförderung liegt
1659 beispielsweise eine wichtige Aufgabe, denn sie unterstützt Menschen wieder oder erstmals in
1660 Beschäftigung zu kommen. Der gesetzliche Mindestlohn garantiert die Durchsetzung fairer
1661 Löhne am unteren Rand. Wir stehen zum gesetzlichen Mindestlohn wobei uns wichtig ist, dass
1662 über dessen Anpassungen nicht die Politik, sondern eine unabhängige Kommission aus Arbeit-
1663 nehmern und Arbeitgebern entscheidet.

1664 **Starke Industrie und wettbewerbsfähige Wirtschaft bedeuten** 1665 **sichere Jobs und faire Löhne**

1666 Niedrige Löhne sind weniger ein Merkmal der Industrie als vielmehr der Dienstleistungswirt-
1667 schaft. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen Industriestandort
1668 bleibt und unsere Unternehmen ihre Güter weiterhin erfolgreich auf den Weltmärkten anbie-
1669 ten. Eine zukunftsorientierte Industriepolitik trägt insofern zu fairen Löhnen und guten Ar-
1670beitsbedingungen bei.

1671 Damit nordrhein-westfälische Unternehmen in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig sind
1672 und bleiben, bedarf es auch der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Regelungen wie Zeitarbeit
1673 und Minijobs haben zu einer positiven Entwicklung der Beschäftigung geführt. Sie haben vie-
1674 len Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt erst ermöglicht und den individuellen Bedürf-
1675 nissen von bestimmten Personengruppen Rechnung getragen. Aus diesem Grund sollen sie im
1676 Grundsatz erhalten bleiben. Allerdings sehen wir mit Sorge, dass diese Regelungen vielfach

missbraucht werden und zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen geführt haben. Aus diesem Grund ist der Gesetzgeber weiterhin gefordert, den rechtlichen Rahmen in einer Weise zu verändern, der einen Missbrauch zu Lasten der Beschäftigten ausschließt.

Der Charakter der Sozialen Marktwirtschaft drückt sich auch in unseren sozialen Sicherungssystemen aus. Es ist eine Daueraufgabe des Gesetzgebers, dieses Instrumentarium an die sich wandelnden Rahmenbedingungen anzupassen.

4. Gleiche Chancen für Frauen und Männer

Wir wollen Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht. Sie ist zur Grundüberzeugung der Menschen in Nordrhein-Westfalen geworden. Und dennoch ist sie in der gesellschaftlichen Realität noch immer nicht vollständig realisiert. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht hierin Auftrag und Ansporn zugleich. Unser Ziel ist es, gleiche Chancen für Frauen und Männer, Jungen und Mädchen zu schaffen und noch immer existierende Benachteiligungen abzubauen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Förderung von Frauen und Männern ein, so dass beide ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten können und dabei die gleichen Möglichkeiten haben.

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen

Die CDU Nordrhein-Westfalen erkennt die Tatsache, dass Frauen im Berufsleben noch immer stark benachteiligt werden. Bei gleicher Qualifikation und gleicher Leistung verdienen Frauen oftmals noch immer deutlich weniger als Männer und in den Leitungspositionen von Unternehmen und Verwaltungen sind sie weiterhin unterrepräsentiert. Diese Missverhältnisse wollen wir beenden. Für uns gilt der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zudem wollen wir, dass bei der Besetzung von Führungspositionen und Entscheidungsgremien in Zukunft eine ausgewogene Geschlechterverteilung angestrebt wird. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die öffentliche Verwaltung, für Wissenschaft und Forschung, Verbände, Medien, Kultur und natürlich auch für die Politik.

Als CDU-Landesverband wollen wir mit gutem Beispiel voran gehen. Unser Ziel ist es, dass Frauen bei der Verteilung politischer Ämter in Zukunft stärker berücksichtigt werden. Wir wollen mehr Frauen in den Räten und Parlamenten, mehr Bürgermeisterinnen, Oberbürgermeisterinnen, Landrätinnen und Ministerinnen.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist Wesenskern unseres Landes

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur in der Verfassung grundgelegt, sondern gehört für uns zum kulturellen Kern Nordrhein-Westfalens. Deshalb erwarten wir von allen Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen und hier leben wollen, dass sie diesen Grundsatz teilen und aktiv leben. Wo Parallelgesellschaften entstehen, in denen Frauenrechte

1712 missachtet werden, wo Zwangsheiraten organisiert werden und Ehrenmorde stattfinden, ste-
1713 hen wir für eine entschlossene Strafverfolgung.

1714 **5. Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung, Pflege und Alterssicherung**

1715 **Das Gesundheitssystem muss sich am Wohl der Menschen orientieren**

1716 Das Gesundheitssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Medizinische Leistungen
1717 müssen sich zu allererst am Patientenwohl orientieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt
1718 sich zu einer wohnortnahen und flächendeckenden Grundversorgung der Menschen mit
1719 hochwertigen medizinischen ambulanten und stationären Leistungen. Die medizinische Ver-
1720 sorgung der Menschen darf nicht rein wirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden, sondern
1721 das Wohl der Patienten und der medizinische Nutzen müssen immer im Vordergrund stehen.

1722 **Wir wollen eine wohnortnahe, flächendeckende Gesundheitsversorgung**

1723 Die alternde Gesellschaft, der damit einhergehende Mangel an Ärzte- und Pflegefachkräften
1724 und die Finanzierung der immer effektiveren, aber teurer werdenden medizinischen Leistun-
1725 gen stellen das Gesundheitswesen vor besondere Herausforderungen. In allen Teilen Nord-
1726 rhein-Westfalens, sowohl im ländlichen Raum als auch in den Ballungsgebieten, muss eine aus-
1727 reichende ärztliche Versorgung sichergestellt werden. Die nordrhein-westfälischen Kranken-
1728 häuser müssen sich durch die Qualität ihrer medizinischen Leistungen und die wohnortnahe
1729 Erreichbarkeit innerhalb eines Entfernungsradius von 20 Kilometern auszeichnen. Im Zuge der
1730 Wirtschaftlichkeit sind allerdings Schwerpunktsetzungen der Krankenhäuser unumgänglich.

1731 Insbesondere im ländlichen Raum ist ein Mangel an Fach- und Hausärzten zu verzeichnen. Es
1732 drohen schwere Defizite in der medizinischen Versorgung. Neben dem Bereich der Hausärzte
1733 – was besonders für ältere Patienten ein Problem ist – ist teilweise bereits heute die Versor-
1734 gung mit Fachärzten unzureichend.

1735 Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt dafür ein, Anreizmodelle für ärztliche Niederlassungen in
1736 unterversorgten Gebieten zu entwickeln. Die Arbeit in ländlichen Regionen sollte insbesonde-
1737 re für junge Ärztinnen und Ärzte so attraktiv und wirtschaftlich gestaltet sein, dass sie nach
1738 dem Studium eine Arztpraxis übernehmen wollen.

1739 Um das Problem des Ärztemangels in den Griff zu bekommen, muss bereits beim Studium an-
1740 gesetzt werden. Viele junge Menschen möchten Medizin studieren, aber es stehen nicht genü-
1741 gend Studienplätze in unserem Land zur Verfügung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich
1742 für die Schaffung neuer Studienplätze ein. Damit es zukünftig mehr Hausärzte gibt, müssen
1743 mehr Allgemeinmediziner an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ausgebildet werden.
1744 Daher schlägt die CDU Nordrhein-Westfalen vor, neben den acht bereits bestehenden medizi-
1745 nischen Fakultäten eine zusätzliche Fakultät in Ostwestfalen-Lippe einzurichten.

1746

1747 **Wir wollen den Präventionsgedanken stärken**

1748 Damit das Gesundheitssystem auch in Zukunft bezahlbar bleibt, müssen der Präventionsge-
1749 danke und die Gesundheitserziehung gestärkt werden. Auf die gesundheitliche Prävention als
1750 Mittel der Eigenverantwortung jedes Einzelnen für sein gesundheitliches Wohlbefinden muss
1751 ein stärkerer Schwerpunkt gelegt werden.

1752 **Wir müssen die Pflege zukunftsfest gestalten**

1753 Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird bis zum Jahr 2034 um 20 bis 25 Prozent stei-
1754 gen. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl auf rund eine Million steigen und fast doppelt so hoch
1755 sein wie im Jahr 2015. Immer mehr hochbetagten Pflegebedürftigen stehen immer weniger
1756 junge Menschen gegenüber, und immer mehr Menschen über 80 Jahre brauchen Hilfe, Zuwen-
1757 dung und Assistenz. Bei der Frage, wie Pflege angesichts der demografischen Entwicklung in
1758 Zukunft sichergestellt werden kann, steht für die CDU Nordrhein-Westfalen stets das Wohl
1759 der jetzt und zukünftig pflegebedürftigen Menschen im Vordergrund.

1760 Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen
1761 Leben so zu gestalten, dass alle Menschen möglichst lange in der gewohnten Umgebung leben
1762 können. Daher unterstützt die CDU Nordrhein-Westfalen grundsätzlich den Ansatz „ambulant
1763 vor stationär“ und die Förderung alternativer Wohnformen, der Quartiersentwicklung mit ent-
1764 sprechender Infrastruktur, des betreuten Wohnens, von Hausgemeinschaften und der Verzah-
1765 nung ambulanter und stationärer Dienste.

1766 Ein großer Teil der Pflege wird weiterhin in den Familien geleistet. Deshalb setzen wir uns da-
1767 für ein, pflegende Angehörige zu stärken und bei der Pflege zu entlasten. Zudem wollen wir
1768 die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Erwerbsarbeit verbessern.

1769 **Wir wollen die stationäre Pflege ausbauen und stärken**

1770 Allerdings wird es immer Fälle geben, bei denen zu Hause eine Pflege in der gebotenen Quali-
1771 tät und Sorgfalt nicht oder nicht mehr möglich ist. Es wird in Nordrhein-Westfalen eine immer
1772 größer werdende Zahl alter Menschen geben, die intensive Pflege benötigen. Gesellschaftliche
1773 Entwicklungen wie eine zunehmende Anzahl von Singlehaushalten oder entfernt wohnende
1774 Angehörige führen dazu, dass eine Pflege innerhalb der Familie häufig nicht mehr sicherge-
1775 stellt werden kann. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich daher ausdrücklich für den Aus-
1776 bau der stationären Pflege ein. Sowohl die ambulante Pflege wie auch eine ausreichende An-
1777 zahl stationärer Pflegeplätze werden benötigt, um pflegebedürftige Menschen flächendeckend
1778 und adäquat versorgen zu können.

1779 Bei der Schaffung stationärer Angebote muss die Politik berücksichtigen, dass es in den Regi-
1780 onen Nordrhein-Westfalens deutlich unterschiedliche Bedarfe gibt. Während in einigen Regio-
1781 nen der Bedarf an stationären Plätzen gedeckt ist, gibt es Kommunen, in denen es erheblichen
1782 Bedarf an zusätzlichen Plätzen in diesem Bereich gibt. Um Überkapazitäten im stationären

1783 Pflegebereich zu vermeiden, müssen die Kommunen stärker in die Bedarfsplanung neuer Pfl-
1784 geplätze einbezogen werden. Darüber hinaus muss bei der Planung von Pflegeeinrichtungen
1785 ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfe von Menschen mit demenziellen Erkrankungen
1786 gelegt werden.

1787 **Wir wollen Pflegeberufe attraktiver gestalten**

1788 In Nordrhein-Westfalen werden wir aufgrund unserer Demographie in Zukunft jedes Jahr zwi-
1789 schen 2 und 3 % mehr pflegebedürftige Menschen haben. Bei den medizinischen Pflegeberu-
1790 fen müssen daher die Ausbildungskapazitäten erhöht werden. Mehr Aufstiegschancen durch
1791 Fort- und Weiterbildungen und entsprechend verbesserten Verdienstmöglichkeiten sind dazu
1792 geeignet, die Attraktivität der medizinischen Pflegeberufe deutlich zu steigern.

1793 Mit steigender Anzahl pflegebedürftiger Menschen werden zusätzliche Pflegefachkräfte benö-
1794 tigt. Da einerseits mehr Fachkräfte gebraucht werden und andererseits der Anteil der Erwerb-
1795 stätigen grundsätzlich sinkt, werden sich in Zukunft auch im Pflegebereich personelle Engpäs-
1796 se verschärfen. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zur generalistischen Pflegeausbil-
1797 dung. Sie befähigt zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen in allen Versorgungsformen
1798 und bietet den Pflegekräften von morgen neue Chancen im Laufe Ihrer Berufsbiographie fle-
1799 xible und in die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche wechseln zu können. Um dem drohenden
1800 Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass
1801 verstärkt Anreize geschaffen werden, damit junge Menschen sich für einen Pflegeberuf ent-
1802 scheiden. Interessante Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und bessere Verdienstmöglichkei-
1803 ten sollen ebenso wie Modelle der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu führen, Pflegebe-
1804 rufe attraktiver zu machen. Wir möchten, dass die Pflegeberufe allen Schulabgängern offen
1805 stehen. Jeder soll in Nordrhein-Westfalen die Chance haben, sich in den Pflegeberufen weiter
1806 zu qualifizieren. Vom Helfer zur examinierten Fachkraft, bis zum Akademiker unter Anrech-
1807 nung der bereits erworbenen Qualifikationen.

1808 **Wir wollen die Alterssicherung zukunftsfest gestalten**

1809 Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht den Wert der traditionellen Alterssicherung auf Grundla-
1810 ge der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung, die die Leistungen, die durch
1811 Beitragszahlungen, Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen erbracht wurden, hono-
1812 riert und im Regelfall einen auskömmlichen Ruhestand ermöglicht. Allerdings wird sich in den
1813 kommenden Jahrzehnten das Problem der Altersarmut erheblich verschärfen. Hauptbetroffene
1814 werden dabei vor allem Frauen sein. Wichtige Ursachen hierfür sind gerade in Nordrhein-
1815 Westfalen dauerhafte strukturelle Arbeitslosigkeit, gebrochene Erwerbsbiographien mit unge-
1816 sicherten bzw. unregelmäßigen Einkommensbezügen, Teilzeitarbeit, die Zunahme von Be-
1817 schäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich, eine andauernde Niedrigzinsphase mit Fol-
1818 gen für Lebens- und private Rentenversicherungen sowie die durch den demografischen Wan-
1819 del bedingte Niveauabsenkung bei der gesetzlichen Rente. Diese ist unvermeidlich, weil immer

1820 weniger Beitragszahler auf immer mehr Rentenbezieher kommen. Derzeit müssen drei Er-
1821 werbstätige für eine Rente aufkommen, im Jahr 2030 werden dies voraussichtlich zwei Er-
1822 werbstätige leisten müssen. Damit der gewohnte Lebensstandard im Alter gesichert und Al-
1823 tersarmut verhindert werden kann, muss die gesetzliche Altersversorgung durch eine betrieb-
1824 liche und eine private Alterssicherung wirkungsvoll ergänzt werden. Die CDU Nordrhein-
1825 Westfalen setzt sich darüber hinaus dafür ein, neue Formen staatlicher wie privater Vorsorge
1826 zu prüfen und die bereits bestehenden noch stärker zu fördern. Dazu gehört auch ein flexibler
1827 Renteneintritt, der vorhandene Potenziale besser nutzt und die Höhe des individuellen Ren-
1828 tenanspruchs positiv beeinflusst. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass einer-
1829 seits jüngere Menschen nicht zu stark mit Beitragszahlungen belastet werden und über eine
1830 sichere Lebensplanung verfügen und andererseits ältere Menschen eine hohe Verlässlichkeit
1831 für ihren Lebensabend erhalten. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips erscheint es darüber hin-
1832 aus angebracht, Altersarmut nicht allein als staatliches bzw. materielles Problem zu begreifen,
1833 sondern ebenso sehr als gesellschaftliche und menschliche Herausforderung. Altersarmut
1834 hängt oft unmittelbar mit dem Verlust sozialer Kontakte zusammen. Deshalb setzen wir uns
1835 für eine Stärkung des Generationenzusammenhalts ein.

1836

1837 **VI. Energie und Umwelt**

1838 **1. Stärkung des Energielandes Nordrhein-Westfalen**

1839 **im Zeichen der Energiewende**

1840 **Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Energieland Nummer 1 bleibt**

1841 Für kein anderes Bundesland sind Fragen der Energieerzeugung, der Versorgungssicherheit
1842 und der Bezahlbarkeit von Energie so entscheidend wie für Nordrhein-Westfalen, das industri-
1843 elle Schlüsselland Deutschlands.

1844 Als Energieproduzent Nr. 1 und Standort vieler energieintensiver Betriebe hat Nordrhein-
1845 Westfalen ein besonderes Interesse am Gelingen der Energiewende. Unser Ziel ist, dass Nord-
1846 rhein-Westfalen dabei ein wettbewerbsfähiges Industrieland mit einer starken heimischen
1847 Wirtschaft bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive
1848 Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Deshalb ist es eine Aufgabe der
1849 staatlichen Wirtschaftsförderung und der energiepolitischen Entscheidungsträger, die Wett-
1850 bewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie zu erhalten.

1851 Die Energiepolitik der CDU Nordrhein-Westfalen wird vor diesem Hintergrund von vier Hand-
1852 lungsmaximen geprägt:

- 1853 ▪ Erstens wollen wir dafür sorgen, dass im Rahmen der Energiewende der Aspekt der Ver-
1854 sorgungssicherheit stets eine starke Beachtung erfährt. Dies bedeutet auch, dass wir so
1855 lange an effizienten Formen der fossilen Energieerzeugung festhalten müssen, wie dies
1856 für eine sichere und bezahlbare Versorgung notwendig ist.
- 1857 ▪ Zweitens wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fördern und den Struk-
1858 turwandel des nordrhein-westfälischen Kraftwerksparks mit marktwirtschaftlichen In-
1859 strumenten voranbringen.
- 1860 ▪ Drittens wollen wir, dass auch in Nordrhein-Westfalen Energie künftig effizienter produ-
1861 ziert, transportiert und genutzt wird.
- 1862 ▪ Viertens wollen wir den „schlafenden Riesen“ der Energieeffizienz auch durch Einsparun-
1863 gen im Verbrauch wecken und so zur Verwirklichung der Ziele der Energiewende und da-
1864 mit zum Klimaschutz beitragen.

1865 **Die Energiewende ist ein Generationenprojekt**

1866 Wir bekennen uns ausdrücklich zur in Deutschland eingeleiteten Energiewende. Sie ist eine
1867 der größten Infrastrukturaufgaben unseres Landes und mit zahlreichen Herausforderungen
1868 verbunden. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen seine Potentiale zur Erzeugung Erneuerba-
1869 rer Energien, seine Netzinfrastruktur sowie seinen Beitrag zur Absicherung der Grundlast in
1870 diesen Prozess einbringt. In der gesamtdeutschen Energiewende-Debatte muss Nordrhein-
1871 Westfalen aber auch als Stimme der Industrie und des Mittelstandes auftreten und immer

1872 wieder darauf hinweisen, wie sehr sich die Entwicklung der Energiekosten auf deren Wettbe-
1873 werbsfähigkeit auswirken kann.

1874 Die CDU Nordrhein-Westfalen betrachtet die Energiewende als Generationenprojekt. Dabei
1875 haben wir Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit gleichermaßen im Blick.
1876 Dieses Zieldreieck der Energiewende wollen wir weiterentwickeln zu einem Viereck, indem wir
1877 das Ziel der Arbeitsplatzsicherung hinzufügen. Nur so kann die erforderliche breite gesell-
1878 schaftliche Akzeptanz geschaffen werden und die Energiewende gelingen. Eine umsichtige
1879 Energiepolitik schafft Stabilität, Planungssicherheit für Verbraucher und die Akteure an den
1880 Energiemärkten. Unsere Energiepolitik hat die Folgen für bestehende und künftige Arbeits-
1881 plätze im Blick.

1882 ***Wir stehen für eine handfeste, zukunftsorientierte Energiepolitik***

1883 Die CDU Nordrhein-Westfalen betrachtet die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen,
1884 Land, Bund und Europa auf der einen Seite und der privaten Verbraucher sowie der Wirtschaft
1885 auf der anderen Seite als zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiepolitik. Dazu
1886 gehört auch ein funktionierendes, abgestimmtes Projektmanagement des Bundes und der
1887 Länder sowie der Länder untereinander, vor allem um deren konkurrierende Ausbauziele zu
1888 harmonisieren. Wir wollen ein System, das marktwirtschaftlich ausgerichtet, effizient, techno-
1889 logieoffen und innovationsfördernd ist. Es gilt, staatliche Rahmenbedingungen für die Errei-
1890 chung der energiepolitischen Ziele, für Verlässlichkeit und einen fairen Wettbewerb zu schaf-
1891 fen, ohne in die alten Muster einer Überregulierung oder Fehlsubventionierung zurückzufal-
1892 len.

1893 Zudem ist eine Synchronisation des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau
1894 so auszugestalten, dass Kostensenkungspotentiale gehoben und damit die Belastungen für die
1895 Volkswirtschaft reduziert werden können, ohne die Ziele der Energiewende in Frage zu stellen.
1896 Gleichzeitig müssen wir den Erneuerbaren Energien die Chance geben, Innovationen anzusto-
1897 ßen bzw. weiterzuentwickeln und regenerative Energieträger mit konventionellen Kraftwerken
1898 zu einem sinnvollen Ganzen verzahnen.

1899 Der erfolgreiche Zubau der Erneuerbaren Energien macht nicht nur aus Kostengründen Anpas-
1900 sungen bei konventionellen Kraftwerken notwendig. Aufgrund der noch ausgeprägten Volatili-
1901 tät der Erneuerbaren Energien und den bisher nicht ausreichend vorhandenen Speicherstruk-
1902 turen und -technologien kann auf einen – tendenziell abnehmenden – Erzeugungsbeitrag aus
1903 konventionellen Technologien mittelfristig nicht verzichtet werden. Damit das Zusammenspiel
1904 von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechniken unsere Energieversorgung sichert,
1905 werden wir auch weiterhin moderne Kohle- und Gaskraftwerke benötigen. Dazu sind verlässli-
1906 che Rahmenbedingungen von Nöten, die den Betrieb und den Bau effizienter Kohle- und Gas-
1907 kraftwerke in einem marktwirtschaftlich organisierten Umfeld ermöglichen. Auch der fortge-
1908 setzte Abbau heimischer Braunkohle gehört für die CDU Nordrhein-Westfalen dazu. Unsere
1909 heimischen Braunkohle-Kraftwerke sind grundlastfähig und arbeiten kostengünstig, sie leisten

1910 einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und reduzieren unsere Abhängigkeit von
1911 Energieimporten.

1912 Die CDU setzt sich grundsätzlich für die Erkundung heimischer Rohstoffe ein, insofern sie
1913 wettbewerbsfähig nutzbar sind und mittel- bis langfristig einen Beitrag zur erhöhten Versor-
1914 gungssicherheit und -unabhängigkeit leisten können. Der Schutz der Menschen und der Schutz
1915 unserer Lebensgrundlagen sind dabei jedoch generell höher zu bewerten als wirtschaftliche
1916 Erwägungen.

1917 **Wir wollen die Potenziale der Energieeffizienzverbesserung nutzen**

1918 Die Steigerung der Energieeffizienz bleibt eine entscheidende Säule unserer Energiepolitik.
1919 Potentiale für Maßnahmen gibt es insbesondere im Gebäudebereich. Die CDU Nordrhein-
1920 Westfalen setzt sich deshalb dafür ein, dass hier weitere Maßnahmen umgesetzt und eine
1921 sinnvolle, unbürokratische Förderpolitik eingeführt wird, die auch einen Interessenausgleich
1922 zwischen Eigentümern und Mietern ermöglicht. Zur Steigerung der Energieeffizienz zählt für
1923 uns aber auch, bestehende Fernwärmeinseln in Nordrhein-Westfalen zu einem Fernwärmever-
1924 bund zusammen zu führen. Damit könnten Haushalte von der Kraft-Wärme-Kopplung profitie-
1925 ren und Fernwärme von stromerzeugenden Kraftwerken, Müllheizkraftwerken oder Industrie-
1926 anlagen nutzen.

1927 **Wir brauchen mehr Innovationen, damit Energiewende gelingen kann**

1928 Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für eine Energiepolitik, die einen technologieoffenen
1929 Rahmen schafft, in dem Forschung und Entwicklung ihren Beitrag leisten können. Wir wollen
1930 dabei keine Energieträger oder Technologien bevor- oder benachteiligen. Im Ergebnis führt
1931 dies zu neuen Innovationen und Investitionen. Ziel muss es dabei sein, die Bereiche Speicher,
1932 Infrastruktur, Erzeugung, Verbrauchsoptimierung sowie Fragen eines zukünftigen Marktes
1933 miteinander in Einklang zu bringen. Dabei sollte der Fokus auf einer gesamtsystematischen
1934 Betrachtung liegen, die mit vernetzten regionalen Projekten auf eine kostenverträgliche Ener-
1935 giewende abzielen. Auf diese Weise kann die Energiewende ihren Teil dazu beitragen, Indust-
1936 riearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu sichern und neue zu schaffen.

1937 **Wir brauchen einen europäischen Energiemarkt**

1938 Europa ist in Zukunft mehr als heute gefordert, in der Energie- und Klimapolitik den Rahmen
1939 vorzugeben. Die verschiedenen Instrumente und Ziele der europäischen Energie- und
1940 Klimapolitik müssen dabei gut aufeinander abgestimmt werden, um unerwünschte Effekte und
1941 unnötige Kosten zu vermeiden. Innerhalb des europäischen Rahmens sollen die Mitgliedstaa-
1942 ten weiterhin Flexibilität und eigene Gestaltungsmöglichkeiten behalten. Das Ziel der CDU
1943 Nordrhein-Westfalen ist es, einen europäischen Energiebinnenmarkt zu verwirklichen.

1944 **2. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz: Ein natürlicher Dreiklang**

1945 ***Wir fühlen uns verantwortlich für Gottes Schöpfung***

1946 Für uns Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind Mensch, Flora und Fauna Gottes
1947 Schöpfung. Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, dem vielfältigen Leben auf unserem Pla-
1948 neten mit Respekt zu begegnen und die Schöpfung als Quelle unserer Existenz zu schützen
1949 und zu bewahren. Auch das Gebot der Generationengerechtigkeit verpflichtet uns, eine Welt
1950 zu hinterlassen, die lebenswert ist und Chancen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen
1951 Wohlstands eröffnet.

1952 Aus diesem Grund ist Nachhaltigkeit eines der wichtigsten Prinzipien christdemokratischer
1953 Politik und gilt in besonderem Maße für unsere Umweltpolitik. Wir Christdemokraten betrach-
1954 ten Umweltpolitik als ganzheitliche Aufgabe. Wir sind dabei nicht an ideologische Vorgaben
1955 gebunden und orientieren uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen.

1956 Wir Christdemokraten erachten Nachhaltigkeit und Umweltschutz als gesamtgesellschaftliche
1957 Aufgaben. Politik muss Entscheidungsarchitekturen so gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger
1958 in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zu diesen Aufgaben zu leisten. Wir setzen dabei auf
1959 Dialog, Zusammenarbeit, Anreize sowie Überzeugungskraft und weniger auf Gebote oder gar
1960 Verbote.

1961 ***Bewahrung der Schöpfung ist Aufgabe für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen***

1962 Für die CDU Nordrhein-Westfalen steht der Staat in der Pflicht, den Handlungsrahmen für
1963 einen nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt zu setzen. Den Einzelnen sehen wir wieder-
1964 um in der Verantwortung, durch seine individuellen Entscheidungen bei Konsum, Mobilität,
1965 Wohnen und Freizeit aktiv zum Schutz von Natur und Umwelt beizutragen. Ein großes Poten-
1966 zial erblicken wir darin, die Lücke zwischen Umweltbewusstsein und dem tatsächlichen Verhal-
1967 ten der Menschen zu schließen. Dies kann nur durch Überzeugungsarbeit und Bildung gelin-
1968 gen.

1969 Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der Bildung im Bereich nachhaltiger Entwicklung
1970 ein. Ebenso wollen wir die Forschung in den Umwelttechnologien weiter ausbauen und stär-
1971 ken. Hier bieten sich enorme Potenziale gerade für Nordrhein-Westfalen als Industrie-, aber
1972 auch als Innovationsstandort.

1973 ***Wir wollen neue Technologien nutzen, um unsere Ziele zu erreichen***

1974 Durch moderne Umwelttechnologien kann eine effizientere und nachhaltigere Nutzung der
1975 natürlichen Ressourcen genauso erreicht werden wie eine Reduktion des Ausstoßes umwelt-,
1976 natur- und klimagefährdender Gase und Stoffe. Dies ist der sinnvollste Weg, um unsere ehr-
1977 geizigen Klima- und Umweltschutzziele zu erreichen.

1978 **Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze**

1979 Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Gegensatz. Eine Wirtschaftsordnung,
1980 die nicht auf Nachhaltigkeit setzt, lehnen wir ab. Unsere wirtschaftspolitische Handlungs-
1981 grundlage ist daher das Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Entspre-
1982 chend setzen wir auf marktwirtschaftliche Mechanismen und auf das Vorsorge- und das Verur-
1983 sacherprinzip.

1984 Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft wollen wir weiter stärken, um so zu einem höheren Anteil
1985 an Werkstoffrückgewinnung zu gelangen. So können wir Ressourcen schonen und einen Bei-
1986 trag zum Klimaschutz leisten.

1987 **Globale Probleme erfordern globale Antworten**

1988 Umwelt- und insbesondere Klimaschutz gehen jeden etwas an und müssen deshalb breite
1989 Aufmerksamkeit finden und sich im Verhalten jedes einzelnen Menschen widerspiegeln. Der
1990 Klimawandel hat eine globale Dimension. Deshalb setzt die CDU Nordrhein-Westfalen auf eine
1991 weltweite Klimapolitik. Eine isolierte Klimaschutzpolitik auf Landesebene ist mit Blick auf den
1992 europäischen Emissionshandel und die EU-Klimaschutzziele völlig unwirksam und führt in ers-
1993 ter Linie zu Mehrbelastungen für heimische Haushalte und Unternehmen. Wir lehnen dies
1994 daher ab. Wir erachten eine solche Politik als nicht zielführend, sondern sehen hierin vielmehr
1995 eine Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und auch der Akzeptanz für
1996 umwelt- und klimapolitische Maßnahmen. Weil Nordrhein-Westfalen hochindustrialisiert und
1997 vergleichsweise dicht besiedelt ist, haben wir ein großes Interesse, eventuelle Nutzungskon-
1998 flikte einvernehmlich zu lösen und ambitionierte und realistische Standards europaweit durch-
1999 zusetzen.

2000 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland international weiterhin eine führende Rolle im
2001 Umwelt- und Naturschutz sowie besonders im Klimaschutz einnimmt und für ein gemeinsames
2002 Vorgehen der internationalen Gemeinschaft wirbt. Der Klimawandel ist bereits in Form von
2003 Unwettern, Dürre- oder Dauerregenphasen für uns alle konkret erfahrbar. Unser Ziel ist es,
2004 daran mitzuwirken, dass die Erderwärmung auf ein Minimum begrenzt wird.

2005 **Wir müssen uns bereits heute auf den Klimawandel vorbereiten**

2006 Zugleich gilt es, sich auf die heute bereits wahrnehmbaren und zukünftig denkbaren Folgen
2007 des Klimawandels vorzubereiten. Für uns in Nordrhein-Westfalen bedeutet dies beispielsweise
2008 eine deutliche Verbesserung des Hochwasserschutzes. Zudem müssen wir frühzeitig Schluss-
2009 folgerungen für die heimische Land- und Forstwirtschaft und das Wassermanagement ziehen
2010 und die entsprechenden Akteure dazu befähigen, den sich stellenden Herausforderungen er-
2011 folgreich zu begegnen. Auch unsere Kommunen, die lokale Auswirkungen des Klimawandels
2012 als erste spüren, wollen wir besser vorbereiten und ihre Fähigkeiten, beispielsweise bei der
2013 Bewältigung von Unwetterfolgen, stärken.

2014 **Unser Leitmotiv ist es, die Schöpfung zu bewahren**

2015 Nicht nur Umwelt und Klima, sondern in besonderem Maße auch der Flora und Fauna gilt un-
2016 sere Aufmerksamkeit. Aus Respekt vor der Schöpfung müssen wir verantwortungsvoll und
2017 schonend mit unseren Mitgeschöpfen umgehen. Dem teils dramatischen Artensterben und
2018 dem Verlust an Biodiversität in unserer heimischen Natur wollen wir nicht tatenlos zusehen,
2019 sondern für einen besseren Schutz sorgen. Der Erhalt natürlicher Lebensräume ist deshalb
2020 eines unserer wichtigsten Ziele. Wir wollen die Schutzgebiete, Biotope, Naturparke und den
2021 Nationalpark Eifel erhalten und weiter entwickeln.

2022 **Fläche ist endlich, deshalb muss der Flächenverbrauch reduziert werden**

2023 Boden und Fläche sind endlich und bedürfen deshalb unserem besonderen Schutz. Die CDU
2024 Nordrhein-Westfalen strebt eine Reduzierung des Flächenverbrauchs auf das Nötige an. Vor-
2025 handene Flächenreserven und innerstädtische Baulücken müssen prioritär für bauliche Ent-
2026 wicklungen genutzt werden. Dem Schutz land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen kommt
2027 im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen besondere Bedeutung zu.

2028 **Mensch und Tier brauchen saubere Luft und sauberes Wasser zum Leben**

2029 Ein wichtiges Ziel unserer Umweltpolitik ist es, die Luftqualität zu verbessern. Rußpartikel,
2030 Stickoxide und andere Schadstoffe belasten leider noch immer unsere Luft und verursachen
2031 Gesundheitsschäden. Wir wollen eine weitere Minimierung des Schadstoffausstoßes errei-
2032 chen. Dies kann durch Verbesserung vorhandener Technologien oder neue technologische
2033 Lösungen gelingen. Aus diesem Grund tritt die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, Forschung
2034 und Entwicklung zur Verbesserung der Luftqualität und zur Minderung des Schadstoffaussto-
2035 ßes auszubauen. Maßnahmen, die bisher getroffen wurden, wie beispielsweise die Umweltpla-
2036 kette, gilt es zu evaluieren und entsprechend anzupassen oder aufzugeben.

2037 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, daher muss dem Schutz des Trinkwassers eine hohe
2038 Priorität eingeräumt werden. Wirtschaftliche Interessen müssen hier im Zweifelsfall zurück
2039 treten.

2040 **Auch Tiere sind Geschöpfe Gottes**

2041 Tiere in menschlicher Obhut sind Geschöpfe, die Achtung und einen verantwortungsvollen
2042 Umgang verdienen. Eine am Tierwohl orientierte Haltung von Nutz- und Haustieren, die sich
2043 stets an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet, ist für uns selbstverständ-
2044 lich. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind davon überzeugt, dass auch die kon-
2045 ventionelle Landwirtschaft grundsätzlich mit dem Wohl von Nutztieren vereinbar ist.

2046

2047 **Wir wollen Verbraucher besser aufklären und schützen**

2048 Der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Schutz der Verbraucher ein besonderes Anliegen und
2049 zugleich eine Verpflichtung. Wir sehen ihn als eine Querschnittsaufgabe für viele Teilberei-
2050 che. Nicht nur Lebensmittel, sondern auch weitere Güter des täglichen Bedarfs, Gesundheit,
2051 Finanzdienstleistungen, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nah- und
2052 Fernverkehr sowie viele andere Waren und Dienstleistungen, die für den Endverbraucher be-
2053 stimmt sind, gehören in das Aufgabenfeld des Verbraucherschutzes.

2054 Unsere Verbraucherschutzpolitik folgt dem Leitbild des verantwortlich handelnden Verbrau-
2055 chers. Deshalb wollen wir Transparenz und zuverlässige, sachliche und umfassende Informati-
2056 onen über Produkte und deren Qualität. Wir treten für eine präzisere und verbesserte Kenn-
2057 zeichnung von Produkten ein, um den Verbrauchern die Kaufentscheidung zu erleichtern. Nur
2058 so können Verbraucher ihr Konsumverhalten ökonomisch wie ethisch eigenverantwortlich
2059 gestalten. Die Regelungen und Pflichten müssen stets so ausgestaltet sein, dass sie auch von
2060 kleinen und mittleren Unternehmen unter zumutbarem Aufwand eingehalten werden können.

2061 Besonders Produkte, die in erster Linie von Kindern genutzt werden, müssen höchsten Sicher-
2062 heitsstandards genügen.

2063

VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen

1. Sicherheit im Alltag

Das Gewaltmonopol liegt alleine beim Staat

Zu den staatlichen Kernaufgaben gehört es, die Grundrechte zu sichern, Freiheitsräume zu schaffen und seine Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen vor inneren wie äußeren Gefahren zu schützen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird das Gewaltmonopol des Staates wahren und verteidigen. Unser Rechtsstaat muss die Sicherheit eines jeden Menschen wirksam gewährleisten. Der Schutz seiner Rechte ist zugleich die Wahrung seiner Freiheit. Unsere Politik der Inneren Sicherheit bringt den Freiheitsschutz und die Durchsetzung von Recht und Ordnung in ein angemessenes Gleichgewicht. Der Opferschutz steht für uns immer vor dem Täterschutz.

Das Gefühl der Sicherheit bedeutet Lebensqualität

Das alltägliche Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend für ihre Lebensqualität. Nur derjenige kann wirklich frei leben und sich entfalten, der ohne Angst vor Bedrohungen oder Beeinträchtigungen durch andere ist. Eine hohe polizeiliche Präsenz sowie eine konsequente Strafverfolgung sind die besten Garanten für ein hohes Sicherheitsempfinden aller Bürgerinnen und Bürger. Sicherheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern muss für alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen gewährleistet werden. Auch dies beinhaltet der Grundsatz der Gleichbehandlung vor dem Gesetz.

Die Innere Sicherheit in unserem Land ist zudem Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in unseren Staat haben. Wer die Sicherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz und Legitimität des Staates aufs Spiel. Das für ein demokratisches Gemeinwesen unerlässliche Vertrauen des Einzelnen in den schützenden Staat und seine Kompetenz wird maßgeblich durch die Qualität der Arbeit von Polizei, Ordnungsbehörden, Justiz, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen bestimmt. Nahezu all diese Handlungsfelder fallen im Rahmen des Bund-Länder-Gefüges in die Kompetenz der Länder. Für die CDU Nordrhein-Westfalen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das Land seine Verantwortung annimmt und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen garantiert. Nordrhein-Westfalen darf qualitativ bei der Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger nicht hinter anderen zurückstehen.

Sicherheit muss durch grenzüberschreitende Kooperationen verbessert werden

Kriminalität macht vor den Landesgrenzen keinen Halt. Gerade die organisierte Kriminalität operiert über Landes- wie Bundesgrenzen hinweg. Nordrhein-Westfalen muss daher auch die Zusammenarbeit mit seinen benachbarten Bundesländern und auch mit den Niederlanden und Belgien pflegen und ausbauen. Der nordrhein-westfälische Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

2099 Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert nicht nur eine enge Verzahnung der Sicherheitsbehörden in Deutschland, sondern auch mehr Kompetenzen für die Europäische Union. Wir setzen
2100 uns dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen in bester Partnerschaft mit seinen europäischen
2101 Nachbarn alle Formen und Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in
2102 Sicherheitsfragen voranbringt. Dies gilt für die Polizeiarbeit ebenso wie für Naturkatastrophen,
2103 Großbrände und ähnliche Ereignisse, die nicht an Landesgrenzen Halt machen.
2104

2105 **Wir wollen einen wachsamen Staat**

2106 Wir Christdemokraten wollen einen starken Staat, der sich gegen seine Feinde verteidigt. In
2107 Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für Extremismus, Gewalt und Intoleranz. Unsere im Grundgesetz fest verankerte freiheitlich-demokratische Grundordnung darf von niemandem in Frage
2108 gestellt oder gar bedroht werden. Extremismus, Terrorismus und extremistischer Gewalt, seien
2109 sie politisch oder religiös motiviert, muss sich der Staat entschieden und mit allen rechtsstaatlich gebotenen Mitteln entgegen stellen. Der Radikalisierung junger Menschen und ihrem Abdriften in Rechts- oder Linksextremismus bzw. in Islamismus oder Salafismus muss durch Aufklärung und geeignete Programme vorgebeugt bzw. entgegengewirkt werden.
2110
2111
2112
2113

2114 **Sicherheit setzt Zivilcourage voraus**

2115 Die Gewährleistung und Aufrechterhaltung von Sicherheit ist aber nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sicherheit setzt Zivilcourage voraus. Die
2116 CDU Nordrhein-Westfalen tritt deshalb der Unkultur des Wegschauens entschieden entgegen
2117 und wirbt für Aufmerksamkeit, Mut und Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Ferner setzen wir uns für eine breit angelegte Kriminalprävention durch Polizei, Kommunen, Schulen, Jugend- und Sozialarbeit, Vereine und Verbände ein.
2118
2119
2120

2121 **Wir wollen eine handlungsfähige Polizei und Justiz**

2122 Kriminalitätsbekämpfung kann nur durch die richtige Verbindung und Gewichtung von Strafverfolgung und Prävention gelingen. Wir stehen dafür, dass Kriminalität in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam bekämpft und Kriminelle konsequent verfolgt, überführt und nach
2123 ihrer Tat zeitnah und angemessen verurteilt werden. Rechtsfreie Räume akzeptieren wir nicht.
2124
2125

2126 Polizei und Justiz müssen in die Lage versetzt werden, technisch und personell wirksam gegen Kriminalität vorzugehen. Die schwierige nordrhein-westfälische Finanzlage darf die Qualität und den Umfang der Arbeit von Polizei und Justiz nicht beeinflussen. Sie spornt uns vielmehr
2127 an, die Anstrengungen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität zu erhöhen. Parallel muss
2128 für eine bedarfsgerechte Ausbildung von Nachwuchskräften Sorge getragen werden, denn
2129 Grundlage aller Arbeit von Polizei und Justiz sind gut ausgebildete Beamtinnen und Beamte.
2130
2131

2132 Die unmittelbare Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger wird vorwiegend durch Delikte beeinträchtigt, die zu oft verharmlosend abgetan werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht
2133

2134 dafür ein, dass auch vordergründige „Bagatellen“ eine konsequente Ermittlungsarbeit und an-
2135 schließende Ahndung durch die Justiz erfahren. Ohne wirksames und klares Eingreifen des
2136 Staates bei Phänomenen wie Taschen-, Fahrrad- oder Ladendiebstahl, bei kleineren Sachbe-
2137 schädigungen, Wohnungseinbrüchen, Autoaufbrüchen oder Graffiti-Verunstaltungen gewin-
2138 nen die Menschen den Eindruck der Tatenlosigkeit, des Unvermögens oder der Ignoranz staat-
2139 licher Institutionen. Gleiches gilt für eine Aufweichung der Grenzen für den straflosen Eigen-
2140 besitz von Betäubungsmitteln, die in klarem Widerspruch zur Ausstiegsorientierung der Dro-
2141 genpolitik steht.

2142 Die Täter wiederum verlieren auf diese Weise den gebotenen Respekt vor dem Rechtsstaat
2143 und fühlen sich indirekt zur Verübung schwererer Straftaten motiviert. Immer gleiche Tatmus-
2144 ter und gesellschaftliche Hintergründe rufen uns jedoch im Gegenteil dazu auf, gezielt antwor-
2145 tende Strategien zur Kriminalitätsvermeidung und -bekämpfung zu entwickeln und mit Nach-
2146 druck umzusetzen.

2147 ***Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für Jugendkriminalität***

2148 Die CDU Nordrhein-Westfalen schenkt der Jugendkriminalität besondere Aufmerksamkeit.
2149 Auch wenn die primäre Verantwortung bei den Eltern liegt, sehen wir uns in der Pflicht, durch
2150 frühes und konsequentes Einschreiten, durch staatliche Autorität und das Aufzeigen von
2151 Grenzen sowie durch altersgerechte Maßnahmen junge Straftäter davon abzuhalten, dauer-
2152 haft in die Kriminalität zu rutschen. Ebenso setzen wir uns für die konsequente Einhaltung der
2153 Jugendschutzvorschriften ein. Alkohol, Drogen und gewaltverherrlichende Medien sind eine
2154 Gefahr für Kinder und Jugendliche. Die Bagatellisierung oder gar die Legalisierung von Drogen
2155 lehnen wir strikt ab. Wir setzen vielmehr auf Aufklärung und Prävention sowie Abschreckung
2156 und konsequente Verfolgung. Jenen, die bereits der Sucht verfallen sind, muss medizinische
2157 und soziale Hilfe zukommen. Haftzeiten müssen genutzt werden, um positiv auf junge Straftä-
2158 ter einzuwirken. Vor allem muss eine weitere Kriminalisierung und Radikalisierung verhindert
2159 werden.

2160 ***Das Strafrecht muss an veränderte Realitäten angepasst werden***

2161 Der Rechtsstaat darf auch bei der Weiterentwicklung des Strafrechts nicht verharren, sondern
2162 muss gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen, um an der Seite der Opfer zu sein. Auf
2163 Bundesebene werden wir uns daher dafür einsetzen, dass neue Kriminalitätsformen beispiels-
2164 weise im Internet angemessen strafrechtlich geahndet werden können.

2165 ***Wir wollen unsere Polizei stärken***

2166 Die CDU Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Polizistinnen und Polizisten im Land. Uns
2167 ist bewusst, dass die Innere Sicherheit nur durch eine starke Polizei gewährleistet werden
2168 kann. Wir setzen uns daher für eine technische und personelle Ausstattung der Polizei ein, die
2169 den neuen und wachsenden Herausforderungen gerecht wird.

2170 Angesichts der wachsenden Anforderungen in Gefahrenabwehr und Strafverfolgung bedarf es
2171 einer modernen und praxisnahen Aus- und Fortbildung. Zudem sollte den Nachwuchskräften
2172 der Polizei eine zielgerichtete Spezialisierung schon während der Ausbildung möglich sein.
2173 Hierbei sind auch besondere Bedrohungen und neue Kriminalitätsformen wie Terrorismus,
2174 Links- und Rechtsradikalismus, Islamismus, organisierte Kriminalität oder Delikte im Internet
2175 („Cybercrime“) zu berücksichtigen.

2176 Die Diskussionen darüber, dass sich die Polizei aus Überlastungsgründen aus bestimmten Auf-
2177 gabenfeldern vollständig zurückziehen soll, schaden dem Ansehen unseres Rechtsstaats. Es
2178 bedarf vielmehr einer kritischen Analyse, ob aufgrund innerorganisatorischer Aspekte wie des
2179 vorhandenen Berichtswesens oder ungeeigneter Datenerfassungssysteme nicht zu viele per-
2180 sonelle Ressourcen gebunden und vergeudet werden. Wir wollen Polizeiverwaltungsassisten-
2181 ten einstellen, die administrative Aufgaben übernehmen, so dass sich die Polizeibeamten um
2182 ihre eigentlichen Kernaufgaben kümmern können. Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Be-
2183 hördenarbeit so organisieren, dass Vollzugsbeamte und Tarifbeschäftigte ihren Kompetenzen
2184 entsprechend eingesetzt werden können und beide Gruppen nicht wechselseitig durch den
2185 Zwang zur Übernahme der jeweils anderen Aufgaben gegeneinander ausgespielt werden.

2186 **Wir brauchen klare Zuständigkeiten, um Ressourcen zu schonen**

2187 Wir streben eine klare Ordnung der Zuständigkeiten verschiedener Behörden im Einsatzdienst
2188 an. Dies spart bei Großeinsätzen wie Fußballspielen oder Demonstrationen anderweitig drin-
2189 gend benötigte Ressourcen. Auch bei der Unterstützung der Polizeiarbeit durch technische
2190 Hilfsmittel besteht ein großes personelles Entlastungspotential. Dies gilt gleichermaßen für
2191 die Kriminaltechnik zum Beispiel beim Erkennungsdienst wie auch beim Objektschutz, bei dem
2192 je nach Situation durch Videobeobachtung und weitere Verfahren die Bindung des Einsatzper-
2193 sonals deutlich reduziert werden kann. Auch eine moderate Einbindung geeigneter und seriö-
2194 ser privater Sicherheitsfirmen ist zu prüfen. Diese sind anschließend regelmäßig zu evaluieren.

2195 **Wir stehen für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum**

2196 Die Sicherheitspolitik muss sich vermehrt den Sorgen und dem Sicherheitsbedürfnis der Bür-
2197 gerinnen und Bürger annehmen. Der öffentliche Raum hat allen Menschen in der gleichen
2198 Freiheit und Lebensqualität zur Verfügung zu stehen. Niemand darf sich aufgrund des beein-
2199 trächtigenden Verhaltens anderer ganz oder teilweise aus unseren Innenstädten, Parkanlagen,
2200 von der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder vom Schulweg ausgeschlossen fühlen.

2201 Lokale Akteure und Betroffene wie Einzelhändler oder Wohnungsunternehmen sind folglich
2202 stets in Sicherheitsbelange einzubinden. Wir wollen Sicherheitsaspekte in der Stadtplanung
2203 verbindlich berücksichtigt wissen. Deswegen benötigen wir im öffentlichen Raum, besonders
2204 an Kriminalitätsbrennpunkten, verstärkt den Einsatz von Videokameras, um die Sicherheit un-
2205 serer Bürgerinnen und Bürger besser gewährleisten zu können. Uns ist dabei bewusst, dass
2206 dadurch nicht jede Straftat verhindert werden kann. Aber Kameras schrecken Täter ab und

2207 können einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Straftaten leisten. Allerdings muss die
2208 Überwachung öffentlicher Räume mit Kameras auf eine klare, eindeutige Rechtsgrundlage
2209 gestellt werden.

2210 **Starke Feuerwehren, Rettungsdienste und ein einsatzfähiger Katastrophenschutz**

2211 Jeder Bürger hat im Notfall überall und zu jeder Zeit Anspruch auf schnelle, qualifizierte und
2212 ausreichende Hilfe. Die mögliche Vielfalt von Gefahren und Schadenereignissen ist eine be-
2213 sondere Herausforderung, der wir mit einer ebenso großen Vielfalt an qualifizierten Organisa-
2214 tionen und Hilfskräften begegnen wollen.

2215 Diese Vielfalt erfordert eine besonders gute Verzahnung, Koordination und Leitung. Nord-
2216 rhein-Westfalen benötigt sowohl bei Notfällen und Katastrophen als auch bei der Planung,
2217 Leitung und Aufsicht ein flexibles, klar strukturiertes, einheitliches und bestens etabliertes
2218 Konzept – insbesondere im Katastrophenschutz. Gleiches gilt in Anbetracht der Vielzahl ein-
2219 gebundener Behörden und Organisationen für alle Fragen der Kostenträgerschaft, die schnel-
2220 ler und wirksamer Hilfe niemals im Wege stehen darf.

2221 **Wir wollen Innovationen für einen besseren Gefahrenschutz nutzen**

2222 Die Fortschritte der Technik, insbesondere bei den Kommunikationsmedien und sozialen Me-
2223 dien, bergen große Chancen für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr, zum Beispiel bei der
2224 Warnung der Bevölkerung. Nordrhein-Westfalen braucht eine intensive Forschung und einen
2225 über alle Organisationen angelegten, offenen und breiten Fachdialog, um fortwährend techni-
2226 sche Neuerungen voranzubringen und ihren Mehrwert für den Schutz der Bevölkerung zu rea-
2227 lisieren. Besondere Einsatzerfahrungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Großveranstal-
2228 tungen, bedürfen der konsequenten Auswertung, um die Gefahrenabwehr fortwährend zu
2229 verbessern.

2230 Erfahrungen haben gezeigt, dass zur Abwehr und Verfolgung besonders schwerer Straftaten
2231 wie Terrorismus, Kinderpornographie und Internetkriminalität die Speicherung von Daten über
2232 die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel ein notwendiges und wirksames Mittel ist.
2233 Wir sprechen uns dafür aus, dass im Rahmen des nach höchstrichterlicher Rechtsprechung
2234 Zulässigen auch der Zugriff auf bestimmte Kommunikationsdaten zur Vermeidung und Verfol-
2235 gung von Straftaten gesichert wird und zu diesem Zweck Mindestspeicherfristen festgelegt
2236 werden.

2237 Katastrophenschutz braucht ein starkes und attraktives Ehrenamt. Gefahren kann umso
2238 wirksamer begegnet werden, je besser die Helferinnen und Helfer und auch die Bevölkerung
2239 auf Notsituationen vorbereitet sind. Der Ausbildung der Helferinnen und Helfer ist daher ein
2240 besonderes Augenmerk zu widmen. Dies erfordert ausreichende Übungen und Übungsmög-
2241 lichkeiten, um sich auf alle denkbaren Herausforderungen vorbereiten zu können. Die Bevöl-

2242 kerung muss durch kreative Aufklärungsarbeit damit vertraut gemacht werden, wie sie selbst
2243 Risiken vorbeugen oder Schadenereignissen begegnen kann.

2244 Unser System von Feuerwehr und Hilfsorganisationen basiert entscheidend auf dem Ehren-
2245 amt. Dessen Wertschätzung und Zukunftssicherung verlangt von uns alle denkbaren Anstren-
2246 gungen, damit der Schutz der Bevölkerung gesichert bleibt. Wo neben dem Ehrenamt haupt-
2247 amtliche Strukturen unerlässlich sind, ist ebenfalls an ihrem Erhalt zu arbeiten, denn die Fol-
2248 gen des demografischen Wandels werden auch Feuerwehren und Rettungsdienste betreffen.

2249 **2. Sicherheit 2.0**

2250 Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur erfahren im Zuge der Digitalisierung weiter Lebensberei-
2251 che eine rasante Entwicklung. Epochale Veränderungen prägen die aktuelle Organisation un-
2252 seres Zusammenlebens. Nahezu jeder Lebensbereich ist vom Zeitalter der Digitalisierung be-
2253 troffen. Die CDU Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Herausforderung. Ihr Ziel ist es, die
2254 Rahmenbedingungen der Digitalisierung so zu gestalten, dass die Chancen die möglichen Risi-
2255 ken zum Nutzen der Gesellschaft überwiegen. Gerade der Bereich der Sicherheit unseres Han-
2256 delns im Internet in einer global vernetzten Welt besitzt dabei höchsten Stellenwert. Hierzu
2257 zählen der Schutz von persönlichen Daten sowie sensibler IT-Infrastrukturen.

2258 **Datenschutz durch Wirtschaftsakteure zur Stärkung der Verbraucher**

2259 Die Bedeutung von Werten wie Vertrauen und Verlässlichkeit wird im Zeitalter von Big Data
2260 steigen. Denn nur wer verantwortungsvoll und verlässlich mit den Daten der Menschen um-
2261 geht, wird auf Dauer das Vertrauen der Menschen genießen und in der Gesellschaft sowie in
2262 der Wirtschaft bestehen können. Die heute geltenden Datenschutzstandards in der Wirtschaft
2263 müssen daher im eignen Interesse der Unternehmen gesichert und stetig evaluiert werden.
2264 Der illegale Handel mit Daten ist weiterhin intensiv zu bekämpfen. Unternehmen sollen im
2265 Rahmen ihrer freien Gestaltungsmöglichkeit den bestmöglichen Schutz der Verbraucherdaten
2266 gewährleisten.

2267 **Lösungen global denken**

2268 Die Herausforderungen unserer Zeit können dabei längst nicht mehr nur national oder regio-
2269 nal gedacht werden. Um sie zu lösen, begrüßen wir Christdemokraten das Zusammenspiel re-
2270 gionaler, nationaler und internationaler Ebenen. In diesem Zusammenhang unterstützt die
2271 CDU Nordrhein-Westfalen die Schaffung einer Europäischen Datenschutzverordnung als
2272 Rahmen für die globalen Aufgaben, die im Zuge der weltweiten Vernetzung über die Digitali-
2273 sierung entstehen. Sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer globalen Datenschutzord-
2274 nung, die weltweite Standards festlegt. Nur ein transparenter weltweit rechtlich durchsetzba-
2275 rer Standard verhindert dauerhaft die Aushöhlung von Datenschutzstandards durch einzelne
2276 Staaten oder nichtstaatliche Akteure.

2277 **Eigenverantwortung stärkt den Datenschutz**

2278 Eine wichtige Komponente des Schutzes persönlicher Daten liegt in der Eigenverantwortung.
2279 Die Stärkung der individuellen Kompetenz im Umgang mit den neuen Kommunikationsmedien
2280 hilft beim eigenverantwortlichen Umgang mit persönlichen Daten. Die CDU Nordrhein-
2281 Westfalen will Bewusstsein dafür erzeugen, dass bei all unseren tagtäglichen Aktionen sowohl
2282 in der realen als auch in der digitalen Welt persönliche und geschäftliche Daten entstehen. Mit
2283 diesem Bewusstsein ist ein selbstbestimmter Umgang mit den eigenen Daten in einer global
2284 vernetzten Welt möglich. Dieses Bewusstsein muss bereits im Grundschulalter geweckt wer-
2285 den.

2286 **Persönlichkeitsrechte im Internet stärken**

2287 Die Persönlichkeitsrechte müssen inner- und außerhalb des Internets gelten und rechtlich
2288 durchsetzbar sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich in diesem Zusammenhang auch
2289 für ein „Recht auf Vergessen“ ein. Eine Welt, in der der Mensch zu einem gläsernen Bürger
2290 wird, dessen persönliche Informationen dauerhaft und rund um die Uhr für jedermann recher-
2291 chierbar und missbrauchsfähig sind, steht den Prinzipien der Freiheit und Würde der Persön-
2292 lichkeit entgegen. Eine Welt, in der große datenverarbeitende Konzerne ihr Geschäft damit
2293 machen, Kundendaten mit oft sehr persönlichen Inhalten ohne objektive inhaltliche Kontrolle
2294 zu vermarkten und damit anderen Nutzern, aber auch kommerziellen Geschäftspartnern tiefe
2295 Einblicke in die Privatsphäre, in soziale Netzwerke, Kommunikations- und Konsumverhalten
2296 des einzelnen ermöglichen, ermöglicht weit reichende Kontrolle und Missbrauch und steht
2297 damit den Prinzipien der Freiheit und Würde der Persönlichkeit entgegen. Wir Christdemokra-
2298 ten setzen uns daher für die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung unserer Bürger
2299 ein.

2300 **Abwehr von Cyber-Attacken und (Wirtschafts-)Spionage verbessern**

2301 Die Masse von Daten, die in Sekundenbruchteilen anfällt, weckt Begehrlichkeiten. Daten-
2302 schutz im Zeitalter von Big Data ist abhängig von der technischen Infrastruktur einerseits und
2303 der besseren Software sowie von geschultem Personal zur Abwehr von Angriffen andererseits.
2304 Der Diebstahl von Daten oder die Sabotage von industrieller Produktion im Zeitalter vernetz-
2305 ter Maschinen können enormen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Daher muss der
2306 Bereich der Gefahrenabwehr im Cyberspace gestärkt werden. Für eine schlagkräftige Bekämp-
2307 fung von Cyberkriminalität und Wirtschaftsspionage bedarf es der Stärkung der entsprechen-
2308 den Stellen durch hochqualifiziertes Personal und einer angemessenen technischen Ausstat-
2309 tung. Der frühzeitigen Identifizierung von Angriffen kommt ein hoher Stellenwert zu. Wir be-
2310 fürworten eine internationale Kooperation von Behörden zur Verfolgung der Kriminalität. Die
2311 Möglichkeiten der Digitalisierung sollen zur Abwehr von Hacker- und Sabotageangriffen ge-
2312 nutzt werden und eine bessere internationale Kooperation bei der Gefahrenabwehr ermögli-

2313 chen. Kritische Infrastrukturen, beispielsweise die Bereiche Sicherheit und Landesverteidi-
2314 gung, aber auch Energie, Mobilität und Kommunikation müssen besonders gesichert werden.

2315 **Abwehr terroristischer Bedrohungen sicherstellen**

2316 Die Sicherheit unserer Bürger hat höchste Priorität. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sol-
2317 len daher genutzt werden, um terroristische Bedrohungen zu identifizieren und abzuwehren.
2318 Terroristen bedienen sich der digitalen Welt für ihre verbrecherischen Ziele. Die Überwachung
2319 terroristischer Aktivitäten ist daher auch digital notwendig, um akute Gefahren für Leib und
2320 Leben zu verhindern. Ziel entsprechend durchgeführter Maßnahmen ist das friedliche Zusam-
2321 menleben unserer Bürgerinnen und Bürger in der freiheitlichen Demokratie.

2322 **3. Rechtssicherheit durch eine starke und unabhängige Justiz**

2323 **Wir brauchen eine starke und unabhängige Justiz**

2324 Eine bürgernahe, leistungsfähige und politisch unabhängige Justiz ist für den Rechtsstaat und
2325 einen starken Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unentbehrlich. Paralleljustiz jeglicher
2326 Art lehnen wir entschieden ab. Unser Ziel ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Jus-
2327 tizverfahren, soweit dies ohne Qualitätsverlust und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grunds-
2328 ätze möglich ist. Innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen alle technischen
2329 und organisatorischen Möglichkeiten zur Steigerung von Effizienz und Effektivität genutzt
2330 werden.

2331 Sich häufende Ausbrüche und Entweichungen rufen uns dringend auf, an der Qualität des
2332 nordrhein-westfälischen Strafvollzugs zu arbeiten. Die sichere Unterbringung von Straftätern
2333 schützt die nordrhein-westfälische Bevölkerung. Hierzu benötigt der Strafvollzug eine ausrei-
2334 chende Personalausstattung.

2335 Bei der Ausgestaltung der Haft ist zwingend der Sühnecharakter von Strafe zu berücksichti-
2336 gen. Vollzugslockerungen sind kein Selbstzweck, sondern müssen sich ausschließlich an den
2337 Zielen der Sicherheit, der Resozialisierung und Reintegration in die Gesellschaft ausrichten.
2338 Die Behandlungsangebote des Vollzugs sind auf diejenigen Gefangenen zu konzentrieren, die
2339 bereit sind, an dem Ziel der Vermeidung von Rückfällen mitzuwirken. Wir plädieren außerdem
2340 dafür, die Zahl der Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze für Gefangene in den Justizvollzugs-
2341 anstalten weiter zu erhöhen, weil eine geregelte Erwerbstätigkeit ein besonders Erfolg ver-
2342 sprechendes Mittel ist, erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern.

2343 Zum sicheren Strafvollzug gehört auch die konsequente Bekämpfung von Drogenhandel und
2344 -missbrauch in den Justizvollzugsanstalten. Dazu zählen ausreichende und erprobte Therapie-
2345 angebote ebenso wie regelmäßige medizinische Untersuchungen, der verstärkte Einsatz von
2346 Drogenspürhunden und der Ausschluss vorzeitiger Haftentlassung bei anhaltendem Drogen-
2347 konsum.

2348

VIII. Identitäten, Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen

1. Kultur

Kultur ist ein konstituierendes Element unserer Gesellschaft. Kultur gehört zur menschlichen Existenz und ist Grundlage der Gesellschaft und des Staates. Sie schafft die Voraussetzungen, die Staat und Politik nicht schaffen können, denn stets war und ist es die Kultur, die an die Tradition bisher gültiger Werte und Maßstäbe erinnert und diese neu formuliert und in die Zukunft fortentwickelt. Daher wollen wir Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wieder in einen fruchtbaren Dialog mit den Künsten bringen, wie ihn z.B. die von uns seinerzeit um die Künste erweiterte Akademie der Wissenschaften und der Künste NRW bereits praktiziert.

Unser kulturelles Erbe ist voller Vielfalt

Nordrhein-Westfalen ist ein blühendes Kulturland. Das kulturelle Erbe unseres Landes ist durch die Vielfalt seiner Regionen und die Mannigfaltigkeit der kulturellen Überlieferungen geprägt. Hierzu gehören auch die Gebräuche und Identitäten der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Traditionen zugewanderter Bevölkerungsgruppen und der Austausch mit anderen Kulturen und Völkern. Daher wollen wir die kulturellen Eigenarten unserer Landesteile und ihrer Bewohner erhalten und pflegen. Sie gehören heute zur kulturellen Identität des ganzen Landes.

Alle, die in der Vergangenheit zu uns gekommen sind, haben in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden und ihre kulturellen Werte und Traditionen eingebracht, die zusammen mit der Kultur der Rheinländer, Westfalen und Lipper im Laufe der Zeit ganz selbstverständlich zur Kultur Nordrhein-Westfalens geworden sind.

Es ist nach rund sieben Jahrzehnten gemeinsamer Geschichte nunmehr an der Zeit, sich dieser Geschichte auch in Form einer lebendigen Landesgeschichte zu vergewissern. Landesgeschichte und Landesidentität gehören untrennbar zusammen. Deshalb unterstützt die nordrhein-westfälische CDU den Plan, in Nordrhein-Westfalen ein eigenes Haus der Landesgeschichte zu errichten.

In unserem Land sind Kultur- und Industriegeschichte untrennbar ineinander verwoben. Sie bedingen sich gegenseitig. Dieses Alleinstellungsmerkmal Nordrhein-Westfalens gilt es auch im sogenannten „postindustriellen Zeitalter“ zu erhalten. Wir sind überzeugt, dass die kulturelle Vielfalt zur Lebendigkeit und hohen Lebensqualität in unserem Land beiträgt. Unser Ziel ist es jedoch nicht nur Kunst und Kultur zu erhalten, sondern wir wollen sie auch ausbauen und neue Impulse geben.

2383 ***Kunst und Kultur sind Ausdruck von Persönlichkeit***

2384 Wir sehen Kunst und Kultur als wichtige Form persönlicher Entfaltung und bekennen uns des-
2385 halb zur Freiheit von Kunst und Kultur. Nicht der Staat kann Kultur schaffen, sondern nur seine
2386 Bürgerinnen und Bürger. Die Aufgabe des Staates kann lediglich darin bestehen, die Rahmen-
2387 bedingungen zu setzen und zu verbessern, in denen kulturelles Leben sich entfalten kann. Das
2388 heißt nicht, dass sich der Staat aus der Förderung der Kultur zurückziehen sollte – im Gegen-
2389 teil: Kultur hat für uns Christdemokraten einen förderwürdigen Selbstwert. Sie muss sich nicht
2390 rechtfertigen mit positiven Sekundärwirkungen wie der indirekten Rentabilität von öffentli-
2391 chen Kulturausgaben, ihren standortfördernden Folgen und ihrem Innovationspotential für
2392 Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft. Kultur ist nach der Landesverfassung keine freiwil-
2393 lige Aufgabe, sondern eine Pflichtaufgabe des Landes und der Kommunen. Kulturförderung
2394 kann und darf nicht je nach Kassenlage zur Disposition stehen. Hier sind neue Regelungen zu
2395 treffen, die auch die Kommunalaufsichtsbehörden binden.

2396 ***Wir wollen die Bürgerkultur in Nordrhein-Westfalen stärken***

2397 Die breite kulturelle Beteiligung in Nordrhein-Westfalen zeigt sich an den vielen Orchestern
2398 und Chören der Laienmusik, an den Laienspielgruppen und den Kulturvereinen, am Schützen-
2399 wesen und den Karnevalsvereinigungen. Diese Breitenkultur wird in erster Linie durch ehren-
2400 amtliche Tätigkeit vor Ort aufrechterhalten und geprägt. Sie ist ein tragendes Element des
2401 kulturellen Lebens unseres Landes.

2402 Wir sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, dass wir uns wieder auf die bürgerliche Tradition
2403 besinnen und neue Formen der (Mit-)Trägerschaft der Bürger an ihrer Kultur „vor Ort“ entwi-
2404 ckeln. Das Land muss seine Bürgerschaft motivieren, die Kultur selbst in die Hand zu nehmen,
2405 indem es seine Anstrengungen durch eigene Leistungen ergänzt, unterstützt und honoriert.
2406 Deshalb wollen wir, dass das Land zunehmend dort fördernd tätig wird, wo sich neues bürger-
2407 schaftliches Engagement zu entfalten beginnt. Damit dies gelingen kann, müssen wir die Vo-
2408 raussetzungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring
2409 weiter verbessern.

2410 ***Wir wollen unser kulturelles Erbe besser schützen und Erhalten***

2411 Sammlungen von Kunst- und Kulturgütern, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum öffent-
2412 licher Hände stehen, gehören zu unserer gewachsenen Kulturtradition und sollten daher nicht
2413 veräußert werden. Wichtig ist auch der Erhalt, die Restaurierung und stille wissenschaftliche
2414 Bearbeitung unserer zum Teil verrottenden Bestände der Archive und Museen sowie die Pfl-
2415 ge mündlicher Überlieferungen, Mundarten, Brauchtümer und Traditionen. Angesichts unse-
2416 res kulturellen Reichtums muss dessen Substanzerhalt eine hohe Bedeutung zukommen. Ein
2417 wichtiger Teil unserer Kultur ist die Architektur. Deshalb unterstützen wir die wertvolle Arbeit
2418 des Denkmalschutzes. Nur so kann dieses kulturelle Erbe erhalten und auch für nachfolgende

2419 Generationen sichtbar bleiben. Wir Christdemokraten wollen, dass sich das Land in Zukunft
2420 stärker für den Erhalt von Baudenkmälern einsetzt.

2421 Kulturelle Bildung ist untrennbarer Bestandteil von Bildung Kultur und Bildung sind die
2422 Kehrseiten ein und derselben Medaille. Gerade in unserer digital geprägten Informationsge-
2423 sellschaft kommt es nicht nur auf das pure Wissen und dessen Anwendung an, sondern auch
2424 darauf, sich mit den Sinnen und in der Sprache der Künste beispielsweise der Mimik und Ges-
2425 tik, dem Tanz und Gesang, der Dichtung, der Instrumentalmusik und der Bildenden Kunst aus-
2426 drücken zu können. Deshalb muss der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen als
2427 untrennbarer Bestandteil von Schule eine hohe kulturpolitische Priorität zukommen. Wir un-
2428 terstützen daher ein Bündnis für kulturelle Bildung zwischen Bund, Land, Kommunen und Kul-
2429 turszene, in dem gerade dem Land eine zentrale Rolle zuwächst. Dazu benötigen wir eine neue
2430 kraftvolle Initiative des Landes zur Stärkung der kulturellen Bildung, um die kommunale Kul-
2431 turszene für eine Mitwirkung an dem Bündnis zu gewinnen.

2432 Kulturelle Bildung darf jedoch nicht mit dem Ende der Schulzeit aufhören. Wir werden daher
2433 attraktive Angebote auch für Erwachsene und Senioren schaffen.

2434 Wir wollen eine Kultur von allen für alle Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass
2435 Kultur und kulturelle Bildung allen zugänglich sein muss. Teilhabe an Kultur darf keine Frage
2436 des Alters oder des Geldes sein. Hier sehen wir den Staat und die Kultureinrichtungen gleich-
2437 ermaßen gefragt. Kulturstätten müssen barrierefrei zugänglich sein und mit öffentlichen Ver-
2438 kehrsmitteln erreicht werden können. Zudem muss es Vergünstigungen und spezielle Angebo-
2439 te für Menschen mit geringem Einkommen und für Familien geben.

2440 Wir lehnen es ab, die häufig als „etabliert“ oder „Hochkultur“ bezeichneten, kostspieligeren
2441 Einrichtungen der Theater, Opernhäuser, Orchester, großen Museen etc. und die Einrichtun-
2442 gen der sogenannten „Freien Szene“ gegeneinander auszuspielen. Beide sind gerade in Nord-
2443 rhein-Westfalen Ausprägungen bürgerschaftlicher Kulturträgerschaft. Beide tragen auf jeweils
2444 ihre Weise zu unserem kulturellen Reichtum bei und sind in einem jeweils angemessenen Um-
2445 fang zu fördern.

2446 ***Wir wollen, dass das Land wieder zum Motor der Kulturentwicklung wird***

2447 Die Verdoppelung des Kulturhaushalts des Landes in den Jahren 2005 – 2010 hat der Kultur in
2448 Nordrhein-Westfalen einen starken Schub gegeben. Zahlreiche Initiativen wurden gestartet
2449 und zum Erfolg geführt. Diese Schubkraft ist erlahmt und muss wiederbelebt werden.

2450 ***Ein wichtiger Träger von Kultur ist Sprache***

2451 Noch vor wenigen Generationen wurden in den Regionen unseres Landes unterschiedliche
2452 Dialekte des Niederdeutschen gesprochen. Dieses kulturelle Erbe geht mehr und mehr verlo-
2453 ren. Immer weniger Menschen können den Dialekt ihrer Heimatregion unverfälscht und ak-

2454 zentfrei sprechen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass dieses kulturelle Erbe zum einen auf
2455 Ton-, Film- und Printträgern festgehalten und zum anderen die aktive Pflege des Niederdeut-
2456 schen und seiner Dialekte gefördert wird.

2457 **2. Medien und Kreativwirtschaft**

2458 ***Wir wollen das Medienland Nordrhein-Westfalen stärken und weiterentwickeln***

2459 Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige, starke Medienlandschaft. Der digitale Wandel ist für
2460 diese Medienlandschaft eine große Herausforderung. Traditionelle Strukturen und Ge-
2461 schäftsmodelle stehen auf dem Prüfstand, Zeitungen verlieren an Lesern, Radio und Fernsehen
2462 haben durch das Internet ihre Alleinstellung eingebüßt. Eine moderne Medienlandschaft ist
2463 ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, und Vielfalt und Plura-
2464 lismus sind wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie. Die Herausforderungen der
2465 Informationsgesellschaft können durch eine aktive und zukunftsorientierte Medien- und
2466 Netzpolitik gemeistert werden. Dafür sind Voraussetzungen zu schaffen und Rahmenbedin-
2467 gungen zu definieren, die sich an den ordnungspolitischen und ideologischen Grundüberzeu-
2468 gungen der CDU ausrichten.

2469 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die privaten Fernsehsender und der Hörfunk in Nordrhein-
2470 Westfalen stehen durch Digitalisierung und Konvergenz vor neuen Herausforderungen. Hier
2471 muss eine aktive und gestaltende Politik ansetzen, die der Medienbranche neue Handlungs-
2472 möglichkeiten eröffnet. Mit der starken Telekommunikationsbranche, die Nordrhein-
2473 Westfalen hat, sind ideale Voraussetzungen für eine Medien- und Netzpolitik aus einem Guss
2474 vorhanden, sie muss nur endlich angepackt werden.

2475 Die Herausforderungen der Globalisierung können gerade in der Medien- und Netzpolitik ge-
2476 meistert werden, weil die CDU Nordrhein-Westfalen zugleich wirtschaftsnah und werteorien-
2477 tiert, freiheitlich und sozial verantwortlich, weltoffen und heimatverbunden ist. Das Subsidiari-
2478 tätsprinzip und der Föderalismus dürfen nicht geopfert werden; die Interessen des Nutzers
2479 und die Interessen der Wirtschaft müssen in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander ge-
2480 bracht werden. Für den Nutzer geht es um Vielfalt und Transparenz, für die Wirtschaft um ver-
2481 lässliche Rahmenbedingungen und ein innovatives und kreatives Umfeld.

2482 Nordrhein-Westfalen ist Standort zahlreicher nationaler und regionaler privater wie öffentlich-
2483 rechtlicher Rundfunkanstalten sowie Zeitungs- und Medienhäuser. Die große Vielfalt unserer
2484 Medienlandschaft begreifen wir als Chance. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zu dem
2485 Medienland in Deutschland zu machen. Dazu müssen wir in einer modernen Medienordnung
2486 Anreize für die Weiterentwicklung des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen schaffen. Diese
2487 Medienordnung muss länderbasiert sein, aber sie muss mit dem Bund synchronisiert und vor
2488 allem europäisch abgesichert sein.

2489

2490 ***Wir wollen die Potenziale der Kreativwirtschaft besser nutzen***

2491 Das Potential der Kreativwirtschaft will die CDU Nordrhein-Westfalen fördern und stärken.
2492 Neue Arbeitsfelder bei uns entstehen nur, wenn wir den Anschluss an die internationalen Ent-
2493 wicklungen halten und durch eigenes Handeln neue Möglichkeiten eröffnen. Traditionelle An-
2494 bieter von Medieninhalten, Infrastrukturanbieter und IT-Wirtschaft sind auf neue Impulse an-
2495 gewiesen, die, basierend auf exzellenten Ausbildungsangeboten, in Nordrhein-Westfalen für
2496 eine Aufbruchstimmung sorgen können. Dafür müssen die organisatorischen und regulatori-
2497 schen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht hierin
2498 einen wesentlichen Baustein für den ständig sich weiterentwickelnden Strukturwandel unse-
2499 res Landes.

2500 ***Wir wollen den Film in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen***

2501 Nordrhein-Westfalen ist Filmland. Wir haben eine große Filmkultur und eine breite filmkultu-
2502 relle Infrastruktur mit zahlreichen Produktionsorten, mit renommierten Hochschulen und ei-
2503 ner innovativen Produzentenszene. Mit der Film- und Medienstiftung NRW hat Nordrhein-
2504 Westfalen einen der größten Filmförderer Europas.

2505 Wir Christdemokraten wollen Nordrhein-Westfalen als Filmland weiter ausbauen. Wir wollen,
2506 dass Filmschaffende in Nordrhein-Westfalen sehr gute Voraussetzungen finden und sich bei
2507 uns niederlassen.

2508 **3. Leben in der Stadt**

2509 ***Nordrhein-Westfalen ist das Land der großen Städte***

2510 Unser Land ist durch eine große Dichte von Großstädten geprägt. Die CDU Nordrhein-
2511 Westfalen hat als Volkspartei der Mitte den Anspruch, politische Angebote zu machen, die die
2512 Menschen im urbanen Raum ansprechen.

2513 Großstädte und Metropolregionen sind häufig Vorreiter für sozialen Wandel sowie Schmelz-
2514 tiegel unterschiedlicher Kulturen und Lebensentwürfe. Wir wollen der erste großstadtpoliti-
2515 sche Ansprechpartner für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sein. Wir sehen in der Viel-
2516 falt des Lebens in den Großstädten eine Chance und Bereicherung.

2517 ***Gute Infrastruktur schafft attraktive Lebensräume***

2518 Der Personenverkehr wird in den kommenden Jahrzehnten immer weiter zunehmen. Die Infra-
2519 struktur in unseren Städten gelangt dadurch zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Beson-
2520 ders durch den Berufsverkehr entstehen tagtäglich kilometerlange Staus. Ballungsräume brau-
2521 chen daher einen starken und solide finanzierten Öffentlichen Personennahverkehr, der nicht
2522 an Stadtgrenzen Halt macht. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für eine moderne Mobilitäts-
2523 kultur ein. Wir streben daher ein integriertes Verkehrskonzept auch zwischen Nachbarstädten

2524 an, das alle Mobilitätsformen angemessen fördert, doch besonders einen bezahlbaren ÖPNV.
2525 Außerdem gilt es gerade in Großstädten, die Fahrradfreundlichkeit und Konzepte wie Car-
2526 Sharing oder E-Mobility zu fördern sowie flächendeckend Barrierefreiheit umzusetzen.

2527 Gerade in unseren Großstädten ermöglicht die Dichte des Verkehrs die Verzahnung verschie-
2528 dener Verkehrsträger sowie den Einsatz moderner Technologien und verkehrsträgerübergrei-
2529 fender Datenplattformen, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplanda-
2530 ten informieren. Wir treten dafür ein, dass diese Innovationen stärker genutzt und weiterent-
2531 wickelt werden.

2532 Neben der Verkehrsinfrastruktur nimmt die Bedeutung der digitalen Infrastruktur immer wei-
2533 ter zu. Zugang zu schnellem Internet ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern erhöht
2534 auch die touristische Attraktivität sowie die Lebensqualität. Wir streben daher an, dass in Zu-
2535 kunft in allen öffentlichen Gebäuden sowie an zentralen Plätzen kostenfreies W-LAN zur Ver-
2536 fügung steht.

2537 Die vielfältigen Bedürfnisse von Wohnen, Arbeiten, Lernen und Freizeit stellen besonders die
2538 Stadtplanung vor Herausforderungen. Wir Christdemokraten unterstützen die Ausarbeitung
2539 zukunftsorientierter städteplanerischer Konzepte, die neue Anforderungen in Bezug auf
2540 Nachhaltigkeit, wachsende Mobilitätsbedürfnisse und demografischen Wandel berücksichti-
2541 gen.

2542 Der Bevölkerungsrückgang wird in Nordrhein-Westfalen weiter fortschreiten – bis 2050 wird
2543 das Land voraussichtlich zwei Millionen Einwohner weniger haben als 2011. Der Bevölkerungs-
2544 rückgang betrifft nicht alle Regionen gleichermaßen. Während einige Groß- und Universitäts-
2545 städte bis 2030 noch mit Bevölkerungszuwächsen rechnen können, stehen tendenziell
2546 schrumpfende Städte schon heute vor der Aufgabe, mit sinkenden Steuereinnahmen und
2547 wachsender Verschuldung für weniger Einwohner eine gleichwertig gute Infrastruktur vorzu-
2548 halten. Die CDU setzt sich für eine konstruktive Gestaltung des Wandels ein und begreift die-
2549 sen auch als Chance für die Stadtentwicklung und neue, intensivere Formen der interkommun-
2550 alen Zusammenarbeit.

2551 ***Wir wollen familienfreundliche und bunte Städte***

2552 Unsere Großstädte sind Heimat für viele Kinder, Jugendliche und deren Familien. Die CDU
2553 Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit ein wichtiger
2554 Standort- und Wettbewerbsvorteil, vor allem aber die Grundlage für eine hohe Lebensqualität
2555 ist. Deshalb treten wir für eine solide finanzielle Basis unserer Kommunen ein, so dass fami-
2556 liengerechte und -fördernde Angebote sowie eine familienfreundliche Infrastruktur aufrecht-
2557 erhalten bleiben können. Auch das Leben älterer Menschen gestaltet sich im urbanen Raum
2558 oftmals anders als auf dem Land. Familiäre und soziale Netze sind loser, die Gefahr von Ver-
2559 einsamung ist größer. Dieser Entwicklung wollen wir durch eine verstärkte Einbindung älterer
2560 Menschen in Nachbarschaften, durch geeignete Wohnformen und ein angepasstes Quartiers-
2561 management entgegenreten.

2562 Einer Gentrifizierung unser Städte und Quartiere treten wir entschieden entgegen. Städte
2563 leben von der Vielfalt einer in jeder Hinsicht gemischten Bevölkerung. Segmentierungen nach
2564 ökonomischen, sozialen, ethnischen oder sonstigen Gesichtspunkten lassen Städte in unver-
2565 bundene Einzelbestandteile zerfallen und lösen die Klammer einer gesamstädtischen Solidari-
2566 tät und Identität auf. Ihnen ist daher rechtzeitig zu begegnen. Wir Christdemokraten wollen
2567 keine sozialen Brennpunkte in unseren Städten und werden Entwicklungen in diese Richtung
2568 durch aktivierende Arbeitsmarktpolitik, durch gute Bildung, attraktive Stadtplanung und sozia-
2569 le Projekte verhindern.

2570 Ein wichtiger Baustein zur Sicherung der städtischen Vielfalt sind bezahlbare Mieten. Wir wol-
2571 len gemeinsam mit den Entscheidungsträgern vor Ort Konzepte entwickeln, um das Angebot
2572 an bezahlbarem Wohnraum zu erhöhen.

2573 **4. Leben im ländlichen Raum**

2574 **Nordrhein-Westfalen ist Land attraktiver ländlicher Räume**

2575 Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land mit starken Regionen. Neben den urbanen Zen-
2576 tren steht Nordrhein-Westfalen auch für wunderschöne Landschaften und ländliche Struktu-
2577 ren. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich ausdrücklich zum ländlichen Raum, in dem
2578 knapp die Hälfte der Bevölkerung lebt. Rund 80 Prozent der Landesfläche sind Gebiete mit
2579 überwiegend ländlicher Raumstruktur.

2580 Über Jahrhunderte hinweg haben die Menschen im ländlichen Raum eine lebens- und liebens-
2581 werte Kulturlandschaft erschaffen und ihn zu einem attraktiven Ort des Lebens gemacht. Die-
2582 se Strukturen ziehen auch viele Unternehmen an, die sich bewusst für den ländlichen Raum
2583 entschieden haben, weil sie dort gute Produktionsbedingungen, stabile soziale Verhältnisse
2584 sowie hoch qualifizierte und motivierte Beschäftigte vorfinden. Weltweit bekannte Marktfüh-
2585 rer wie auch kleine und mittelständische Unternehmen liefern aus dem ländlichen Raum Nord-
2586 rhein-Westfalens in alle Welt. Es gilt, die Attraktivität des ländlichen Raums für Unternehmen
2587 zu erhalten bzw. auszubauen.

2588 **Wir wollen Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärken**

2589 Die Land- und Forstwirtschaft bleibt eine identitätsstiftende Kernbranche des ländlichen
2590 Raums. Zusammen mit dem vor- und nachgelagerten Bereich und der Nahrungsmittelwirt-
2591 schaft bildet die Land- und Forstwirtschaft einen starken Wirtschaftsfaktor, der erheblich zur
2592 Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung beiträgt. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für
2593 eine moderne, unternehmerische und zugleich bäuerliche Landwirtschaft und sieht sich als
2594 verlässlicher Partner der Bäuerinnen und Bauern im Land.

2595 Wir bejahen die Unverzichtbarkeit der heimischen Landwirtschaft für eine Versorgung der
2596 Verbraucherinnen und Verbraucher mit regionalen, gesunden, kontrollierten und entspre-
2597 chend sicheren Lebensmitteln und wollen die regionale Vermarktung weiter stärken.

2598 Land- und Forstwirte haben die wichtige Aufgabe, die Schöpfung zu pflegen und zu bewahren.
2599 Wir erkennen die vielfältigen Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft im Hinblick auf Um-
2600 welt-, Natur- und Landschaftspflege sowie die Energiewende und treten für eine wirkungsvolle
2601 Unterstützung ein. Auch aus diesem Grund stehen wir für den Erhalt landwirtschaftlicher
2602 Nutzflächen und streben eine Reduzierung des Flächenverbrauchs sowie eine vornehmliche
2603 Nutzung kommunaler wie privater Brachflächen an. Beim Flächenausgleich setzen wir auf
2604 Qualität statt Quantität. Statt großflächiger Ausgleichsmaßnahmen wollen wir einen qualita-
2605 tiven Ausgleich beispielsweise durch die Aufwertung und Pflege bestehender Naturschutzge-
2606 biete oder aber einen finanziellen Ausgleich, beispielsweise zur Renaturierung von Industrie-
2607 brachen.

2608 Die CDU Nordrhein-Westfalen lehnt unverhältnismäßige, fachlich unbegründete und aus-
2609 schließlich ideologisch hergeleitete Eingriffe in die Arbeits- und Erzeugungsweise unserer
2610 Land- und Forstwirte durch das Land ab. Ebenso stellen wir uns gegen Vorschriften und Regu-
2611 lierungen des Landes, die über das Maß nationaler oder europäischer Regulierung hinausge-
2612 hen und so unsere heimische Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb benachteiligen.

2613 Die Jagd ist ein wichtiger Bestandteil unseres gelebten Kulturguts. Wir erkennen das große
2614 Engagement der Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen für unsere Gesellschaft sowie
2615 für den Arten- und Naturschutz an.

2616 **Unsere ländlichen Räume brauchen Entwicklungsperspektiven**

2617 Wir wollen lebenswerte ländliche Räume mit klaren Entwicklungsperspektiven. Uns ist be-
2618 wusst, dass die ländlichen Räume nur dann eine Zukunft haben, wenn man auf die Herausfor-
2619 derungen von morgen schon jetzt die richtigen und weichenstellenden Antworten findet. Vor
2620 allem der demografische Wandel stellt den ländlichen Raum vor zahlreiche Probleme. Als Par-
2621 tei, die sich der Bevölkerung in ländlichen wie in städtischen Regionen gleichermaßen ver-
2622 pflichtet fühlt, setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen weiterhin für eine Gleichwertigkeit,
2623 nicht Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen wie im urbanen Raum ein und will
2624 diese auch unter den Bedingungen des umfassenden demografischen Wandels sicher stellen.
2625 Hierzu gehört auch die Gleichwertigkeit des kulturellen Angebots und der kulturellen Teilhabe
2626 im ganzen Land.

2627 Vor allem aber gilt es, eine gute Verkehrsinfrastruktur und einen flächendeckenden öffentli-
2628 chen Nahverkehr aufrechtzuerhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt regionale
2629 Konzepte wie Bürger- oder Taxibusse ausdrücklich. Auch die Nahversorgung mit Einkaufsmög-
2630 lichkeiten, Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuung muss gewährleistet sein, um die hohe
2631 Lebensqualität in den ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten. Eine besondere Herausforde-
2632 rung liegt hier in dem Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Ein gut ausgebaut-
2633 es Breitbandnetz wird immer mehr zum entscheidenden Standortfaktor für Betriebe und
2634 Haushalte. Eine umfassende digitale Teilhabe in allen Landesteilen sollte selbstverständlich

2635 sein. Aus diesem Grund muss der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum massiv
2636 vorangetrieben werden.

2637 In den ländlichen Teilen unseres Landes haben viele Mittelständler ihren Sitz, die in ihrem Be-
2638 reich zum Teil weltweit führend sind. Die meisten industriellen Arbeitsplätze entstehen mitt-
2639 lerweile bei diesen Unternehmen im ländlichen Raum. Wir Christdemokraten wollen diese Un-
2640 ternehmen stärken, indem wir die Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen erlauben, zu
2641 prosperieren, zu expandieren und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

2642 **Der ländliche Raum braucht starke Kommunen**

2643 Wir wollen Kommunen im ländlichen Raum unterstützen, damit diese effektiv in der Lage sind,
2644 ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Sie müssen dafür finanziell angemessen ausge-
2645 stattet sein. Vor Ort erbrachte Konsolidierungsbemühungen in den eigenen Kommunalhaus-
2646 halten müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch dort zu Gute kommen. Für eine auskömmli-
2647 che Gemeindefinanzierung ist das Land zuständig.

2648 Wir wollen, dass Kommunen auch zukünftig Entwicklungspotentiale erschließen können. Dazu
2649 gehört auch die Möglichkeit, die Ansiedelung von Unternehmen oder die Ausweisung von
2650 Wohngebieten zu ermöglichen. Hierbei ist jedoch stets auf eine Minimierung des Flächenver-
2651 brauchs hinzuwirken. Innenentwicklung hat klare Priorität.

2652

IX. Starke Bürger, starkes Engagement

1. Ehrenamt

Unsere Gesellschaft wird erst durch das Ehrenamt lebendig

Der Mensch ist von Natur aus ein soziales, auf Gemeinschaft hin angelegtes Wesen, zur Solidarität fähig und verpflichtet. Von der Familie über die Nachbarschaft, das Ehrenamt, Vereine und Initiativen bis hin zu den Kirchen und religiösen Gemeinschaften gibt es viele soziale Orte und Institutionen, in denen täglich Solidarität gelebt wird. Wir wollen diese gelebte Solidarität fördern und stärken und setzen uns für eine aktive Gesellschaft von engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein.

Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um den großen Wert gesellschaftlichen Engagements und Miteinanders. Im Ehrenamt wird Mitmenschlichkeit, soziale Verantwortung und Demokratiebewusstsein manifest. In der Übernahme gegenseitiger Verantwortung drückt sich persönliche und gesellschaftliche Freiheit aus, sie verbindet die Menschen miteinander und reduziert so Distanzen. Bürgerschaftliches Engagement macht unsere Gesellschaft reicher und lebenswerter. Der Einsatz der Bürger kann durch nichts ersetzt werden. Dies gilt gerade in Zeiten, in denen familiäre und soziale Bindungen loser werden und das gesellschaftliche Miteinander sich insgesamt anonymer und unübersichtlicher gestaltet.

Wir wollen die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements stärken

Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements trägt entscheidend zur Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt identitätsstiftend. Vor allem das in allen gesellschaftlichen Schichten hineinreichende Vereinsleben macht Nordrhein-Westfalen lebens- und liebenswert. Die Vielzahl der Vereine und Initiativen im sozialen, sportlichen, kulturellen, ökologischen und geselligen Bereich bilden einen der größten Reichtümer unseres Landes.

Wir wissen und wollen, dass jeder Einzelne einen Beitrag hierzu leisten kann, egal ob jung oder alt, erwerbslos oder erwerbstätig, Mann oder Frau. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wollen wir ältere Menschen in besonderer Weise für bürgerschaftliches Engagement gewinnen. Ihre Lebenserfahrungen und Kompetenzen bergen ein enormes Potential, das erschlossen werden muss.

Wir begrüßen auch die vielfältigen Initiativen zur Gründung von Bürgerstiftungen, privaten Stiftungen und Fördervereinen in unserem Land. Sie sind ein Ausdruck von Mitmenschlichkeit und fördern unter anderem die kulturelle Vielfalt, breite Bildungschancen und eine innovative Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste, die Menschen für unsere Gesellschaft leisten, in besonderer Weise

2689 anerkannt und gewürdigt werden. Wer sich für die Gemeinschaft einsetzt, darf hierdurch kei-
2690 nen Nachteil erleiden.

2691 Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die Begrenztheit staatlicher Handlungsmöglichkeiten
2692 in einem intakten Gemeinwesen. Aus diesem Grund wollen wir, dass der Staat lediglich den
2693 Rahmen für ein vielgestaltiges gesellschaftliches Leben setzt. Diesen Rahmen auszufüllen ist
2694 Aufgabe und Chance der gesellschaftlichen Akteure. Nur so können die Bedürfnisse und Vor-
2695 stellungen der Menschen umfassend berücksichtigt werden. Wir setzen uns daher dafür ein,
2696 dass staatliche Regulierungen und Vorgaben, die bürgerschaftliches Engagement erschweren,
2697 konsequent abgebaut werden.

2698 Ehrenamtliches Engagement muss nach Kräften unterstützt und gefördert werden. Der Staat
2699 darf sich jedoch nicht aus Bereichen zurückziehen, die zu seinen genuinen Aufgaben gehören,
2700 und bürgerschaftliches Engagement einfordern, um diese Lücke zu schließen.

2701 ***Wir wollen den Wandel des Ehrenamts als Chance begreifen***

2702 Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten bieten neue Chancen gesellschaftlichen Enga-
2703 gements und politischer Mitwirkung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass
2704 diese Potentiale stärker genutzt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern Gestaltungsmög-
2705 lichkeiten und Eigenverantwortung zurück zu geben. Wir wissen, dass die Bereitschaft, sich zu
2706 engagieren, nach wie vor hoch ist. Gleichzeitig erleben wir einen tiefgreifenden Wandel. Dauer-
2707 hafte Mitgliedschaften und anhaltendes Engagement gehen stark zurück, während punktuell-
2708 es, situatives Engagement in konkreten, oft zeitlich überschaubaren Projekten sehr hoch ist.
2709 Die CDU Nordrhein-Westfalen begreift diesen Wandel als Chance. Gleichzeitig wissen wir um
2710 die hiermit einhergehenden Herausforderungen beispielsweise für die Freiwilligen Feuerweh-
2711 ren und für Kirchengemeinden, vor allen Dingen aber auch für die Politik. Politik im demokrati-
2712 schen Staat lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Nur so kann
2713 eine enge Verbindung und ein stetiger Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ih-
2714 ren demokratischen Repräsentanten aufrechterhalten werden. Es wird jedoch immer schwieri-
2715 ger, junge Menschen für ehrenamtliche Arbeit in Parteien zu gewinnen. In der Folge wird es in
2716 absehbarer Zeit zu einer Herausforderung, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für poli-
2717 tische Mandate, insbesondere auf der kommunalen Ebene, zu finden. Wir wissen um diese
2718 Herausforderung und setzen uns mit aller Kraft dafür ein, junge Menschen für Politik zu be-
2719 geistern und zu politischem Engagement zu bewegen. Dazu gehört jedoch unverzichtbar eine
2720 gelebte Vorbildkultur der in der Verantwortung stehenden politischen Repräsentanten.

2721 **2. Kirchen und Religionsgemeinschaften**

2722 ***Glaubens- und Religionsfreiheit sind unveräußerliche Grundrechte***

2723 Die Religions- und Glaubensfreiheit wird durch unser Grundgesetz garantiert und geschützt.
2724 Wir Christdemokraten stehen dafür ein, dass der Glaube nicht nur im Privaten stattfinden

2725 kann, sondern auch und gerade in der Öffentlichkeit gelebt werden darf. Hierzu gehört, dass
2726 die Kirchen und Religionsgemeinschaften entsprechend ihres Sendungsauftrages für ihre
2727 Weltanschauungen werben dürfen. Auch das Recht auf würdige und angemessene Räumlich-
2728 keiten des Gottesdienstes und der Religionsausübung wie Kirchen, Synagogen und Moscheen
2729 sind Ausdruck der Religionsfreiheit und gehören somit in den öffentlichen Raum. Wir wenden
2730 uns mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen, Religion und Glauben aus dem Alltag zu
2731 verdrängen.

2732 **Unser Land braucht starke Kirchen**

2733 Die Kirchen leisten zudem einen wertvollen und prägenden Beitrag zum kulturellen Leben in
2734 unserem Land. Viele kulturhistorische Schätze werden von den Kirchen gepflegt und für nach-
2735 folgende Generationen erhalten. Wir sehen es als wichtige Aufgabe von Staat und Zivilgesell-
2736 schaft an, unsere christlich-kulturellen Wurzeln und Zeugnisse zu erhalten und zu pflegen. Zu
2737 Nordrhein-Westfalen und seiner Identität gehört das christliche Leben, welches insbesondere
2738 in den kirchlichen Feiertagen und Festen seinen Ausdruck findet. Wir unterstützen daher alle
2739 kirchlichen und gesellschaftlichen Initiativen, die darauf gerichtet sind, Feste und Bräuche wie
2740 unsere Advents- und Weihnachtsmärkte, Sankt-Martins-Feiern, Prozessionen und Umzüge
2741 sowie Pfingst- und Osterbräuche zu erhalten und den Glauben sichtbar zu machen.

2742 Die Kirchen sind ein wichtiger Partner der Menschen und der Politik. Die CDU Nordrhein-
2743 Westfalen spricht sich dafür aus, das besondere Verhältnis von Staat und Kirche in Deutsch-
2744 land, die kooperative Trennung beider Bereiche, in seinen wesentlichen Grundzügen unverän-
2745 dert beizubehalten. Hierzu gehört das kirchliche Arbeitsrecht mit eigenen Mitbestimmungsre-
2746 geln, der Stellenwert der Kirchen im Bereich von Kindergärten, Schulen, dem Gesundheitswe-
2747 sen, der Pflege und Militärseelsorge, die Mitbestimmung der Kirchen und Religionsgemein-
2748 schaften in gesellschaftlichen Gremien (w. z. B. dem WDR-Rundfunkrat) sowie der Einzug der
2749 Kirchensteuer durch staatliche Steuerbehörden gegen Erstattung des Verwaltungsaufwandes.
2750 Die Kirchen sind ein wichtiger Partner des Staates und nehmen wesentliche Aufgaben vor al-
2751 lem in der schulischen Bildung und Kindererziehung sowie in der Gesundheitsversorgung,
2752 Krankenpflege und Seniorenbetreuung wahr, die der Staat nicht in gleicher Weise oder nur mit
2753 einem hohen zusätzlichen Kostenaufwand ausfüllen könnte.

2754 Vor allem Sozialdienste wie Diakonie und Caritas verkörpern die gelebte christliche Nächsten-
2755 liebe. Zahlreiche haupt- wie ehrenamtlich Engagierte unterstützen die Bedürftigen und in Not
2756 Geratenen in unserer Gesellschaft mit zahlreichen Angeboten.

2757 **Wir wollen das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen stärken**

2758 Unsere abendländische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und erst recht aufgrund der
2759 Shoa sind wir in besonderer Weise mit den Menschen jüdischen Glaubens verbunden und se-
2760 hen uns dem jüdischen Glauben gegenüber in einer besonderen Verantwortung. Wir sind
2761 dankbar dafür, dass das jüdische Leben zwischen Rhein und Weser seit dem Ende des Zweiten

2762 Weltkriegs und der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wieder stetig zugenommen hat.
2763 Die CDU Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft Sorge dafür tragen, dass die Ausübung der
2764 jüdischen Religion in Deutschland staatlich besonders gefördert, unterstützt und wo notwen-
2765 dig geschützt wird. Die jüdischen Gemeinden Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie die Syna-
2766 gogengemeinde Köln sind uns wichtige Partner, um das jüdische Leben in Nordrhein-
2767 Westfalen zu stärken und den kulturellen wie politischen Austausch mit Israel zu intensivieren.
2768 Der in christdemokratischer Regierungszeit wieder belebte Jugendaustausch mit Israel muss
2769 ausgebaut und gerade auch für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte geöffnet werden.

2770 **Der Islam ist Teil unserer Gesellschaft**

2771 Mit den Arbeitnehmern aus der Türkei und später auch aus anderen islamisch geprägten Län-
2772 dern sind zunehmend auch Menschen muslimischen Glaubens nach Nordrhein-Westfalen ge-
2773 kommen, hier heimisch geworden und teilweise deutsche Staatsbürger geworden. Wir erken-
2774 nen die Leistungen unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Gesell-
2775 schaft und für sie ausdrücklich an. Sie sind mit ihrem Glauben und religiösem Leben Teil von
2776 Nordrhein-Westfalen. Wir fördern daher die Zusammenschlüsse islamischer Institutionen in
2777 Zentralverbänden, um Ansprechpartner für Gesellschaft und Politik zu haben und so das mus-
2778 limische Leben stärker in die Gesellschaft einbinden zu können. Hierzu gehört für uns unter
2779 anderem die Ausbildung islamischer Religionslehrer in deutscher Sprache und unter deutscher
2780 Schulaufsicht sowie mittelfristig die Etablierung muslimischer Wohlfahrtsverbände.

2781 **Religions- und Glaubensfreiheit sind uns ein wichtiger Wert**

2782 Viele weitere Religionsgemeinschaften und religiöse Gemeinschaften tragen zur individuellen
2783 Sinnstiftung und zur Stabilisierung unseres Staatswesens bei. Die im Grundgesetz verfasste
2784 Religionsfreiheit ermöglicht jedem, sich nicht nur den Kirchen und großen religiösen Strömun-
2785 gen, sondern auch kleinen Gemeinschaften anschließen zu können.

2786 **Sekten und religiöser Radikalismus haben in Nordrhein-Westfalen keinen Platz**

2787 Entschieden bekämpfen wir aber den Einfluss von Sekten und Psychokulten, insbesondere auf
2788 Kinder und Jugendliche. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass nicht die Sinnstiftung im Vor-
2789 dergrund steht, sondern der unbedingte Gehorsam gegenüber einem religiösen Führer, der
2790 Druck auf Ausstiegswillige sowie das Bestreben, aus den Glaubenshoffnungen der Menschen
2791 Profit zu schlagen. Auch wenden wir uns gegen radikale religiöse Strömungen, die nicht fried-
2792 fertig sind und Intoleranz gegenüber Anders- und Nichtgläubigen predigen oder sogar prakti-
2793 zieren.

2794 **Die CDU Nordrhein-Westfalen ist offen für Menschen jeden Glaubens**

2795 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Volkspartei der Mitte und als solche attraktiv für alle,
2796 Christen wie Nichtchristen, Agnostiker und Atheisten, die sich mit unserer vom christlichen

2797 Menschenbild geprägten Programmatik identifizieren können und lädt alle zur aktiven Mitar-
2798 beit ein.

2799 **3. Sport**

2800 **Nordrhein-Westfalen ist Sportland**

2801 Der Sport trägt erheblich zu Lebensqualität unseres Landes bei. Er besitzt eine hohe Integrati-
2802 onskraft und fördert die Gesundheit der Menschen und soziale Beziehungen gleichermaßen.
2803 Sport ist ein wichtiger Faktor der Freizeitgestaltung, er eint, bildet, aktiviert, begeistert und
2804 integriert. Durch den sportlichen Wettbewerb, in dem Toleranz, Fairness, Leistung und Ver-
2805 antwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer gefragt sind, trägt der Sport we-
2806 sentlich zu einem friedlicheren Miteinander in unserer Gesellschaft und der Welt bei.

2807 Sport ist generationenübergreifend und verbindet Menschen mit und ohne Behinderung, un-
2808 terschiedlicher sozialer Herkunft und aller Nationalitäten.

2809 **Wir wollen den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig unterstützen**

2810 Sport und Bewegung sind für die körperliche und geistige Entwicklung von großer Bedeutung,
2811 insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund befürworten wir eine frühe
2812 Ausbildung der Motorik, die bereits im Kindergarten erfolgen sollte. Die CDU Nordrhein-
2813 Westfalen setzt sich dafür ein, dass Sportunterricht in Schulen ein breiter Raum gegeben wird.
2814 So sollen Schülerinnen und Schüler auch dazu motiviert werden, weitere sportliche Angebote
2815 in Sportvereinen nach eigenen Interessen und körperlichen Möglichkeiten wahrzunehmen.
2816 Der Ausbau von Sportschulen muss daher fortgesetzt und der Schulunterricht so gestaltet
2817 werden, dass Wettkampf- und Leistungssport für Kinder und Jugendliche weiterhin möglich
2818 bleiben.

2819 Aber nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene sollen zu einer höheren
2820 sportlichen Betätigung aktiviert werden. In einer alternden Gesellschaft bedarf es zunehmend
2821 eines alters- und bedarfsgerechten Sportangebots für Seniorinnen und Senioren. Auch sportli-
2822 che Leistungen von Menschen mit Behinderungen sind ein Ausdruck von starkem Willen und
2823 Einsatz. Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung, Sport zu treiben, müssen daher erwei-
2824 tert werden. Unser Ziel ist es, barrierefreie Zugänge zu Sportstätten zu gewährleisten.

2825 **Der Sport lebt vom Ehrenamt in unseren Sportvereinen**

2826 Das Fundament des Sports in Nordrhein-Westfalen sind unsere Sportvereine und die dort eh-
2827 renamtlich Engagierten. Ohne sie wäre eine Aufrechterhaltung des attraktiven Sportangebots
2828 in der Breite nicht möglich. Leider sind gerade die ehrenamtlichen Tätigkeiten in den letzten
2829 Jahren zurückgegangen. Es ist das Ziel der CDU Nordrhein-Westfalen, wieder mehr Menschen
2830 für ein Engagement im Sport zu gewinnen und zu begeistern. Dazu gehört vor allem auch eine
2831 höhere Anerkennung ihrer Arbeit.

2832 Zudem brauchen die Vereine Planungssicherheit. Dies gilt für den Breiten- und Leistungssport
2833 gleichermaßen. Deshalb muss die Sportförderung des Landes auch in Zukunft erbracht und
2834 langfristig gesichert werden.

2835 **Als Sportland brauchen wir gute und vielfältige Sportstätten**

2836 Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruktur bilden die Voraussetzungen für das
2837 Sporttreiben in Breite und Spitze. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für nachhaltige
2838 Strukturen unserer Sportstätten sowohl für den Schul- und Breitensport als auch für den Leis-
2839 tungssport ein. Zudem müssen Weiterbildungsmöglichkeiten von haupt- und ehrenamtlichen
2840 Trainern gewährleistet werden, um die Qualität des Leistungs- und Breitensports zu sichern.
2841 Zudem setzen wir uns für eine angemessenere Bezahlung der hauptamtlichen Trainerinnen
2842 und Trainer ein.

2843 **Wir sind stolz auf unseren Leistungssport**

2844 Unser Ziel ist es, die Talententwicklung in Schulen, im Leistungssport und im Verbandssystem
2845 voranzutreiben. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Leistungsprinzip im Sport.
2846 Spitzensport übt eine wichtige Vorbildfunktion für den Breitensport aus.

2847 Der Leistungssport hat in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Stellenwert und brachte be-
2848 reits eine Vielzahl von deutschen Meistern, Europameistern, Weltmeistern und Olympiasie-
2849 gern hervor, die das Ansehen unseres Landes steigern. Wir sind stolz auf unsere Sportlerinnen
2850 und Sportler in allen Disziplinen. Ihr Erfolg trägt maßgeblich zur Identifikation der Menschen
2851 mit unserem Land bei.

2852 Für die bestmögliche Sportentwicklung ist ein Zusammenwirken von Politik, Sportvereinen-
2853 und Verbänden, öffentlicher Verwaltung sowie der Wirtschaft erforderlich. Dies dient auch der
2854 besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium mit Leistungssport, die für ein erfolgreiches
2855 Sportland Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist.

2856 Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich entschieden gegen jede Form des Dopings aus.
2857 Doping darf im Sport keine Rolle spielen. Es schädigt die Athletinnen und Athleten, zerstört
2858 den Wettbewerb und täuscht die Mitstreiter. Die erfolgreiche Bekämpfung des Einsatzes von
2859 Doping muss zum Erhalt der sportlichen Grundwerte gewährleistet sein.

2860

2861 **X. Nordrhein-Westfalens Platz in Europa und der globalisierten Welt**

2862 **Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Europapartei**

2863 Die Europäische Integration ist die größte politische Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts
2864 und der Schlüssel dazu, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu meistern.

2865 Eine Wiege des gemeinsamen Europas steht in Nordrhein-Westfalen. Schließlich waren es der
2866 nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold und der erste Bundeskanzler Konrad
2867 Adenauer, die das Ziel eines europäischen Bundesstaats zusammen mit europäischen Christ-
2868 demokraten wie Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Joseph Bech mutig eingeleitet und
2869 vorangetrieben haben. Nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege wurde mit der Euro-
2870 päischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Grundstein für eine Neugestaltung Europas
2871 gelegt und ein Prozess begonnen, der die Völker Europas zusammengeführt und uns Frieden,
2872 Freiheit, Sicherheit und Wohlstand beschert hat. Die christliche Demokratie war von Beginn an
2873 die treibende Kraft der Europäischen Integration und ist es noch immer. Wir werden dafür ar-
2874 beiten und kämpfen, dass sie weiter positiv verläuft. Der Europagedanke ist Teil unserer politi-
2875 schen Identität.

2876 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Europapartei im Land. Für uns ist der Europäische Eini-
2877 gungsprozess Herzenssache. Wir halten am Ziel der Vollendung der Europäischen Union fest.
2878 Europa muss zusammenwachsen, weil es zusammen gehört. Die Bürgerinnen und Bürger der
2879 Europäischen Union teilen nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sie teilen auch eine ge-
2880 meinsame Werteordnung, gemeinsame Traditionen und eine gemeinsame kulturelle Identität.
2881 Die religiösen, ideen- und geistesgeschichtlichen Fundamente verbinden die Völker Europas
2882 über alle nationalen, sprachlichen, politischen und kulturellen Unterschiede hinweg. Die CDU
2883 Nordrhein-Westfalen weiß, dass wir unseren gemeinsamen europäischen Werten wie Demo-
2884 kratie, Menschen- und Bürgerrechte, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und
2885 Frau, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, in einer zunehmend globalisierten Welt nur gemeinsam
2886 Gewicht und Geltung verschaffen können.

2887 **Wir stehen für einen starken Euro in einem starken Europa**

2888 Die Europäische Integration hat sich ganz wesentlich auf den Alltag der Menschen ausgewirkt.
2889 Am augenscheinlichsten wird dies bei der gemeinsamen europäischen Währung. Der Euro
2890 stärkt den Zusammenhalt und die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. Zusammen mit
2891 der Zollunion und dem gemeinsamen Binnenmarkt sorgt er für Stabilität und Wohlstand und
2892 stärkt die internationale Konkurrenzfähigkeit Europas.

2893 Um den Euro dauerhaft stabil und krisenfest zu machen, bedarf es einer Vollendung der Euro-
2894 päischen Währungsunion, indem die gemeinsame Währung eingebettet wird in eine gemein-
2895 same Finanz- und Wirtschaftspolitik. Um eine funktionierende europäische Stabilitäts- und
2896 Wachstumspolitik zu gewährleisten, müssen die EU-Institutionen dafür handlungsfähig ge-
2897 macht und effektive Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen im Rahmen des Gemein-

2898 schaftseuropas weiter entwickelt werden. Zwischenstaatliche Regelungen dürfen nur Über-
2899 gangscharakter haben.

2900 Bei der Einführung des Euro ist es nicht gelungen, die gemeinsame Währung in eine gemein-
2901 same Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich klarer Zuständigkeitsregelungen und Ver-
2902 fahren einzubetten. Dieses Versäumnis muss korrigiert, der Euro muss vollendet werden. Der
2903 ursprüngliche Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Auf Grund
2904 seiner Neufassung durch das Europäische Parlament und den Rat sowie einer Vielzahl weiterer
2905 gesetzlicher und vertraglicher Regeln gibt es heute erheblich präzisere und stärkere Rahmen-
2906 bedingungen als zu Beginn der Krise.

2907 Die zahllosen Koordinierungsversuche der Wirtschaftspolitik sind im Wesentlichen wirkungs-
2908 los geblieben. Es bedarf jetzt struktureller politischer und institutioneller Reformen. Der Ver-
2909 trag von Lissabon bietet noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten für notwendige politische
2910 und institutionelle Reformen.

2911 Im Kern geht es aber darum, die Europäische Währungsunion zu vollenden, um die dauerhafte
2912 Stabilität des Euro zu gewährleisten. Dies ist ohne Änderungen der europäischen Verträge
2913 letztendlich nicht möglich. Europa muss um seiner selbst willen dazu bereit sein. Die CDU
2914 Nordrhein-Westfalen ist es.

2915 **Ein starkes Europa braucht handlungsfähige Institutionen**

2916 Die Fortentwicklung der Europäischen Union hin zu einer handlungsfähigen Stabilitäts- und
2917 Wachstumsgemeinschaft geht einher mit der Übertragung von Souveränitätsrechten. Diese
2918 Souveränitätsübertragung dient der Erhaltung politischer Gestaltungsmacht und liegt daher in
2919 unserem nationalen Interesse. Dies bedeutet jedoch nicht die Preisgabe nationaler Hand-
2920 lungsmacht. Denn die einzelnen europäischen Mitgliedsländer besitzen keine wirksame Hand-
2921 lungsmacht gegenüber dem globalen Kapitalmarkt. Souveränitätsübertragung in diesem Be-
2922 reich ist daher in Wahrheit die Erhaltung politischer Gestaltungsmacht unter den Bedingungen
2923 der Globalisierung. Die europäische Verbindung ist darum die zeitgemäße Form nationaler
2924 Interessenwahrnehmung. Notwendig ist in der Sache zudem eine vertiefte nationale wie euro-
2925 päische Debatte über die inhaltliche Ausrichtung einer gemeinsamen europäischen Wirt-
2926 schaftspolitik. Über das Ziel, ein Gleichgewicht zwischen liberaler Wirtschaftsordnung und
2927 solidarischer Gesellschaftsordnung herzustellen, besteht Einvernehmen. Die konkrete Gestal-
2928 tung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Europäisierung muss jedoch noch
2929 geklärt werden.

2930 Die Vollendung der Währungsunion gibt dem europäischen Projekt neuen Auftrieb. Daraus
2931 erwächst die Handlungsfähigkeit Europas auch auf anderen Politikfeldern, die die europäi-
2932 schen Staaten wirksam gegenüber anderen nur gemeinsam gestalten können.

2933

2934 **Mehr Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung**

2935 Zu einer politischen Union gehört ganz entscheidend eine gemeinsame Außen-, Sicherheits-
2936 und Verteidigungspolitik. Es ist offenkundig, dass die Fragen, die sich für die Union wie für alle
2937 ihre Mitglieder im Verhältnis zur übrigen Welt stellen, mindestens genauso wichtig sind wie
2938 die in ihrem Inneren. Sie sind nicht voneinander zu trennen. So lassen sich zum Beispiel weite
2939 Teile einer Finanz- und Wirtschaftsordnung wirksam nur global neu regeln. Auch die Bekämp-
2940 fung von Terrorismus, Drogenkriminalität und Menschenhandel ist nur in europäischer Ge-
2941 meinschaft mit starken europäischen Institutionen möglich. Entwicklung und Migration hän-
2942 gen zusammen. Sie sind eine Herausforderung für ganz Europa und nicht nur für einzelne sei-
2943 ner Völker. Auch eine Lösung der großen Umweltprobleme ist nur möglich, wenn sie von allen
2944 Mitgliedern der Staatengemeinschaft angegangen wird. Angesichts der erheblichen Verände-
2945 rungen des globalen Machtgefüges können die europäischen Völker nur noch gemeinsam ihre
2946 Interessen durchsetzen.

2947 Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wie in ganz Europa haben Ängste vor dem Verlust
2948 jeglicher Sicherheit – der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit sowie des nationalen Selbst-
2949 verständnisses. Doch wenn wir uns von Ängsten leiten lassen, haben wir schon verloren. Mehr
2950 denn je sind darum heute verantwortliche Politik und politische Führung gefragt. Unsere Auf-
2951 gabe ist es, konkreter und anschaulicher als bisher zu zeigen, dass die Europäische Union die
2952 Antwort der Europäer auf die Globalisierung ist, um politische Handlungsmacht nach innen
2953 wie nach außen wiederzugewinnen. Nur so wird uns die Selbstbehauptung Europas unter den
2954 Bedingungen der Globalisierung gelingen.

2955 **Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger**

2956 Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass der europäische Gedanke mit Leben
2957 gefüllt wird. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund unterstüt-
2958 zen wir die Intensivierung der Beziehungen und des grenzüberschreitenden Austauschs zwi-
2959 schen Bürgerinnen und Bürgern, Schulen, Kirchengemeinden, Unternehmen, Vereinen, Institu-
2960 tionen und Kommunen in Europa nachdrücklich. Vor allem junge Menschen sollen die Mög-
2961 lichkeit bekommen, die Europäische Integration aktiv mitzugestalten. So kann es uns gelingen,
2962 dass die Zusammenarbeit weiter zunimmt, sich die Menschen stärker mit Europa identifizieren
2963 und Europa immer enger zusammen wächst.

2964 Damit sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union und ihren Institutionen
2965 identifizieren können und ihre Akzeptanz für politische Entscheidungen aus Brüssel und
2966 Straßburg wächst, muss die Europäische Union demokratisch, transparent, unbürokratisch,
2967 handlungsfähig und bürgernah gestaltet werden. Dazu müssen auch auf der europäischen
2968 Ebene verstärkt demokratische Prinzipien gelten. Das Europäische Parlament hat sich umfas-
2969 sende Kompetenzen erkämpft. Es ist mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber und Haus-
2970 haltsbehörde geworden. Drittlandsverträge bedürfen seiner Zustimmung, die Kommission
2971 kommt nur durch das Europäische Parlament ins Amt, der Kommissionspräsident wird vom

2972 Europäischen Parlament im Lichte des Ergebnisses der Europawahl gewählt. Damit ist auch der
2973 Einfluss der Bürgerinnen und Bürger gestärkt worden.

2974 Das alles muss abgesichert, ausgebaut und ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Der
2975 Ministerrat muss zu einer transparenten zweiten Kammer nach dem Vorbild des Bundesrates
2976 entwickelt werden.

2977 **Wir stehen für ein Europa der Regionen**

2978 Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt der Menschen, Kommunen, Regionen und Nationen.
2979 Wir wollen unser vielfältiges sprachliches und kulturelles Erbe für nachfolgende Generationen
2980 sichern und erlebbar machen. Aus diesem Grund treten wir auch im vereinten Europa für das
2981 Subsidiaritätsprinzip ein. Was vor Ort, in der Region, im Land oder im Mitgliedsstaat besser
2982 und sinnvoller geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Die europäische Ebene
2983 muss sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die sie besser erfüllen kann, als die Nationalstaa-
2984 ten, Regionen oder Kommunen. Nur so können regionale und nationale Gestaltungsmöglich-
2985 keiten erhalten bleiben und das Motto der Europäischen Union „in Vielfalt geeint“, gelebt
2986 werden.

2987 Europa ist ein politisches Aktionsfeld mit wachsender Bedeutung. Bei der Umsetzung von eu-
2988 ropäischen Vorgaben in Landesrecht steht die CDU Nordrhein-Westfalen dafür, dass nicht
2989 mehr als gefordert reglementiert wird. In der Vergangenheit ist ein großer Teil an Bürokratie
2990 und Überregulierung vor Ort entstanden, indem mehr geregelt wurde, als es von den europäi-
2991 schen Vorgaben verlangt wurde. Gleichzeitig achten wir auch bei der Landesgesetzgebung
2992 darauf, dass wir in einem europäischen und globalen Wettbewerb stehen. Wir stehen deshalb
2993 dafür ein, dass unsere heimischen Unternehmen nicht durch Landesgesetzgebung Wettbe-
2994 werbsnachteile erleiden.

2995 Zwei Drittel der europäischen Richtlinien und Verordnungen betreffen die Kommunen. Die
2996 Umsetzung dieser Vorgaben auf der kommunalen Ebene prägt daher das Bild, das sich die
2997 Menschen von der Europäischen Union machen. Wir wollen deshalb überschaubare und nach-
2998 vollziehbare Regelungen und transparente Abläufe, möglichst wenig Bürokratie und nicht zu-
2999 letzt eine zukunftsweisende regionale Förderpolitik. Die Festlegung des Vertrages von Lissa-
3000 bon, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, muss in der Praxis Anwendung finden.

3001 **Nordrhein-Westfalen lebt vom grenzüberschreitenden Austausch**

3002 In den Grenzregionen kommt die Europäische Integration in besonderer Weise zum Ausdruck,
3003 in ihnen ist Austausch und Kooperation in Europa erlebbar. Die Grenzregionen Nordrhein-
3004 Westfalens zu den Niederlanden und Belgien haben sich mit den Regionen jenseits der Grenze
3005 zu Euregios zusammengeschlossen. Diese Verbünde dienen dem kulturellen und gesellschaft-
3006 lichen Austausch sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die CDU Nord-
3007 rhein-Westfalen unterstützt die Euregios. Sie haben das Entstehen eines gemeinsamen Le-
3008 bens- und Wirtschaftsraumes ermöglicht.

3009 Aus dem Wissen um die enge Verflechtung mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg
3010 heraus, ist Nordrhein-Westfalen unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers
3011 eine privilegierte Partnerschaft mit seinen Nachbarn im Rahmen der Benelux-Union eingegan-
3012 gen. Wir wollen diese enge Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn weiter in-
3013 tensivieren.

3014 Auch die engen Kontakte zu unserer Partnerregion Oberschlesien haben eine kulturelle Brü-
3015 ckenkopffunktion. Wir werden die Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Schlesien in Polen
3016 weiter pflegen und intensivieren, nicht zuletzt aufgrund der gewachsenen historischen Bezie-
3017 hungen und Bindungen zwischen unseren beiden Regionen.

3018 **Nordrhein-Westfalen profitiert vom Europäischen Binnenmarkt**

3019 Als attraktiver Standort im Zentrum Europas profitiert Nordrhein-Westfalen in besonderer
3020 Weise vom gemeinsamen Binnenmarkt. Diese Stärke wollen wir ausbauen. Dazu ist es wichtig,
3021 dass die grenzüberschreitende Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert wird. Schließlich
3022 sind unsere Nachbarn Belgien und die Niederlande unsere wichtigsten Handelspartner. Die
3023 CDU Nordrhein-Westfalen möchte den europäischen Binnenmarkt vollenden. Hier ist noch
3024 vieles zu tun, beispielsweise beim Datenschutz, gemeinsamen Unternehmensrechtsformen
3025 und der Schaffung eines Energiebinnenmarktes für Strom und Gas. Bei allen Bestrebungen
3026 darf es aber nicht zu einer Überregulierung und unnötiger Bürokratie kommen, denn diese
3027 belastet vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen und hält sie davon ab, jenseits der
3028 Landesgrenzen aktiv zu werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für eine Stärkung der in-
3029 dustriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas ein. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die schlei-
3030 chende De-Industrialisierung Europas umzukehren. Hierin sehen wir das wichtigste Instru-
3031 ment, um Europa gegen zukünftige Wirtschaftskrisen zu wappnen. Damit dies gelingen kann,
3032 ist eine Stärkung von Forschung und Entwicklung erforderlich. Aus diesem Grund unterstützen
3033 wir ausdrücklich alle Maßnahmen, die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf drei
3034 Prozent des Bruttoinlandprodukts zu steigern. Ebenso wichtig ist es, die Versorgung mit Ener-
3035 gie und Rohstoffen langfristig sicherzustellen. Für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands
3036 und Europas ist die volle Durchsetzung des Europäischen Binnenmarktes auch für den digita-
3037 len Sektor zwingend.

3038 Zum gemeinsamen Binnenmarkt gehört die Arbeitnehmerfreizügigkeit zweifelsohne dazu.
3039 Ohne sie kann er nicht funktionieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht daher zur Arbeit-
3040 nehmerfreizügigkeit. Wir wollen jedoch, dass ein Missbrauch zur Einwanderung in unsere So-
3041 zialsysteme konsequent verhindert wird. Diese ist mit europäischem Recht nicht vereinbar.

3042 **Die Europäische Integration geht weiter – wir arbeiten aktiv mit**

3043 Wir wollen, dass der Europäische Einigungsprozess weiter geht. Das Tempo des weiteren Zu-
3044 sammenwachsens darf nicht vom langsamsten Staat vorgegeben werden. Es muss möglich
3045 sein, dass Staaten, die sich einig sind, in bestimmten Feldern ein schnelleres Tempo vereinba-

3046 ren können. Zudem streben wir eine effektive Sicherung und Stärkung der Handlungsfähigkeit
3047 der Europäischen Union und ihrer Institutionen an. Bevor es zu möglichen Erweiterungen der
3048 Union kommt, bedarf es einer politischen Konsolidierung und Definition der räumlichen Gren-
3049 zen der Europäischen Union, welche die Entwicklung passgenauer Nachbarschaftsmodelle
3050 ausdrücklich mit einschließt. Deshalb setzen wir uns ein für eine Europäische Verfassung, in
3051 der die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso verankert sind wie eine klare föderale
3052 Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und Europäischer Union sowie zwischen Rat
3053 und Parlament als Gesetzgeber und der Europäischen Kommission.

3054 Auch in Zukunft muss der Präsident der Europäischen Kommission als europäischer Spitzen-
3055 kandidat im Lichte des Ergebnisses der Europawahl vom Europäischen Parlament gewählt
3056 werden.

3057 **Nordrhein-Westfalen ist das Nord-Süd-Land in Deutschland**

3058 Über Europa hinaus pflegt Nordrhein-Westfalen enge politische, kulturelle und ökonomische
3059 Kontakte zu vielen Ländern in der Welt. Diese Kontakte, die internationale Zusammenarbeit
3060 und den Austausch wollen wir weiter verstärken.

3061 Mit der Bundesstadt Bonn liegt der einzige UN-Standort Deutschlands in Nordrhein-
3062 Westfalen. Damit besitzen wir auf der internationalen Bühne eine Visitenkarte von großem
3063 Wert. Wir wollen Bonn als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen und internationaler
3064 Nichtregierungsorganisationen sowie als Austragungsort internationaler Konferenzen und
3065 Kongresse weiter stärken. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist sich sicher, dass dies nur gelingen
3066 kann, wenn die Bundestadt Bonn das zweite bundespolitische Zentrum bleibt. Deshalb treten
3067 wir allen Bestrebungen, von den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes abzuweichen, ent-
3068 schieden entgegen.

3069 In Nordrhein-Westfalen haben aber auch international tätige Organisationen, Behörden und
3070 große Hilfswerke ihren Sitz. Nordrhein-Westfalen ist das Nord-Süd-Land Deutschlands, diese
3071 Position wollen wir ausbauen und stärken.

3072 Ein sichtbares internationales Engagement – auch im Bereich der Entwicklungszusammenar-
3073 beit – gehört nach unserem Verständnis zur Regierungsführung in einem starken Exportland
3074 wie Nordrhein-Westfalen dazu. Wir wollen die in christdemokratischer Regierungszeit begrün-
3075 dete Partnerschaft mit Ghana mit neuem Leben füllen. Die über 3.000 örtlichen Initiativen der
3076 Ein-Welt-Arbeit sind wichtige Akteure des Nord-Süd-Landes Nordrhein-Westfalen.

3077 **Die Chancen der Globalisierung für Nordrhein-Westfalen noch stärker nutzen**

3078 Eine enge europäische und internationale Zusammenarbeit ist Grundlage für ein erfolgreiches
3079 Nordrhein-Westfalen in einer globalisierten Welt. Der weltweite Handel ist eine tragende wirt-
3080 schaftliche Säule unseres Bundeslandes und sichert die Existenz zahlreicher auch kleiner und
3081 mittelständischer Unternehmen sowie die dort vorhandenen Arbeitsplätze.

3082 Die Globalisierung führt dazu, dass Nordrhein-Westfalen als Zentrum der deutschen Export-
3083 wirtschaft zunehmend in einem internationalen Wettbewerb um Güter, Dienstleistungen, Ka-
3084 pital und Arbeitsplätze steht. Diesen Wettbewerb sehen wir nicht nur als Herausforderung, der
3085 wir uns stellen, sondern vor allen Dingen auch als Chance. Die Sorgen und Ängste, die viele
3086 Menschen in Bezug auf die Globalisierung haben, nehmen wir ernst. Gerade deshalb wollen
3087 wir die kommunale Ebene stärken und bieten einen verlässlichen Wertekanon.

3088 **Nordrhein-Westfalen wird seiner Verantwortung in der Welt gerecht**

3089 Wir Christdemokraten wissen auch um unsere Verantwortung in der Welt. Das Wohlstandsge-
3090 fälle auf der Welt ist nach wie vor sehr hoch und internationale Ungleichgewichte und Unge-
3091 rechtigkeiten nehmen wir in Folge der internationalen Vernetzung stärker wahr. Aus unserem
3092 christlichen Verständnis vom Menschen leiten wir unsere Verantwortung und unser Ziel ab,
3093 diese Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Jeder Mensch hat das Recht auf
3094 ein menschenwürdiges Leben. Wir wollen dazu beitragen, dass alle Menschen zu diesem Recht
3095 kommen. Wir setzen uns für Fairness im Welthandel ein und fordern Veränderungen zuguns-
3096 ten der benachteiligten Regionen und Länder dieser Welt.

3097

3098 ***XI. Tradition bewahren, Zukunft gestalten***

3099 Die nordrhein-westfälische CDU hat dieses Land von Beginn an maßgeblich aufgebaut und
3100 gestaltet. Genau genommen sogar schon vor der offiziellen Landesgründung im August 1946
3101 durch ihre vor genau siebzig Jahren gegründeten Landesverbände Rheinland und Westfalen
3102 mit den Kölner Leitsätzen und dem Neheim-Hüstener Programm. Namen wie Konrad Adenau-
3103 er und Karl Arnold symbolisieren eine großartige inner- wie überparteiliche Integrationslei-
3104 stung, vor allem aber die Begründung einer politischen Tradition und Mentalität, durch die
3105 Nordrhein-Westfalen zum sozialen Gestalter des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Wan-
3106 dels in der gesamten Bundesrepublik werden konnte. Das Wort vom „sozialen Gewissen“ der
3107 Bundesrepublik stand und steht für eine spezifisch nordrhein-westfälische Staatstradition, die
3108 bis heute reicht und wirkt. Und diese Staatstradition ist es auch, die den Anspruch unseres
3109 Landes, „Kernland“ der Bundesrepublik Deutschland zu sein, rechtfertigt. Denn über ein „so-
3110 ziales Gewissen“ verfügen kann nur derjenige, der wirtschaftlich stark und erfolgreich ist und
3111 entsprechend für sozialen Ausgleich zu sorgen vermag. Insofern bekennt sich die CDU Nord-
3112 rhein-Westfalens zu dieser Aussage Karl Arnolds in dem Wissen, dass jene keinen Hochmut,
3113 sondern die große Verpflichtung zum Ausdruck bringt, Nordrhein-Westfalen zum Wohle ganz
3114 Deutschlands zu einem starken, wirtschaftlich prosperierenden und sozial gerechten Land zu
3115 machen.

3116 Ein weiteres Vermächtnis Konrad Adenauers, Karl Arnolds und der gesamten nordrhein-
3117 westfälischen Union ist die Vorreiterrolle unseres Landes bei den Anfängen der europäischen
3118 Integration und das Bekenntnis zum geeinten Europa. In Nordrhein-Westfalen treffen sich
3119 Westen und Osten, Norden und Süden. Wir stehen als Land mitten im Herzen unseres Konti-
3120 nents ein für die Idee eines vereinten Europa als Gemeinschaft freier Völker, die die gemein-
3121 samen Werte des christlich-jüdischen Kulturerbes und der Aufklärung als unumstößliche Fun-
3122 damente unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung begreift.

3123 Wir Christliche Demokraten haben Politik für Nordrhein-Westfalen stets in dem Bewusstsein
3124 konzipiert und umgesetzt, unserer Verantwortung für das ganze Land und seine Menschen
3125 gerecht werden zu wollen. Egal ob als Regierungspartei oder in den langen Zeiten der Opposi-
3126 tion. Zum Ausdruck gekommen ist diese Verantwortung beispielsweise unter Ministerpräsi-
3127 dent Franz Meyers mit dem Beginn des Hochschulbaus im Ruhrgebiet und den Anfängen einer
3128 aktiven Umweltpolitik, bei der Mitgestaltung der großen Gebietsreform, mit den Initiativen
3129 für eine flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und frühkindlichen Betreuungsein-
3130 richtungen sowie mit der erstmaligen Vorlage eines Zuwanderungsgesetzes. Oder auch mit
3131 der Gründung des ersten deutschen Integrationsministeriums, der Einrichtung von Familien-
3132 zentren, dem Ausbau der frühkindlichen Bildung und der verbindlichen Festlegung des Aus-
3133 stiegs aus den Steinkohlesubventionen in der Regierungszeit von Ministerpräsident Jürgen
3134 Rüttgers.

3135 Die CDU Nordrhein-Westfalens versteht sich ebenso als zukunftsorientierter Impuls- und Ide-
3136 engeber wie auch als notwendiges programmatisches Korrektiv innerhalb des demokratischen

3137 Parteienspektrums und auch gegenüber der Union in Deutschland. Vor allem jedoch begreift
3138 sie es als ihre Aufgabe dabei mitzuwirken, dass Nordrhein-Westfalen seine Funktion als Seis-
3139 mograph gesellschaftlicher Veränderungen ausüben und eine eigene, zeitgemäße und innova-
3140 tive politische Botschaft formulieren kann. Das ist indes nur dann möglich, wenn Nordrhein-
3141 Westfalen seine oft gerühmte Eigenschaft der Vielfalt nicht länger als ein duldsames, aber
3142 oftmals unverbundenes Nebeneinander auffasst, sondern als produktives Miteinander, in dem
3143 auch Reibungen möglich sein müssen, solange die so entstehenden Energien auf ein gemein-
3144 sames Ziel hin ausgerichtet werden. Nordrhein-Westfalen braucht nicht Harmonie um jeden
3145 Preis, dafür aber umso mehr einen solidarischen Aufbruch aus Erstarrung und Bewegung statt
3146 lähmender Lethargie. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht deshalb für das Programm einer
3147 Verbindung aus Anforderung, Ermunterung sowie einer aktivierenden, solidarischen Hilfe zur
3148 Selbsthilfe. Eine solche Politik hat Nordrhein-Westfalen in den ersten Jahrzehnten seines Be-
3149 stehens aus Trümmern und Elend nach vorn gebracht und eine solche Politik wird ihm auch
3150 künftig seine verlorene Stärke zurückgeben. Denn Nordrhein-Westfalen verbindet große Ge-
3151 schichte mit lebendigen regionalen Überlieferungen, Natur mit Kultur, Tradition mit Vision
3152 und das alles im Herzen Europas. Hier lohnt es sich zu leben und zu arbeiten. Wir alle sind
3153 Nordrhein-Westfalen!

3154 Die CDU als Volkspartei der Mitte steht aber auch für eine weitere nordrhein-westfälische
3155 Tradition: die starke politische Mitte mit wenig Chancen für Extreme von links und rechts. Der
3156 demokratische Kampf gegen Extremismus und Fundamentalismus jeder Art wird jedoch nur
3157 dann erfolgreich sein können, wenn er nicht nur aus der Mitte der Gesellschaft heraus geführt
3158 wird, sondern auch um und für diese Mitte. Wer einer Spaltung der Gesellschaft vorbeugen
3159 will, der muss vor allem die ordnungspolitischen Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft
3160 beachten. Nur dann werden Chancen zum sozialen Aufstieg und Wohlstand für alle möglich
3161 sein. Es gab und gibt keinen Widerspruch zwischen einer erfolgreichen Wirtschafts- und einer
3162 solidarischen Sozialpolitik. Erarbeiten kommt vor Verteilen. Der freie, marktgerechte Wettbe-
3163 werb, allerdings unter Befolgung klarer ordnungspolitischer Regeln, ist immer besser als staat-
3164 licher Dirigismus und Zwangswirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste
3165 sozioökonomische Modell, über das Deutschland jemals verfügt hat. Nur sie garantiert letzt-
3166 lich den Zusammenhalt der Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen besitzt sie ihre wichtigsten
3167 Wurzeln, und an Rhein und Ruhr hat sie seit den Tagen Karl Arnolds in der CDU ihren bedeu-
3168 tendsten und stärksten politischen Partner. Die CDU war die Partei der Sozialen Marktwirt-
3169 schaft und sie wird es auch in Zukunft bleiben.

3170 Das Wissen um all diese Zusammenhänge hat Nordrhein-Westfalen einst zum Motor und
3171 „Kernland“ der alten Bundesrepublik werden lassen. Die Beherzigung dieses Wissens wird aus
3172 Nordrhein-Westfalen auch wieder ein Land mit Zukunft machen. Zum Land der Zukunft, das
3173 seinen Bewohnern Sicherheit gewährt und persönlichen Aufstieg ermöglicht. Ein Land mit
3174 neuen Perspektiven in Innovation, Bildung, Energie und Verkehr. Nordrhein-Westfalen, das
3175 „soziale Gewissen“ Deutschlands, die Heimat des „rheinischen Kapitalismus“, die Geburtsstätt-
3176 e des Grundgesetzes mit der dichtesten Hochschullandschaft Europas und dem „Schmelztie-

3177 gel Ruhrgebiet“ im Herzen, dieses Nordrhein-Westfalen war ein starkes Land und muss wieder
3178 ein starkes Land werden. Nordrhein-Westfalen ist das Land alter Erfahrungen und neuer Mög-
3179 lichkeiten. Sie zu nutzen bleibt Auftrag und Verpflichtung der Christlichen Demokraten in die-
3180 sem Land. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird ihren Beitrag dazu leisten, dass Nordrhein-
3181 Westfalen wieder die starken Schultern Deutschlands verkörpert. Nicht zum Selbstzweck oder
3182 allein zu Gunsten der Rheinländer, Westfalen oder Lipper. Sondern aus Verantwortung für das
3183 ganze vereinigte Deutschland im vereinten Europa.